

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. April 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Diplomatenpolitik und Volkspolitik.

Die deutsche Regierungspresse, zu der ja jetzt in erster Linie auch die freisinnige Presse gehört, hat Bülow's Kapalkoralle als einen großen diplomatischen Erfolg gefeiert. Bülow's Konferenz mit Tittoni habe ergeben, daß dem Abrüstungsvorschlag des „perfiden Albion“ die Zähne ausgebrochen worden seien. Tittoni sei mit Bülow darüber völlig einig, daß einer Diskussion des Abrüstungsproblems keinerlei Hindernis in den Weg gelegt werden sollte, nicht minder einig aber auch darüber, daß diese Diskussion einen durchaus theoretischen und unterbindlichen Charakter zu tragen habe.

Da nun die deutsche Regierungspresse mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer und einer selbst von ihrem Standpunkte aus geradezu läppischen Aufdringlichkeit sich gegen den englischen Vorschlag gewandt hat, so würde das heißen, daß diesmal Italien die Rolle des trefflichen Sekundanten zu spielen haben werde, den angeblich Oesterreich in Algeras gespielt hat. Daran vermögen wir denn doch nicht so recht zu glauben. Italien wäre närrisch, wenn es sich in einer Frage gegen England engagieren ließe, in der es selbst sehr wenig interessiert ist, in der ein großer Teil seines Volkes durchaus mit England sympathisiert, bloß von den „Impulsen“ der Treue gegen das verbündete Deutschland getrieben. Von Impulsen läßt sich zwar die deutsche auswärtige Politik leiten — und sie ist danach — aber sonst keine. Vielmehr dürfte sich Italien im Haag ebenso viel Reserve auflegen, wie in Algeras.

Die auswärtige Politik aber ist keine Angelegenheit des Fürsten Bülow und seines Herrn; die Angelegenheiten, die da im Haag zur Sprache gebracht werden sollen, interessieren nicht nur die Diplomaten, sondern auch die Völker, und das deutsche Volk hat allen Anlaß, scharf aufzufassen und rechtzeitig die Regierung über ihre Absichten zur Rede zu stellen. Je wichtiger die auswärtigen Angelegenheiten werden, desto dringender wird die Pflicht des Reichstages, sich endlich gründlich und sachkundig mit diesen Angelegenheiten zu beschäftigen. Auch hier haben die bürgerlichen Parteien Deutschlands ihre Pflicht nicht erfüllt. In keinem anderen Staate ist die auswärtige Politik so völlig der Volksvertretung entzogen, die sie so dringend nötig hätte, und kein Parlament der Welt nimmt seine Ausschaltung in den wichtigsten und entscheidendsten politischen Fragen so geduldig hin wie das deutsche. Auch hier muß die Sozialdemokratie Wandel schaffen und muß die Interessen des arbeitenden Volkes zur Geltung bringen gegenüber den absolutistisch vertretenen Interessen der kapitalistischen Schichten, gegenüber der Welt- und Expansionspolitik.

Und diese Aufgabe erodacht ihr gerade gegenüber der Stellung der deutschen Diplomatie zur Haager Konferenz. Wir haben die Gründe der englischen Friedensliebe wiederholt dargelegt und es ist kein Zweifel, daß Englands Stellung aus bestimmten Interessen und nicht aus irgendwelchen idealen Motiven entspringt. England ist nach der Unterwerfung Südafrikas momentan kolonial gesättigt. Die Ausschaltung Australiens hat es in Indien gesichert und erlaubt ihm, allmählich seine Einflußsphäre in Afghanistan und Persien auszudehnen. Ueberdies ist es mit Japan verbündet und lebt mit Frankreich und Italien in enger Freundschaft. Das wichtigste Problem seiner Politik, das größere Britannien, ist aber kein Problem, das mit Gewaltmitteln, durch Krieg und Eroberung zu lösen ist. Es handelt sich um die engere Verbindung fast unabhängiger, hochkultivierter Staaten mit England, ein Problem, dessen Ähnlichkeit mit der Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Reich ein englischer Politiker jüngst nicht mit Unrecht betont hat.

Das ist ja gerade der Unterschied zwischen dem englischen Imperialismus und dem, was man russischen oder deutschen Imperialismus nennt, daß der englische viel mehr ein Problem der inneren als der äußeren Politik ist, daß er daher auch vor allem mit friedlichen Mitteln, mit handelspolitischen Maßregeln zumal, durchzuführen ist, wobei über die Durchführbarkeit selbst hier nicht zu urteilen ist, während der russische und deutsche Imperialismus weitere Expansion und damit die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen in sich schließen.

So eigenartig also die Motive Englands sein mögen, so ist das für das deutsche Volk kein Grund, gegen sie aufzutreten. England braucht den Frieden und empfindet die weiteren Kämpfe als unnütze Last. Auch das deutsche Volk will in seiner überwiegenden Mehrzahl Frieden gehalten wissen und begrüßt mit Freude jede Möglichkeit, dem wahnsinnigen Wettrennen Einhalt zu tun. Es mag sein, daß diejenigen recht haben, welche meinen, den kapitalistischen Regierungen sei es mit ihren Friedensplänen und Abrüstungsvorschlägen nicht ernst. Um so schlimmer für sie und um so besser für uns. Wenn die Regierungen nicht fähig sind, den drückenden Lasten des waffenstarrten Friedens Einhalt zu tun, dann ist das der schlagende Beweis, daß sie beseitigt werden müssen, daß die Vertreter der kapitalistischen Interessen ersetzt werden müssen

durch die Vertreter der arbeitenden Klassen! Unsere Aufgabe ist es, unsere Regierung zu fragen, wie sie sich zur Abrüstungsfrage stellt, und klipp und klar Antwort zu heißen. Ein internationales Abkommen, das zunächst die Vermehrung der Kriegsstärke über ihr heutiges Maß hinaus verhindert, ist durchaus auch im Interesse des deutschen Volkes, wenn es auch nur einen ersten Schritt zur Bekämpfung des Militarismus überhaupt bedeutet. Wir müssen von der deutschen Regierung verlangen, daß sie ihren obstinaten Widerstand gegen den englischen Vorschlag aufgibt. Im Parlament müssen die bürgerlichen Parteien und die Regierung vor die Frage gestellt werden, ob es ihnen mit ihren ewigen Friedensbeteuerungen ernst ist und ob sie es wagen können, die Möglichkeit einer Verringerung oder wenigstens eines Stillstandes in dem raschen Steigen der militärischen Ausgaben im Vorhinein frivol von sich zu weisen. Jener auswärtigen Politik der herrschenden Klassen, die ihre Mittel in beständiger Vermehrung der kriegerischen Rüstungen, deren letztes Wort die koloniale Expansion und die Gefährdung des Friedens ist, muß das Proletariat seine auswärtige Politik entgegenstellen, die Friedens- und Kulturpolitik der solidarisch verbundenen Arbeiterschaft!

Das Ministerium Sturdza.

Bukarest, 31. März. (Sig. Ber.)

Demeter Sturdza ist der Mann, der die Arbeit bestens verrichten wird, welche die herrschenden Klassen Rumäniens von ihm erwarten —: die Ersüdung der Bauernunruhen. Und das ist nicht nur von Sturdza allein zu sagen, sondern von seiner Partei, der national-liberalen, überhaupt. Die geschichtlich bewährte Strupplosigkeit dieser Partei und ihrer Führer läßt sie wie geschaffen erscheinen zur Verrichtung jener Denkerarbeit, und König Carol konnte eine bessere Wahl gar nicht treffen. Wohl machen alle bürgerlichen Parteien Rumäniens in Antisemitismus, in Demagogie und in Irreführung der europäischen Meinung, doch an die Gewissenlosigkeit der national-liberalen Partei reicht keine heran. Keine Waffe ist ihr zu gemein, kein Manöver zu verlogen. So hechten die Liberalen durch Lug und Trug aller Art die Bauern zu Revolten auf und trieben sie vor die Läufe der Gewehre, als die Konservativen die Leggea maximalui (Gesetz der Maximaltagen für Kommunalloftroi) einbrachten; sie scheuten sich aber nicht, als sie dann aus Ruder kamen, das Gesetz anzuwenden! Bei allen antisemitischen Ausschreitungen, bei allen studentischen Exzessen haben die Liberalen ihre Hand im Spiele. Zahllos sind die geschlichen und administrativen Maßnahmen dieser Partei zum Zweck der Entziehung der jüdischen Bevölkerung, der Vertreibung der in Dörfern ansässigen, der Ausweisung der sich journalistisch betätigenden Juden.

Der gegenwärtige Bauernaufstand sahien anfangs den machtgeierigen Liberalen durchaus erwünscht; sie sahen in ihm vor allen Dingen eine nur zu willkommene Gelegenheit, die Konservativen zu Fall zu bringen; sie jauchzten ob der „Energie“ des Volkes, „dessen Geduld zu Ende gegangen war!“ Doch bald sollte ihr Prokloden in Todesangst übergehen, als die Unruhen zum Revolutionssturm und die Früchte der jahrzehntelangen wüsten Parteipolitik sichtbar wurden.

Die Liberalen sind ans Ruder gelangt. Nun teilen sie den Bauern blaue Bohnen und Kanonensugeln aus, und es ist den Leuten aufs Wort zu glauben, wenn sie versichern, daß in dreimal 24 Stunden von Unruhen in Rumänien nicht mehr die Rede sein wird!

Die national-liberale Partei rekrutiert sich zumeist aus den bürokratischen und anderen Mittelstandsschichten, zählt aber auch eine Anzahl von Großgrundbesitzern zu den ihrigen, deren Klasse gegenüber sie vollständig aktionsunfähig erscheint. Wenn wir ihr Parteiprogramm ansehen, so finden wir nichts als Worte, Worte: Annäherung der Gesehe, Berechtigung und lauschaftartige Versprechungen an alle Stände. Das allgemeine Wohlrecht figuriert in ihrem Programm als ein entkerntes, unfahbares „Ideal“, für welches denn auch von ihnen niemals ein Finger gerührt wurde.

Sehen wir uns nun das soeben erschienene Verfassungs-Manifest an das Volk an und betrachten wir die darin angekündigten Reformen, mit denen die liberale Regierung die Bauern zu befriedigen verspricht. Das Manifest trägt, der gefährlichen Situation entsprechend, den Stempel allerhöchster Inspiration; denn wenn das dynastische Ansehen mit auf dem Spiele steht, pflegt auch die Unverantwortlichkeit das Gefühl der Verantwortlichkeit zu überkommen. — Abgesehen von der Abschaffung einiger vegetarischen Steuern, deren Aushebung schon früher angestrebt war, kann nur die versprochene Normierung der bäuerlichen Ackerpacht auf $\frac{1}{3}$ über den kontraktlich festgesetzten Pachtpreis als ein ersterer Versuch zur Eindämmung der bäuerlichen Ausbeutung gelten. Natürlich müssen erst der volle Wortlaut und die detaillierten Bestimmungen der Vorlage abgearbeitet werden, ganz zu schweigen von den Ansetzungen, die sich gewiß einstellen werden, nachdem die leitenden Kreise sich vom ersten Schreck erholt haben werden.

Was aber schon jetzt auffallen muß, das ist der Umstand, daß sich die vorgeschlagenen Bestimmungen zugunsten der Bauern einseitig gegen die Pächter richten; der Großgrundbesitz und dessen stetig anwachsende Rente bleiben ungeschmälert! Auch in dieser schweren, die Existenz des rumänischen Staates bedrohenden Situation können die Politiker des Königs Carol also die national-liberale

Pointe nicht entbehren, und ungeführt wird auch fernerhin der Bojar die durch den Pächter erprehte Rente in Monaco, in Nizza, in Paris unter die Leute bringen. —

Von den Juden, deren beispiellos rechtslose, durch die Willkür der Bureaucratie ausgebeutete Lage die Unruhen wieder einmal groß beleuchtet haben, kein Wort! Die einzige Änderung ist, daß die konservativ-antisemitischen Präfecten durch liberal-antisemitische ersetzt wurden.

Das ist der rumänische „National-Liberalismus“: ein treuer Helfershelfer der rumänischen Bojarenbande, stets bereit, behufs Erhaltung dieser Parasiten mit Gewehrsalven und Polizeimittel gegen Bauern und Juden vorzugehen.

Nügen die im Golde des internationalen Kapitalismus stehenden Blätter die Berufung des „großen“, „liberalen“ Staatsmannes Sturdza feiern; das Proletariat Rumäniens hat diesen „Liberalismus“ schon am eigenen Leibe verspürt und weiß ihn zu bemerken. Es kennt die national-liberale Partei. Ihre Berufung in der gegenwärtigen Situation ist ein Hohn auf die ob der Rechtslosigkeit der rumänischen Bauern und Juden ihr Haupt verhüllende Kultur.

Der ehemalige rumänische Ministerpräsident Peter Corp wurde von einem Wiener Mitarbeiter des „Pester Lloyd“ nach vor der Entlassung des Ministeriums Cantacuzene und vor der Berufung Sturdzas über die Situation im Lande und über die rumänischen „Liberalen“ befragt. Er äußerte sich folgendermaßen:

„Vorher, 28. März. Hochverehrter Herr! Von einer Intervention seitens irgend einer Macht ist mir bis jetzt nichts bekannt, sie dürfte aber erfolgen, wenn die Sachen so weitergehen; denn die Lage ist bei uns sehr ernst. Die Bauernunruhen, die in wahre Jacquesien auszuarten drohen, finden in der Schwäche der Regierung, welche sich bis jetzt damit begnügt hat, den Kopf zu verbergen, eine indirekte Stütze. Leider will auch der König von blühiger Repression so wenig wie möglich wissen! Daß man, um eine Omelette zu machen, Eier brechen müsse, das will manchem nicht in den Kopf. Ebenso betrübend ist es, daß bei einem notwendig gewordenen Regierungswechsel der König die Liberalen heranziehen wird, und diese tragen einen Jubelstich zur Schau, der für die Zukunft wenig verheißend ist. Wie Sie sehen, trübe Zeiten und trübe Aussichten.“

Da sich unter den maßgebenden Politikern Rumäniens offenbar viele „Gemütsmenschen“ vom Schlage Peter Corps befinden, so ist es allerdings kein Wunder, daß dort die Bauern und die Juden zu — Omeletts verbacken werden.

Berlin, 3. April. Die hiesige königliche rumänische Gesandtschaft erhielt heute folgendes schäufarberische Verfassungs-Telegramm des Ministerpräsidenten Demeter Sturdza:

Die bereits gemeldete allgemeine Verübung in der Walachei macht weitere Fortschritte, und es sind seitdem keinerlei Unruhen oder Zusammenstöße mit der belpassierten Macht vorgekommen. Die Präfecten sahen in ihren Vermählungen fort, zwischen den Gutsbesitzern, Pächtern und Bauern im Sinne gütlicher Verständigung zu vermitteln. So sind vielfach die bisherigen drückenden Bedingungen der ländlichen Arbeitsverträge durch Entgegenkommen der Gutsbesitzer und Pächter erheblich gemildert worden, was die Wiederaufnahme der Feldarbeiten erleichtert. An verschiedenen Orten bringen die Bauern freiwillig geraubtes Gut und Vieh den Eigentümern zurück. Aus dem Distrikte Maschra wird gemeldet, daß sie bei der Wiederaufrichtung der zerstörten Bauulichkeiten behilflich sind.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß Anstiftungen bödarter Elemente die Klüffeln von langer Hand geschürt haben. Es sind in den Landgemeinden revolutionäre Proklamationen gefunden worden, die nicht von Bauern herkommen und in denen diesen eingeredet wurde, nur diejenigen würden Land erhalten, die sich erheben. Bei Hausdurchsungen in Guregi wurde ein Depot anarchistischer Schriften entdeckt. Eine Anzahl früherer russischer Matrosen des Kriegsschiffes „Potemkin“, die in Rumänien geblieben und als Arbeiter auf den Petroleumfeldern im Distrikt Prachova beschäftigt waren, haben sich als gefährliches Gärungselement erwiesen, das beseitigt werden muß. Die Untersuchungen werden eifrig fortgesetzt.

Nachdem jetzt nach erfolgter Verübung die Schäden besser übersehen werden können, gewinnt man den Eindruck, daß die Verluste an zerstörtem Gut doch nicht solchen Umfang angenommen haben, wie man ursprünglich befürchtet hatte.

Der Jahreskongreß der Sozialdemokratischen Föderation.

London, 1. April. Vom 28. bis zum 31. März hielt die Sozialdemokratische Föderation (S. D. F.) ihren Jahreskongreß in Carlisle ab. Es waren 100 Delegierte aus allen Teilen des Königreiches anwesend. Den Vorsitz führte Genosse P o t t i a n, ein Seemann aus Carlisle, dessen Eröffnungsbrede sich im Rahmen des Jahresberichts hielt. Er sagte: „Das hervorsteckendste Kennzeichen unserer Zeit ist ohne Zweifel das Wachen der sozialistischen Gefühle und Gedanken. Dies ist nicht nur sichtbar in neuen Ländern, wo die sozialdemokratischen Parteien zahlreiche Vertreter in den Parlamenten haben, sondern auch in England. Die liberale Partei ist offenbar weder geneigt noch fähig, ihre Wahlversprechungen zu erfüllen, und das Wunder ist nur, daß die Wähler dies nicht von vornherein wußten. Dann hat der Mann, der als Untersand für die guten Absichten der Liberalen den Arbeitern gegenüber betrachtet wurde, alle Erwartungen enttäuscht: John Burns ist wahrscheinlich der hartberzigste und reaktionärste Präsident der Lafallegierung, den wir in den letzten 30 Jahren hatten. Es mehren sich indes die Anzeichen, daß das Land den wahren Charakter der liberalen Partei erkennt. Aber was wird nach ihr kommen? Die Tories sind eine Partei der Negation und wollen nur das Alte aufrechterhalten. Es gibt zwar im Unterhause eine Arbeiterfraktion von 20 Mitgliedern, aber sie hat weder eine Politik noch ein Programm, die den Bedürfnissen

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für beständige und gemeinlichliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quotanten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

er arbeitenden Massen gerecht werden könnten. Es ist wohl wahr, daß die Arbeiterpartei sich für den Sozialismus erklärt hat, aber ein Glaubensbekenntnis ohne entsprechende Taten ist wertlos. Die Sozialdemokratie bietet nicht nur eine Lösung der tiefen Uebel, die aus dem Privateigentum entspringen, sondern auch praktische, ausführbare Maßregeln, die jede Kritik aushalten. Hier ist also eine Gelegenheit für die Arbeiterpartei. Glaubt sie, daß die Ziele der Sozialdemokratie richtig sind, dann soll sie sie annehmen. Glaubt sie aber, daß die sozialistischen Ziele falsch sind, dann sollen ihre Führer dies offen erklären und eine bessere Politik vorschlagen.

Der Jahresbericht beschäftigte sich auch mit dem Ausfall der Großwahlwahlen und erklärt, daß die Sozialisten keine Ursache hätten, die Niederlage der Progressisten zu bedauern. Mit der matts-herzigen Sozialpolitik, wie sie die Progressisten betrieben, ließe sich das organisierte Kapital, das hinter den Gemäßigten steht, nicht bekämpfen. Besser ein offener Feind als ein matts-herziger Freund.

Eine längere Debatte entspann sich über die Einigung der sozialistischen Elemente Englands. Den Antrag auf Einigung vertrat Veals aus Cambridge-Well. Gegen die Einigung sprach Moore aus Rochdale, der erklärte, die Frage der sozialistischen Parteiorganisation werde in England ausgefochten werden zwischen der S. D. F. und der Independent Labour Party (I. L. P.). Anstatt die Energien auf Einigungsversuche zu verschwenden, sei es besser, sie auf die Stärkung der S. D. F. zu verwenden. Hyndman meinte, die S. D. F. sei schon seit Jahren bereit, sich mit der I. L. P. zu verschmelzen, und habe auch auf Grund des Amsterdamer Beschlusses eine Einigung versucht, aber der Erfolg dieser Versuche hänge nicht von der S. D. F. ab.

Duell sprach sich im Namen der Parteileitung dahin aus, daß die S. D. F. bei jeder Gelegenheit vernünftige Bemühungen gezeigt habe. Die Einigung werde kommen, sobald die Arbeiterpartei ein sozialistisches Programm annehme. — Der Antrag auf die Wiederaufnahme von Einigungsversuchen wurde hierauf mit 47 gegen 43 Stimmen angenommen.

Der zweite Kongreßtag wurde fast ganz mit vertraulichen Beratungen angefüllt.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit wurde folgender Antrag gestellt: Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln geschuldet ist und behauptet, daß sie die wichtigste Frage für die Arbeiterpartei bilden wüßte. Der Kongreß ist ferner der Ansicht, daß es zur Lösung dieser Frage notwendig ist, die Lokalbehörden mit Befugnissen auszustatten, Grund und Boden zu erwerben und industrielle Unternehmungen zu gründen, und fordert die Regierung auf, Staatsmittel zu bewilligen, um es den Lokalbehörden zu ermöglichen, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Der Antrag wurde von Irving begründet. Duell unterstützte den Antrag und wies darauf hin, daß der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman bereit war, John Burns zum Zwecke des Ausbaues des Arbeitslosengesetzes 20 Millionen Pfund zur Verfügung zu stellen. Aber der Recht Ehrenwerte Arbeitsminister meinte, 4 Millionen Pfund würden genügen. Von dieser Summe würde indes nur die Hälfte verwendet und Burns wolle weiter rücheln. Er müsse ihn deshalb als einen Verräter an der Sache der Arbeiter brandmarken. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Ausbau der sozialistischen Sonntagsschulen, die in zahlreichen englischen Gemeinden gegründet wurden, habe sich überall bewährt. Auf Antrag von Fraulein Kough wurde es den Genossen zur Pflicht gemacht, dieses Schulwesen zu pflegen und überall derartige Schulen zu gründen.

Auf Antrag des Wahlvereins von Willesden erhielt die Parteileitung den Auftrag, bei bevorstehenden Judenmordgeleichen in Russland den jüdischen Genossen in Ost-London Gelegenheit zu geben, Protestmeetings in London abzuhalten. Ebenso sollte sich die Parteileitung mit den sozialistischen Arbeiterabgeordneten in Verbindung setzen und sie betonen lassen, derartige Vorkommnisse im Unterhause zur Sprache zu bringen und die Aufmerksamkeit Englands auf die russischen Grausamkeiten zu lenken. Hunter Watts unterstützte den Antrag. Duell erklärte, die beste Methode der Verhinderung von Judenmordgeleichen sei die Verhinderung von russischen Anleihen. Hyndman appellierte an das jüdische Proletariat, die jüdischen Finanzleute, die der russischen Regierung die Aufnahme von Anleihen ermöglichen, an den Pranger zu stellen.

In der Frage des Frauenwahlrechts empfahl der Kongreß auf Antrag von Fraulein Kough, für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen einzutreten. Hyndman unterstützte den Antrag. Dr. Duffin meinte, obwohl die Partei das Ziel der Frauenrechte für ungenügend halte, so billige sie doch ihre Demonstrationen, die mit revolutionärem Mut geleitet seien.

Duell sprach sodann über Parlamentarismus und Generalstreik. Er beschwerte sich für England nur friedliche Methoden. In England ließe sich vieles auf parlamentarischem Wege erreichen. Der Generalstreik sei eine viel zu wichtige Waffe, um ihn für etwas Geringeres als für die Erreichung der politischen Macht durch das Proletariat in Anwendung zu bringen.

Vor Schluß des Kongresses hielt Hyndman ein längeres Referat über die Wahrscheinlichkeit einer in den nächsten zwei Jahren zum Ausbruch kommenden wirtschaftlichen Krise.

In den Vorstand wurden gewählt: Hyndman, Green, Anee, Duell, Watts und Webster. Der nächstjährige Kongreß wird in Manchester stattfinden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. April 1907.

Der „sozialpolitische“ Freisinn auf der Flucht.

Königsberg, die ehemalige Hochburg der bürgerlichen Demokratie, ist dieser Tage wieder einmal durch den reaktionären Freisinn „besüchtigt“ geworden. In einem größeren Saale fand eine öffentliche Versammlung statt, die die Gesellschaft für soziale Reform einberufen hatte. In dieser Versammlung waren ausdrücklich alle Berufsorganisationen eingeladen, deshalb hatten sich unsere Genossen recht zahlreich eingefunden; es waren aber auch die hervorragenden Freisinnskämpfer mit Reichs- und Landtagsabgeordneten Ghylling an der Spitze erschienen.

Das Thema des Abends war: „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.“ Als Referent war Reichstagsabgeordneter Cuno-Sagen erschienen, der einen Vortrag hielt, den, wie in der Diskussion festgestellt wurde, unsere Genossen bis zu neun Zeilen unterschreiben konnten. Von unseren Genossen wurde sehr sachlich diskutiert, was der Vorsitzende ausdrücklich anerkannte. Ja, sogar mit einer von uns vorgeschlagenen Resolution erklärte sich der Vorstand der Gesellschaft für soziale Reform einverstanden, die dann nachher auch nebst einem Zusatz einstimmig angenommen wurde. Mitten in der Diskussion gerade als einer unserer Redner nachwies, daß der Freisinn gegen die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten, wie Neuwahlabschluß gestimmt habe, entfernte sich der Reichstagsabgeordnete Ghylling, der sich nicht an der Diskussion beteiligen wollte. Es fiel ihm nicht ein, die Angriffe auf seine Partei zurückzuweisen. Die „Hartungische“ schreibt nun, daß sich Herr Ghylling veranlaßt sah, den Rückzug anzutreten, „da unter der terrorisierenden Herrschaft der sozialdemokratischen Majorität eine fruchtbarere Erörterung von vornherein ausgeschlossen war“. Eine plumpe Ausrede. Herr Ghylling ergriff die Flucht, weil er die Schwäche seiner Position erkannte, weil er nicht gewohnt ist, dem Gegner Aug' in Aug' gegenüberzutreten, da alle Versammlungen der bürgerlichen Parteien in Königsberg schon seit langen Jahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Ja, es gibt böswillige Menschen, die behaupten, daß

Herr Ghylling zum ersten Male in einer öffentlichen Versammlung gewesen ist.

Und Herr Cuno, der früher in Königsberg Stadtrat und bei der Arbeiterschaft nicht unbeliebt war, zeigte im Schlußwort, daß er in die Schule der Firma Mugdan-Kopfsch gegangen ist. Er griff die Sozialdemokratie in der unverkämtesten Weise an, was zur Folge hatte, daß unsere Genossen nach dem Schlußwort dieses Herrn beantragten, nochmals in eine Debatte einzutreten, damit seine Angriffe zurückgewiesen werden könnten. Der Antrag wurde auch angenommen; nur war es nicht mehr möglich, Herrn Cuno ausführlich zu antworten, da die Zeit zu weit vorgerückt war. Der Vorsitzende wurde deshalb ersucht, eine weitere Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Dieses Thema wurde hauptsächlich deswegen vorgeschlagen, weil Herr Cuno behauptet hatte, die Sozialdemokratie verschleierte ihre Hauptziele. Der Vorsitzende versprach auch, die Anregung in wohlwollender Weise in Erwägung zu ziehen.

Am anderen Tage aber tobten die bürgerlichen Blätter wie besessen. Sie hatten erkannt, daß die Sozialdemokratie sehr gut abgefeimten hatte, deshalb schwindelten sie in bekannter Manier von „sozialdemokratischer Ueberrumpfung“ usw. und forderten dann die Gesellschaft für soziale Reform auf, keine weiteren öffentlichen Versammlungen mehr einzuberufen.

Leider hat sich der Vorsitzende dem Verlangen der bürgerlichen Presse schon gefügt. Er gibt öffentlich bekannt, daß die Gesellschaft für soziale Reform „künftig von öffentlichen Versammlungen absehen werde“. Dabei macht der Professor aber auch gleichzeitig der bürgerlichen Gesellschaft heftige Vorwürfe, indem er betont, daß die bürgerlichen Kreise der Gesellschaft für soziale Reform in Königsberg bis auf verschwindende Ausnahmen ferngeblieben seien; daher müsse man von öffentlichen Versammlungen solange absehen, bis das Interesse für Sozialpolitik und soziale Reform in den bürgerlichen Kreisen soweit gereift sei, daß die Gesellschaft für soziale Reform auf ihre Mitwirkung zählen dürfe. Es ist also erreicht! Auch die Gesellschaft für soziale Reform wird jetzt die Sozialdemokratie von ihren Beratungen ausschließen. Damit verliert sie alle Bedeutung, denn auf die weiten bürgerlichen Kreise darf sie nicht rechnen; die wollen von Sozialpolitik nichts wissen. Sie wird also dahinvegetieren, ohne irgendwelches Schaffen aufzuweisen zu können.

Das Enthüllungsfieber

hat die französische Presse erfasst. Die bürgerlichen Blätter neiden dem „Figaro“ den Ruhm, zuerst in das Bispemest gestochen zu haben, und sowohl die Revisten wie die antikerischen Journale fangen nun an, sich am Hin- und Herüberfahren zu beteiligen.

Der „Figaro“ legt zuvörderst seine Veröffentlichungen fort. Bei Montagninis Papieren befinden sich mehrere Verichte an Merich del Bal nebst den Antworten. U. a. erzählt Montagnini, daß er 1905 mit dem englischen Volkshafter Vertie eine Unterredung hatte: dieser habe gesagt, die republikanische Regierungsform entspreche Frankreich am besten, aber die Republik müsse weise und wirklich freiheitlich und gegen die Trennung der Kirche vom Staate sein. Wenn es aber dazu käme, so wäre es die Schuld der Konservativen und besonders des Adels.

In einem Briefe Merich del Bals heißt es: „Ich bin mit Ihrem Eifer und Ihrer Vorsicht sehr zufrieden. Trachten Sie, viel zu hören und wenig zu sprechen.“

Von anderen Blättern, die jetzt Montagnini-Papiere veröffentlichen, sind hervorzuheben die „Autorité“ und der „Matin“. Dieser bringt Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß Merich del Bal und Montagnini alles aushoben, um Jacques Piou ein Deputiertenmandat zu verschaffen, und daß auch auf verschiedene konservative und nationalistische Kandidaten von kirchlicher Seite ein Druck ausgeübt wurde, damit sie ihre Wahlbezirke Piou überließen.

Zur Affäre Piou hat natürlich auch Clémenceau, Frankreichs Ministerpräsident, das Wort ergreifen müssen. Gleich es doch, Piou, der Führer der liberalen Aktionspartei, habe sich ungefähr so geäußert: auch Clémenceau wäre, wenn man es nur richtig anzufangen wüßte, zu bestochen. Piou gab bereits eine Montagninis Darstellung desabonierende Erklärung ab!

Kunmehr hat der Ministerpräsident selber in einem an den „Figaro“ gerichteten Briefe die Vorgänge von seinem Standpunkte aus dargelegt. Er erzählt, daß er im Jahre 1905 von einer amerikanischen Malerin zusammen mit Piou, den er seit zwei Jahren nicht gesehen hätte, zum Essen geladen gewesen sei. Als der Kaffee herumgereicht wurde, habe Piou ihm, Clémenceau, gegenüber geäußert, er sei ein Gegner der Trennung, worauf er, Clémenceau, lediglich erwiderte, daß er im Gegenteil für dieselbe sei. Als er von der Veröffentlichung der Montagnini-Papiere erfahren, habe er, Clémenceau, begriffen, daß das Frühstück ein von Piou angewandtes Mittel gewesen sei, das ihm ermöglichen sollte, sich beim Vatikan solcher Beziehungen zu Clémenceau zu rühmen, die ihm den Versuch erlaubten, die Mitwirkung dieses Politikers durch eine große Geldsumme zu erlangen. Clémenceau appelliert an den gesunden Menschenverstand jedes lokalen Namens, um ein solches Verfahren zu brandmarken, das, wie er sagt, Gauner und gewöhnlicher Wegelagerer (tapours) würdig sei.

Die Erklärungen des biederen Clémenceau klingen recht gequält und sind reichlich getunden.

Deutsches Reich.

Agrarische Schulpolitik.

Agrarisch ist Trampf! Niemand ist so fest von der Wichtigkeit dieses Wahlpruches unserer Politik überzeugt, als die Agrarier selber. Darum erlauben sich die Herren auch dort, wo sie sich im Besitze der politischen Macht befinden, eine rücksichtslose Veranlagung ihrer Geldinteressen. Mit begehrlichen Augen schielen sie schon seit Menschengedenken nach der Arbeitskraft der Schulkinder, deren Ausbeutung in der Landwirtschaft ja auch das neue Kinder-schutzgesetz keine Saranten gesetzt hat. Schon bei der großen Schuldebatte im preussischen Abgeordnetenhaus am 9. Februar 1899 jagte der Abgeordnete Camp:

„Es wäre ein wesentlicher Vorteil, wenn den älteren Kindern in den Morgenstunden der Unterricht zu teil würde, vielleicht von 6 Uhr bis 9 oder 10 Uhr, wie es in vielen Gegenden der Fall ist. Dann meine Herren befänden sich die kleinen Bauern in der Lage, im Sommer ihre Kinder und die Kinder der ländlichen Arbeiter fast den ganzen Tag auszunutzen; das meine Herren, wäre ein großer Vorteil für sie.“

Ein großer Vorteil für sie, d. h. für den Großgrundbesitzer. Wo diese gemüthvolle „Ausnutzung“ der Kinder nicht betrieben werden kann, hilft man sich auf andere Weise. Die Agrarier in der Gemeinde Darsum bei Hildesheim, die auch den Schulvorstand beherrschen, haben nämlich beschlossen, die großen Sommerferien, die bisher vom 15. August begannen, um vier Wochen zu verlegen, so daß sie vom 15. September bis zum 1. November dauern sollen. Das nennt man dann „Sommerferien“! Der Grund für diese moderne Schullehre besteht darin, daß die Agrarier die Kinder zum Räuberoden ausnützen wollen. Alle Vorstellungen der Minderheit im Schul-

vorstande, die pädagogischen und gesundheitlichen Gründe, die gegen diese unverlorene Forderung ins Feld geführt wurden fanden bei der agrarischen Mehrheit kein Gehör. Wir müssen bezahlen, also wollen wir auch zu sagen haben!“ erklärt der Ober-agrarier. Und so wurde beschlossen. Goffentlich wird die Regierung ihre Zustimmung versagen und die Kinder der Gemeinde Darsum vor der agrarischen Fron behüten. Auf alle Fälle aber ist dieser agrarische Vorstoß bemerkenswert. Einer solch rücksichtslosen und brutalen Handhabung der Macht ist man wohl noch nirgends begegnet. Ob nun auch die agrarische „Tageszeitung“ von agrarischer Natur, von „Günstlingswirtschaft“, von „Interessensdingel“ und dergleichen sprechen wird? Solche Ausdrücke sind ihr ja sonst so geläufig, wenn es sich um Beschlüsse sozialdemokratischer Kollegen handelt.

Vom deutschen Verfassungs-„Recht“.

Daß der Bürgermeister von Offenbach einen für die Dierstoge nach Offenbach einberufenen Anarchistenkongreß verboten hat unter Berufung auf den Tagesordnungspunkt: „Antimilitaristische Propaganda“ haben wir seinerzeit gemeldet. Die Einberufer üben ihre Gesinnungsgenossen darauf nach Mühlheim am Main ein, aber hier verbot der Bürgermeister die Abhaltung ebenfalls und zwar „auf höheren Befehl“. Nun verkündete die anarchische Presse, daß der Kongreß in einem Ort in der Nähe Offenbachs tagen werde. Als Treffpunkt der Delegierten wurde das Gewerkschaftshaus in Offenbach angegeben. Am Sonnabend fand dort eine öffentliche Versammlung statt, in der Dr. Friedeberg-Berlin über „Parlamentarismus und Generalstreik“ referierte. Doch wurde, da er nicht erschien, das Referat von dem „Anarchist“-Redakteur Rudolf Lange gehalten, bis der überwachende Polizeirat die Versammlung auslöste, weil der Redner erklärte, er halte sich nicht für verpflichtet, Gesetze zu halten, wenn diese den Anarchisten gegenüber mit Füßen getreten werden.

Ein starkes Angebot von Polizisten drang darauf in den Saal und räumte ihn. Als am Sonntagvormittag die Mehrzahl der Delegierten eintraf, war das Gewerkschaftshaus von Polizeibeamten in Zivil und Uniform förmlich belagert. Ein Delegierter, den die Polizei irtümlicherweise für den von ihr gesuchten Holzmann, alias Senna Hoy hielt, wurde verhaftet und mußte den Zutritt der Hochwohlgeblichen mit drei Stunden Haft büßen.

Die Einberufung des Kongresses nach einem Ort in der Nähe Offenbachs sollte die Polizei irtüföhren. Indes schon am Sonntag hatte die „Frankfurter Zeitung“ melden können, daß der Kongreß in Mannheim stattfinden solle. So war es natürlich, daß die Delegierten, als sie am Nachmittag einzeln in Mannheim eintrafen, bereits auf dem Bahnhof von einem starken Polizeiaufgebot erwartet wurden. Auf dem Wege zum Kongreßlokal wurden drei ansehend als besonders gefährlich angesehene Berliner Delegierte und der Einberufer Imhoff-Offenbach verhaftet. Als der Kongreß endlich eröffnet werden sollte, „larrirt“ die Polizeimacht abermals ein, verbot die Tagung und erklärte sämtliche Delegierte für verhaftet. Die kriechlichen Leute wurden zur Polizeiwache geschleppt und nach Feststellung ihrer Personalien wurden sie wieder entlassen.

Die Delegierten haben indes schließlich doch der Polizei ein Schnippchen geschlagen — sie führten sie spazieren, entwichen ihr in der Abenddämmerung und darauf hielten sie auf freiem Felde jenseits des Neckars bei Fendenheim ihre Beratungen ab. Als sie um 2 Uhr morgens endeten, machten die Delegierten in der Freude ihres Herzens der Mannheimer Polizei in höflicher Form von dem faktum telephonische Mitteilung.

Der Schluß der Affäre ist lustig — aber sie selbst ist bitter ernst. Wie wenig in Deutschland und selbst in Süddeutschland von gesicherten Volkswerten, von einem nicht bloß auf dem Papier stehenden Verfassungsrecht die Rede ist, geht aus den Meldungen deutlich genug hervor. Die unmündige Kinder müssen sich deutsche Staatsbürger behandeln lassen — die Polizei darf alles tun, was ihr gefällt.

Ueber den Kongreß wäre noch zu melden, daß er von 40 Delegierten besetzt war. Es waren vertreten: Berlin durch 12 (darunter Dr. Friedeberg), Mannheim durch 4, Ludwigshafen durch 4, Offenbach durch 3, Frankfurt a. Main durch 3, Köln durch 3, Wiesbaden 1, Gamburg 1, Bremerhaven 1, Wiesbaden 2, Hannover 1, Stuttgart 1, Heilbronn 1, Elberfeld 1, Mainz 3, Düsseldorf durch 1 Delegierte.

Beschlossen wurde, eine Organisation der Anarchisten Deutschlands auf föderalistischer Grundlage ins Leben zu rufen. Sie soll von einer aus sechs Personen bestehenden Geschäftskommission in Berlin geleitet werden. — Alle drei in Berlin erscheinenden Anarchistenblätter: „Der freie Arbeiter“, „Der Revolutionär“ und „Der Anarchist“ sollen als Publikationsorgane dienen.

Neue Feindseligkeiten in Südwestafrika.

Es hat den Anschein, als ob die glücklich eingestellten Feindseligkeiten in West-West wieder aufleben sollten. Nach einer Meldung soll sich nämlich Simon Copper, der Kapitän der Franzmannhottentotten, der ebenfalls seine Kapitulation zugesagt hatte, nicht gestellt, sondern wieder in das Innere der Kalahariwüste zurückgezogen haben. Man vermutet, daß seine Kapitulation bei der Mehrheit seines Stammes keine Zustimmung gefunden habe. Nun ist aber bereits der Major Bierer zu seiner Verfolgung aufgebrochen, um bedingungslose Waffenjredung zu erzwingen.

Simon Copper hat sich seit 1 1/2 Jahren völlig passiv verhalten. Es ist deshalb auch nicht zu erwarten, daß er nunmehr, wo alle Stämme sich unterworfen haben, irgendwie an Feindseligkeiten dächte! Die Verfolgung der Franzmannhottentotten und der Versuch, sie zur bedingungslosen Waffenstreckung zu zwingen, erscheint uns deshalb sehr übereilt! Daß man durch Entgegenkommen, wie es ja in erster Linie die sozialdemokratische Fraktion empfohlen hatte, viel weiter kommt als durch kriegerischen Zwang, hat ja der ganze Hottentottentrieg bewiesen. Man hätte also ruhig den Simon Copper-Leuten, die ja in der Kalahari völlig unschädlich waren, noch einige Monate Bedenkfrist gewähren sollen! Sie hätten sich dann jedenfalls ergeben, ohne daß ein Tropfen Blut geflossen wäre. Wie weit man durch eine schneidige Verfolgung kommt, bleibt abzuwarten! —

Nachklänge von der letzten Reichstagswahl. Vor der zweiten Straßammer in Bremen wurde am Donnerstag gegen den Schmied Wilhelm Wüll und die Ehefrau Hoppe verhandelt, die beide beschuldigt wurden, am Tage der Reichstagswahl in Bremen vorsätzlich ein falsches Ergebnis der Wahlhandlung herbeizuführen zu haben. Wüll logierte bei seiner Mitangeklagten, deren Ehemann am 25. Januar in Untersuchungshaft war. Auf Veranlassung von Frau Hoppe gab Wüll am Tage der Hauptwahl in Bremen für deren Ehemann einen Stimmzettel ab. Am Entscheidungstage wollte Wüll nochmals für den verhinderten Klempnergesellen Hoppe wählen; inzwischen war aber der Wahlvorsitzer durch ein anonymes Schreiben davon unterrichtet worden, daß Wüll am 25. Januar als Ehemann Hoppes gewählt hatte. Der Wahlvorsitzer veranlaßte darauf die Anzeige. Beide Angeklagte wollen nicht gewußt haben, daß ihre Handlungsweise strafbar sei. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten. Das Gericht glaubte den Angeklagten nicht, daß sie nicht gewußt haben, sich einer strafbaren Handlung schuldig zu machen, wenn sie wie angegeben, bei Wahlen verfahren. Das Gericht hielt aber eine mildere Strafe, wie die beantragte, für ausreichend, es wurde mildernnd verurteilt, daß die Angeklagten noch nicht vorbestraft sind und daß sie bei den Wahlen in keiner Weise agitatorisch hervortraten. Daß Urteil lautete wegen Vergehens gegen § 108 Abs. b des Strafgesetzbuchs gegen beide Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. —

„Quatschdöppe“

Seit das Zentrum im Reichstage aus seiner Nachstellung verdrängt worden ist, findet die ultramontane Presse allerhand auszuweisen an ungenügend politischen und parlamentarischen Verhältnissen. Die „Königliche Volkszeitung“ bespricht einen Artikel Delbrücks in den „Preussischen Jahrbüchern“, worin gesagt wird, daß der neue Reichstag ebenso ungenügend sei wie sein Vorgänger. Dazu meint das Blatt:

„Der Reichstag kann sich an geistiger Bedeutung mit der französischen Deputiertenkammer und dem englischen Unterhause wohl messen, weshalb erregen aber die „großen Tage“ in diesen beiden Körperschaften in viel höherem Grade die Spannung der eigenen Nation und der ganzen zivilisierten Welt als eine wichtige Verhandlung des deutschen Reichstages? Weil jene Parlamente mächtiger sind als der Reichstag und von ihrem Vertrauen oder Mißtrauensvotum die Existenz der jeweiligen Regierung abhängt. Wenn aber von den 307 Reichstagsabgeordneten sich auch 300 mit aller Entschiedenheit gegen den Kanzler aussprechen, so braucht ihn das nicht anzusehen, so lange der Kaiser ihm den Rücken stützt.“

Um zu zeigen, welche Wertschätzung der Reichstag in den „Besseren“ Kreisen genießt, erzählt das Zentrumblatt einen Vorgang in einem eleganten Restaurant in Berlin. Dort sah an einem Tisch eine Gesellschaft, darunter ein Geheimrat und ein Major. Der Restler brachte den Herren ein Abendblatt mit der Bemerkung, es sei der Anfang der interessanten Verhandlungen des Reichstages von heutiger Tage darin. Die Herren warfen das Blatt sofort auf einen anderen Tisch und sagten untereinander: „Geht uns gar nichts an, was die Quatschdöppe sagen, der Kaiser macht ja doch, was er will.“

Die „Königliche Volkszeitung“ meint, die Einführung des parlamentarischen Regimes werde die Bedeutung des Reichstages steigern, aber der praktische Politiker könne ernsthaft mit dieser Frage nicht rechnen, weil keine Möglichkeit bestehe, diesen Plan durchzuführen. Zwar erkennt das Blatt die Notwendigkeit an, daß das Ansehen und der Einfluß des Reichstages gestärkt werde, es unterläßt aber, die Mittel anzugeben, die außer dem parlamentarischen Regime das bewirken könnten.

Im übrigen folgt die „Königliche Volkszeitung“ mit ihren Klagen über die Bedeutungslosigkeit des Reichstages nicht Neues. Interessant ist nur, daß man diese Klagen in der Zentrumspresse erst jetzt vernimmt und sie nicht zu hören bekam in jener Zeit, da das Zentrum als ausschlaggebende Partei den Reichstag und die Reichsregierung beherrschte. Warum erzählten die liberalen Blätter und da nichts von den „Quatschdöppern“?

Ein Bundesgenosse der liberalen Kulturkämpfer.

Der freisonneristische Abgeordnete v. Kardorff, der berühmte Lauraküttengründer, verteidigt in der „Post“ die Unterstützung, die die Freisonneristen im Abgeordnetenhaus den Liberalen in der Frage der sachmännlichen Schulaufsicht geleistet haben. Er erklärt, daß es politisch kurzichtig sei, unter allen Umständen die geistliche Schulaufsicht konservieren zu wollen. Wenn sich der Stand der Volksschullehrer bei den heutigen Verhältnissen bedrückt fühle, so soll man nicht veräumen, ihm diejenige Freundschaft für seinen Beruf wiederzugeben, ohne welche ihm eine glückliche Erziehung der Jugend niemals gelingen werde. Aus diesen Betrachtungen heraus hätten auch die Freisonneristen im preussischen Abgeordnetenhaus den Liberalen Antrag auf Einführung der sachmännlichen Schulaufsicht unterstützt. Die freisonneristischen Motive sagt Herr v. Kardorff dann weiter folgendermaßen auseinander:

„Wenn wir das stetige Anwachsen der Sozialdemokratie betrachten, so müssen wir doch zu der Ueberzeugung gelangen, daß Kirche und Schule die äußersten Anstrengungen machen müssen, um die deutsche bzw. preussische Jugend zur Gottesfurcht, zur Vaterlandsliebe und zu dem Bewußtsein zu erziehen, daß nur mit energischem Fleiße in jedem Berufe, auch in dem der arbeitenden Klasse, für den einzelnen richtige Erfolge zu erzielen sind, und daß derjenige auf eine glückliche Ausgestaltung seines Lebens verzichtet, der alles allein von seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie erwartet.“

Herr von Kardorff ist also der Meinung, daß die sachmännliche Schulaufsicht keineswegs eine Bekämpfung der Schulverfassung darstelle, sondern im Gegenteil die Lehrer nur geneigter mache, um auch ihrerseits ohne geistliche Kontrolle das edle Werk der Erziehung der Jugend zu „Gottesfurcht“, „Vaterlandsliebe“ und „Unternehmerfähigkeit“ zu vollenden!

Auch wir haben bereits erklärt, daß die Frage, ob geistliche oder ob sachmännliche Schulaufsicht, für die milderische, chauvinistische und kapitalistische Tendenz der Volksschule so ziemlich gleichgültig sei. Freisonneristische und Nationalliberale glauben sich den Rufus eines formellen Zugeländnisses an die Lehrerschaft leisten zu können in der Bewußtheit, daß das Schulverfassungsgesetz die Schule ohnehin den Tendenzen des junkerlichen und kapitalistischen Ausbeutertums zur Genüge dienstbar gemacht habe!

Die preussischen Behörden und der Unternehmerprofi der Buchdruckerunternehmer.

Die Zeitschrift für Deutschlands Buchdruckerunternehmer veröffentlicht Protokollauszüge über die Verhandlungen des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins. Ueber die Sitzung am 20. März 1907 wird u. a. berichtet:

Zu den hauptsächlichsten Vereinsaufgaben übergehend, mit denen sich der Vorstand seit seiner letzten Sitzung zu befassen hatte, verbreitet sich der Bericht zunächst über die stattgehabte ausgedehnte Agitation zur Erhöhung der Druckpreise und stellt fest, daß die Mitglieder beim Auftragsgeberpublikum im allgemeinen Entgegenkommen gefunden haben, wenn auch die vertretene 10prozentige Erhöhung im vollen Umfange nicht immer wird hereingebracht worden sein. Die meisten Schwierigkeiten machte die Durchführung der Druckpreiserhöhung bei den Behörden, besonders im Königreich Preußen, und der Vereinsvorstand hatte insofern Befehl an Ansuchen von vielen Firmen eine umfangreiche Vermittlerarbeit zu leisten.

Preußen marschiert ja in der Sozialpolitik in der Welt voran. Es ist deshalb anzunehmen, daß die preussischen Behörden sich nicht deshalb so hartnäckig gegen die Erhöhung der Druckpreise gestraut haben, weil sie den Buchdruckerarbeitern ihre 10prozentige Lohn-erhöhung mißgönnten, sondern deshalb, weil sie der Ansicht sind, daß die Buchdruckerunternehmer die Lohnzulage auch ohne Existenzgefährdung aus ihrer Tasche bezahlen könnten!

Irreführung.

Das vom Reichskanzler belohnte Bündlerorgan „Deutsche Tageszeitung“ flackelt die agrarische Begehrlichkeit durch folgende Aufmachung an:

„Die Bergarbeiterlöhne“

haben nach der jetzt für 1906 herausgegebenen amtlichen Statistik in diesem Jahre den höchsten je beobachteten Stand erreicht. Es wurden im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau an reinen Löhnen ausgezahlt:

1902	400,9 Millionen Mark
1903	449,7 „
1904	474,1 „
1905	475,2 „
1906	562,6 „

Der auf einen Arbeiter entfallene reine Durchschnittslohn stieg 1906 gegen 1905

im Dortmunder Revier um	216 Mark
im Aachener Revier um	129 „
im Obererleischen Revier um	57 „
im Niedererleischen Revier um	42 „

Kein Wunder also, daß die „Brot- und Fleischnotschreier“ bei den letzten Wahlen so schlechte Geschäfte gemacht haben!

Die Demagogie bei dieser Auffstellung liegt in dem, was der Mensch wiegen wird. Im Jahre 1905 war der große Bergarbeiterstreik. Dieser hat selbstverständlich das Einkommen beeinflusst. Zu einem guten Teile resultieren die Lohnhöhenänderungen aus der Veränderung der Schichtenzahl. So entfielen z. B. im Ruhrrevier auf den Kopf der Belegschaft im Jahre 1905 296 Schichten, im Jahre 1906 aber 321 Schichten. Solche „Kleinigkeiten“ werden verschwiegen!

Sachliches Ministerium. Der Prinzregent von Bayern hat den Austritt des Staatsministers des Innern Grafen v. Feilich unter Verlassung des Titels eines Staatsministers genehmigt und ihm durch den Flügeladjutanten vom Dienst Graf Castell sein Reliefbildnis in Gold überreichen lassen. Gleichzeitig wurde der Regierungspräsident der Oberpfalz Friedrich v. Dreitreich zum Staatsrat im ordentlichen Dienste und zum Staatsminister des Innern ernannt.

Ein neuer Beweis gegen die sozialistische Verwendungslehre. Unter diesem Titel schreibt die „Tägl. Rundschau“:

Den besten Beweis dafür, daß das Einkommen der breiten Schichten der Bevölkerung in stetigem Steigen begriffen ist, liefert die Tatsache, daß die Invalidenversicherung in den höheren Lohnklassen zu- und in den unteren abnimmt. Im Jahre 1900 wurden in Lohnklasse V nur etwa halb soviel Beiträge als in Lohnklasse I entrichtet. Im Jahre 1904 blieb die Zahl der Beiträge in Lohnklasse I bereits hinter der in Lohnklasse V zurück. Im Jahre 1905 hat sich der Unterschied noch erhöht.

Ob das schriftstellerische zweibeinige Schaf, das diese Notiz verfaßt hat, wohl jemals etwas von Marx gelesen hat? Anzunehmen ist es nicht, denn dann könnte dieses eigenartige Exemplar aus des Herrgotts großen Tiergarten kaum einen solchen Blödsinn zusammenschreiben.

Der bestrafte Gesehswächter.

Aus dem Wahlkreis Juch-Ludenzwalde berichtet die „Brandenburger Zeitung“: Weil er das Wahlgeheimnis eigenmächtig gewahrt, wurde der Wähler Friedrich Eichelbaum in Koppinichen vom Schöffengericht Weizig zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Eichelbaum verlangte nach Schluß der Wahl, daß der Wahlvorsteher die Wahlurteile mitbringen solle, da, wie es in ländlichen Wahlbezirken Praxis ist, eine kleine Wahlurne benutzt war, worin Kubert auf Kubert gelegt wird, und zu befürchten war, daß bei dieser Handhabung der Wahl der Wahlvorsteher dahinter kommen kam, wie ein jeder gemahnt hatte. Der Wahlvorstand verweigerte jedoch das Mitbringen der Urteile. Darauf ging Eichelbaum selbst an den Wahlstisch und mit den Worten: „Ich werde Euch Eure Biegelei anstreichen“, mischte er die Kuberts gründlich durcheinander, wofür er nun 20 M. bezapen muß.

So gehört es sich. Wer die Verletzung des gesetzlich garantierten Wahlgeheimnisses verübt, wird bestraft. Dem Wahlvorstand aber geschieht nichts! Und das nächste Mal wird er es ebenso machen, da das Gericht seine geschwundene Praxis schämt. So will's die deutsche Gerechtigkeit!

Der katholische Volksverein.

Wie das soeben herausgegebene zweite Vereinsheft mitteilt, zählte der Volksverein für das katholische Deutschland am 1. Januar 1907 542 139 Mitglieder, was gegen den 1. Januar 1906 eine Zunahme von 47 688 Mitgliedern bedeutet. Die Serie der gemeinnützigen Flugblätter wurde um zwei Nummern vermehrt; die Apologetische Volksbibliothek zählt zehn Nummern, die neu eingeführte Soziale Volksbibliothek acht Nummern. Eine billige gemeinnützige Volksbibliothek soll folgen. Im Januar wurden 7 Millionen sozialpolitischer und apologetischer Flugblätter verbreitet. Wie die Mitgliederzahl, so erstreckt sich auch die Arbeit des Volksvereins zum größeren Teil auf Rheinland und Westfalen.

Ausland.

Schweiz.

Die Schweizer Polizei macht wieder unliebsam von sich reden. Am 27. März — während des Generalkongresses! — wurde in Lausanne ein montenegrinischer Emigrant namens Jaticsch und einer seiner russischen Bekannten, ein gewisser Kantschelli, verhaftet und drei Tage später, am 30. März, abgeschoben. Die beiden hatten das Verbrechen begangen, am 27. März einigen Polizeispiegeln dadurch aufzufallen, daß sie an einer Volksversammlung teilnahmen.

Die Fremden Kantschellis glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß Kantschelli durch gütige Vermittlung der deutschen Regierung an Rußland weiter- und ausgeliefert werden soll.

Wir können die Befürchtungen der Fremden Kantschellis einstweilen nicht teilen; denn wenn wir auch wissen, daß Jarentliebdiener in Preußen-Deutschland zur „Staatsräson“ gehört, so glauben wir doch nicht annehmen zu dürfen, daß die Regierung Wilow Gelüste trägt, sich durch einen neuen Fall à la Leo Deutsch vor der Kulturwelt wieder einmal bis auf die Knochen zu blamieren.

England.

Der Gouverneur von Jamaika.

London, 1. April. (Fig. Ver.) Sydney Olvier wurde zum Gouverneur von Jamaika ernannt. Er ist im Jahre 1859 als der Sohn eines Geistlichen geboren, studierte in Oxford und zeichnete sich als klassischer Philologe aus. Im Jahre 1882 trat er in das Kolonialministerium ein, besetzte seitdem mehrere wichtige Stellen in verschiedenen britischen Kolonien. Im Jahre 1897 sandte ihn die Regierung nach Washington, um mit der amerikanischen Regierung über westindische Angelegenheiten zu unterhandeln. Drei Jahre später ging er als Sekretär nach Jamaika, wo er bis zum Jahre 1904 blieb und auch als stellvertretender Gouverneur fungierte. Als kürzlich der Gouverneur Swettenham, der sich während des Erdbebens mit dem amerikanischen Konteradmiral Dawis und mit der Bevölkerung von Jamaika überwarf, von seinem Amt zurücktrat, ersuchten alle Kreise der Bevölkerung die britische Regierung, Olvier zum Gouverneur zu ernennen. Die Regierung kam diesem Wunsch nach. Olvier ist Sozialist und gehört dem linken Flügel der Fabian Society an.

Finnland.

Im neuen Landtag werden die Sozialdemokraten nach den letzten Feststellungen 78 Vertreter, darunter 9 Frauen, haben, die Altfinnen 68, darunter 6 Frauen, die Jungfinnen 26 (2 Frauen), die Schwedische Partei 25 (2 Frauen), der „Bund der Landbewohner“ 11 (1 Frau), die „Christlichen Arbeiter“ 2.

Amerika.

Ueberrn großen Teich.

Sensationell wirkt die am Dienstag von New Yorker Blättern gebrachte Mitteilung des Eisenbahnmagnaten Harriman: Präsident Roosevelt habe ihn im Jahre 1904 — kurz vor der letzten Präsidentschaftswahl — aufgefordert, 200 000 Dollars für den republikanischen Wahlfonds aufzubringen, da sonst der Staat New York den Republikanern verloren gehe, und die weitere Behauptung Harrimans: Roosevelt habe versprochen, als Gegenleistung den Senator Depew zum Vizepräsidenten in Paris zu ernennen (was nachher nicht geschah!). Der Präsident veröffentlichte sofort mehrere im Oktober 1905 von ihm geschriebene Briefe, aus denen sich die Grundlosigkeit der Harrimanschen Behauptungen ergeben soll. Darauf bringt — wie ein Telegramm aus New York meldet — Harriman auf der Stelle eine Gegenerklärung. In dieser heißt es, daß Harriman, wiewohl er die Veröffentlichung eines Privat-schriftwechsels beklage, doch nichts von dem Inhalt seines Briefes

zurücknehmen könne. Roosevelt habe ihn zwar nicht aufgefordert, zu seiner Präsidentschaftswahl Geld beizusteuern, aber er habe ihn gebeten, im Interesse der Wahlen nach Washington zu gehen. Er habe unmittelbar nach der Unterredung mit dem Präsidenten Geld flüssig gemacht und 50 000 Dollars zu Wahlzwecken hergegeben.

Durch die Gegen- und Gegen-Gegen-Erklärungen wird die mysteriöse Geschichte nur noch dunkler. Barten wir ab, was do schließlich herauskommt.

Australien.

Die Straßenbahnen von Adelaide hat der Staat (Süd-Australien) für 290 000 Pfund Sterling käuflich erworben. Alle Bahnen werden elektrisch betrieben, die 70 englische Meilen Pferdebahngleise werden in 50 Meilen für elektrische Bahnen umgewandelt.

Große Bahnbauten werden über ganz Australien geplant, und zwar als staatliche Unternehmungen. Zwei transkontinentale Bahnen, die eine von Norden nach Süden, die andere von Osten nach Westen, sollen geschaffen werden, entweder neu oder durch Vervollständigung bestehender Systeme. Dadurch wird Perth mit Sydney und Melbourne mit Port Darwin verbunden. Die Angelegenheit wird demnächst im Bundesparlament wie in allen Staatsparlamenten zur Sprache kommen.

Gewerkschaftliches.

Die Holzindustriellen auf dem Millionen-Pump!

Das also ist das so rasche Ende der ebenso frech und übermütig wie großsprecherisch unternommenen Aussperrung der Holzarbeiter, daß der Scharfmacherverband, der mit seinen Mitteln prahlte, beschlossener hat, eine Anleihe aufzunehmen. Und zwar will er nicht weniger als eine Million pumpen! Ein betrügerischer Bankrottierer, der sein Scharfmachergeschäft ohne Mittel begann und es jetzt auf anderer Leute Kosten fortsetzen will. Wenn die Scharfmacher im Holzgewerbe den Dämmen gefunden haben, der ihnen auf ihr — nennen wir's so! — „ehrlisches Gesicht“ hin eine Million pumpt, dann mögen sie ihn nur gleich auf weitere Millionenanleihen vorbereiten. Die Aussperrung steht jetzt so, daß der Holzarbeiterverband mit Hilfe seiner Vertrauensleute die im Verhältnis zur Größe des Verbandes geringe Zahl der ausgesperrten dauernd zu unterstützen vermag. Wenn sich dann die Herren Scharfmacher genügend ausgepumpt haben, dann sind sie reif genug dazu, daß der Verband ihnen, nicht den Meistern, die sich mit dem Verbands einigten, seine Bedingungen stellen samt. Man würde es bei der gegenwärtigen Sachlage dem Holzarbeiter-Verbande, der noch so frisch wie am ersten Tage dasteht, wahrhaftig nicht verübeln können, wenn er die Geschichte satt beläme und erklärte: zu den Unternehmern, welche nicht innerhalb einer gewissen Frist die Aussperrung zurücknehmen, lehren unsere Mitglieder nicht mehr — wie sonst bisher überall — zu den alten Bedingungen zurück. Wenn der Holzarbeiterverband zu solchen Gewaltmitteln nicht gegriffen hat, unterließ er's nur aus dem Gefühl einer Ueberlegenheit heraus gegenüber einem Scharfmachertum, dessen wirkliche Erfolge mit seinen großen Worten immer im Widerspruch gestanden habe.

Wie allertwärts ist auch in Dresden der Plan der Scharfmacher miflungen. Man schreibt uns von dort:

Statt der von Scharfmacherseite angekündigten Aussperrung von 2000 Holzarbeitern waren am Mittwoch nur 350 ausgesperrt. Mit der Mehrzahl der mittleren Betriebe ist ein Abkommen getroffen worden, wodurch diese sich verpflichten ihre Arbeiter nicht auszusperrern. In diesen Betrieben arbeiten über 600 Personen.

Jetzt sind jedoch Scharfmacher aus Berlin hier rübrig an der Sperrarbeit. Etwa 100 Mann der Scharfmacher sind dabei, jeden einzelnen Tischlermeister in der Wohnung aufzusuchen und zu bearbeiten. Es sind bisher noch keine sichtbaren Erfolge dieser Scharfmachertätigkeit zu verzeichnen. Doch wird volle Klarheit erst eine Versammlung der Meister bringen, in der dieser Lage die Aussperrungsfrage noch einmal erörtert werden soll. Diese Versammlung ist auf Veranlassung der Berliner Scharfmacher einberufen worden, die auf diese Weise einen auf Generalaussperrung lautenden Beschluß herbeiführen wollen.

Anscheinend diese Versammlung ist es, von der ein Wolffsches Telegramm berichtet:

Dresden, 3. April. In der heute vormittag hier abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe wurde beschlossen, alle möglichen Mittel in Anwendung zu bringen, um die Aussperrung siegreich durchzuführen. Der Vorsitzende, Kahardt-Berlin, erklärte, daß die gesamte deutsche Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe in jeder Beziehung (?) unterstützen wolle. Die Versammlung beschloß, den Vorstand zu ermächtigen, eine Anleihe in Höhe bis zu einer Million Mark aufzunehmen, mit der Aufgabe, ihm zunächst 300 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Das Wolffsche Telegraphenbureau wird von den Unternehmern selbst inspiriert. Wenn diese Stelle die Geldnot der Hubelspan-Barone in alle Winde telegraphiert, muß es äußerst schlimm mit denselben stehen. Ob der Millionen-Pump retten kann? Ob er überhaupt zu den angebotenen „möglichen“ Mitteln gehört? Herr Kahardt müßte den berühmten Treber-Schmidt an Virtuosität in der Aufnahme von Geldern übertreffen, wenn er damit eine unhaltbar gewordene Position retten wollte!

Berlin und Umgegend.

Küttung, Baukämpfer!

Die letzte Nummer der „Berliner Kämpfer- und Instillateur-Zeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Vorstandes der Berliner Kämpferinnung, worin der Vorstand bekannt gibt, daß im Vorstand der Innung und der Vereinigung konstatiert sei, daß die Kämpfermeister streng auf dem Boden des Tarifes stehen und dafür gesorgt wurde, daß auch künftig der Vertrag für seine ganze Dauer umgehalten werde. Wörtlich fährt dann der Vorstand in der Bekanntmachung fort:

In Verfolg dieses Beschlusses des Vorstandes werden nun hiermit die Mitglieder der Innung und Vereinigung noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. April 1907 ab nach dem Tarife der Lohnsatz für die länger als zwei Jahre ausgeleiterten Kämpfergehältern auf 72½ Pf. zu erhöhen ist. Die Mitglieder werden dringend ersucht, sowohl diese Bestimmung, wie auch die sonstigen Bestimmungen des am 16. März 1906 geschlossenen Tarifvertrages auf das genaueste einzuhalten, damit Streitigkeiten nach Möglichkeit vermieden werden. In zweifelhaften Fällen wird der Obmann der Schlichtungskommission, Herr Kunik, weitgehendste Auskunft erteilen.

Dem obigen gegenüber verweisen wir auf unsere gestrige Bekanntmachung. Halten die Arbeitgeber den Vertrag, dann ist das besonders gut für die Arbeiter. Wir haben dann keine Veranlassung, irgend etwas zu unternehmen. Halten die Unternehmer den Vertrag nicht oder kommen einzelne Störungen vor, dann ersuchen wir, sofort nach unserem Bureau, Charitéstraße, Mitteilung zu machen. Ueber alles weitere werden unsere

Vertrauensleute am Sonntag informiert. Deshalb ersuchen wir unsere Kollegen, sich auf irgend welche anderen Dinge nicht einzulassen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Haltung, Dreher und Maschinenarbeiter!

Die Kollegen der Daimler-Werke in Marienfelde haben die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Leitergeräthbauer haben am Mittwoch früh das in ihren Händen befindliche, den Unternehmern gehörende Handwerkzeug abgeliefert und bei folgenden Firmen einmütig die Arbeit nicht wieder aufgenommen: Ranschula, Gutsche (Friedenau), Dreiling u. Sohn, Scheider u. Co., Ernst Arndt, Anton Weissenhagen, Hartlieb, Hiele, Weber, Ray, Wenzel, Lehmann, Pusch, Hbold, Hohdorf und Stadermann. Bei Georg Weissenhagen ist eine Kolonne von fünf Mann Amorganisierter stehen geblieben. Bei Arndt u. Co. (Wilmersdorf) sind die sechs Voliere stehen geblieben, welche sich Herr Arndt durch Vertrag gesichert hat. — Im ganzen sind etwa 200 Mann an dem Streik beteiligt. Die Firma Altmann, Charlottenburg, welche seit drei Jahren nicht mehr im Tarifverhältnis stand, hat ihren Volieren den Lohn von 70 Pf. pro Stunde erhöht. Die Gerüstarbeiter dagegen haben keine Zulage erhalten. Bei dieser Firma wird zurzeit noch gearbeitet; doch ist es nicht ausgeschlossen, daß auch hier sich die Arbeiter mit den Streikenden solidarisch erklären. Alle diejenigen Gerüstbauer, welche heute noch anderweitig als Bau- oder Kohlenarbeiter usw. in Arbeit sich befinden, werden ersucht, während des Streiks ihre Arbeit zu halten und in der Leitergeräthbranche nicht anzulassen. Jeder Gerüstbauer ist verpflichtet die strengste Solidarität zu üben.

Tapetierer! Obwohl der allgemeine Zustand beendigt ist, befinden sich zurzeit doch noch die Gehäusen einzelner Betriebe im Streik. Unter der unwahren Angabe, auch bei ihnen seien die Differenzen beigelegt, suchen die betreffenden Arbeitgeber Gehäusen vornehmlich von außerhalb, um sie so zum Streikbruch zu überreden. Wir machen deshalb besonders darauf aufmerksam, daß zureichende Gehäusen sich zuerst auf dem Verbandsbüreau, Engel-Allee 15, zu melden haben. Auf strengste zu meiden, weil gesperrt, sind die Firmen J. C. Pfaff, Groschus, Wegleben, Karl u. Kreischmar, Henke und Heymann. Wer sich dort verdingt, entwürdigt sich zum Streikbrecher.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Auslieferung der Herren-Maschinen.

Der „Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe“ wendet sich mit folgender Rundgebung an die Öffentlichkeit:

„Nach dem Anspruchs des ersten Vorsitzenden des frei-organisierten Gehäusenverbandes, daß die Löhne der Maschineweiter in manchen Orten so hoch getrieben sind, wie es unter den augenblicklichen Verhältnissen überhaupt möglich ist, sind allein in diesem Frühjahr von 33 Ortsgruppen unserer 90 Städte umfassenden Verbandes neue Lohnforderungen übermittelt worden. Sowohl die ungewöhnlich große Zahl dieser Bewegungen, wie auch die außerordentlichen, die Existenz des Gewerbes bedrohenden Ansprüche der Gehäusenführer zwingen die beteiligten Arbeitbegruppen, eine einheitliche Forderung des Abwehrkampfes zu sichern, um nicht nur zum Wohle des Gewerbes, sondern auch im Interesse des laufenden Publikums allen das Maß der Berechtigung überschreitenden Forderungen entgegen zu treten. Zu diesem einmütigen Vorgehen mahnte auch die Erfahrung, daß die Gehäusenführer seit Jahren die Lasten anwandte, bei der Mehrzahl der in Lohnbewegung verwickelten Städte einen friedlichen Abschluß herbeizuführen, um dann den Kampf gegen die wenigen übertrageliebenden Städte mit der ganzen Macht ihrer Gesamtorganisation führen zu können und die Arbeitgeber dieser Städte infolge ihrer Uebermacht nieder zu zwingen. Noch jahrelanger Untätigkeit auf organisatorischem Gebiet sind die Arbeitgeber dem Beispiel der Arbeiter gefolgt; gemeinsam vertreten sie nunmehr ihre Interessen. Und wenn auch in manchen, diesen berechtigten Bestrebungen fernstehenden Kreisen der Ernst dieses Vorgehens verkannt und falsch beurteilt wird, so rechtfertigen die Arbeitgeber ihr Streben durch den Hinweis, daß Streik und Aussperrung die gleichen Mittel im Kampf der Parteien sind. Die sich allmählich die Öffentlichkeit an die täglich erfolgenden Streiks der Gehäusen gewöhnt hat, und diesen das Recht, ihre Lage zu verbessern, nicht beizutreten will, so wolle sie auch, über den Parteien stehend, in den Abwehrmaßnahmen der Arbeitgeber ein berechtigtes Mittel zur Wahrung bedrohter Unternehmerinteressen erblicken! — Nichts anderes als die Anwendung dieses gesetzlich gewährleisteten Mittels bedingt es, daß die gesamte organisierte Arbeitbegruppkraft des deutschen Schneidergewerbes ihren bedrohten Kollegen zur Seite steht, um ihnen den neun Wochen währenden Kampf zu erleichtern und abzukürzen.“

„Zudem sie dies tut, ist sie sich aber auch bewußt, daß seitens der Arbeitgeber das möglichste Entgegenkommen den Gehäusen überall bereits gezeigt worden ist und der bisherige Lohnsatz in allen bestrittenen Städten erheblich erhöht wurde. Zudem erklärten sich die Arbeitgeber noch bereit, nach der Wiederaufnahme der Arbeit etwaige Wünsche der Gehäusen hinsichtlich der Erlebung örtlicher Angelegenheiten tunlichst zu würdigen und überall Tarifverträge abzuschließen.“

Wenn trotz alledem der Friede nicht erhalten blieb und selbst direkt unbeteiligte Verbände in den Kampf verwickelt werden, so darf dieses freiwillige, unbedingte, solidarische Eintreten dieser Kreise als ein schlagender Beweis dafür betrachtet werden, daß nur schwerwiegende Gründe die Veranlassung zu solchen Schritten geben konnten.“

„Also im Interesse des laufenden Publikums wollen die Scharfmacher der Schneidereiindustrie der Gehäusen nicht entgegenkommen! Und das ganze Schneidergewerbe ist durch die Ansprüche der Gehäusen bedroht! — Ach! Das alte Scharfmacherlied! Welches Gewerbe ist noch nicht zugrunde gegangen, wenn die Arbeiter Lohnforderungen stellen? Und in welchem Gewerbe hat das vom Unternehmertum immer wohlthätig vor höheren Preisen bewahrte Publikum nicht bemerken müssen, wie die wohlgerundeten Arbeiter sich Paläste auf Paläste bauen, die Unternehmer aber an Hungerpfoten laugen? Weht in die Friedrich- und Leipzigerstraße Berlins, geht in sein Konfektionsviertel und seht die Häuser an, die dort als Stapelplätze der Arbeit gebaut sind, die unter fleißigen Händen im Norden und Osten der Riesenstadt entstehen. Und dann geht in die Hinterhäuser dieses Nordens und Ostens, wo die Schneider die eleganten Garderoben herstellen, die später im Sonnenschein des reichen Westviertels glänzen oder in den Gesellschaftsräumen denselben prunkten. Und dann fragt die Schneider, was sie für diese Kleidungsstücke an Lohn erhalten, und fragt die Eleganten, was sie dem „Tailor“ in der Friedrichstraße für dasselbe Stück gezahlt haben. Und wer dann noch nicht davon überzeugt ist, daß die Schneidereiindustrie das Interesse der Menschheit im Auge haben, wenn sie den Schneider hungern lassen, und wer noch nicht weiß, daß „das Gewerbe zugrunde geht“, wenn die Schneider satt zu essen belämen, dem ist wohllich nicht zu helfen.“

Für die Denkwürdigkeit der Herren Scharfmacher ist es übrigens charakteristisch, daß sie dem Verband einen Streik daraus zu drehen versuchen, daß er in der Mehrzahl der Streikorte einen friedlichen Ausgang herbeizuführen versucht; er würde es in allen tun, wenn ihn der Scharfmacherverband daran nicht hinderte!

Am Mittwochvormittag fand in der Braukerei Friedrichshain zu Berlin wieder eine Versammlung der Aussperrten statt. Kunze erstattete den Situationsbericht. Er sagte unter anderem: Nach den Beschlüssen der Arbeitgeber sollten in ganz Deutschland 25 000 Arbeitnehmer ausgesperrt werden. In Wirklichkeit sind aber nur etwa 8000 ausgesperrt worden. Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes ist also bei weitem nicht in dem Maße ausgeführt worden, wie es nach ihren Statuten hätte geschehen müssen. Die Aussperrung erstreckt sich jetzt auf 31 Städte, das sind nur ein Drittel derjenigen Orte, auf die sich nach dem Beschluß der Arbeitgeber der Kampf ausdehnen sollte. Das alles beweist, daß das Vorgehen des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes bei einem großen Teil der Mitglieder keine Billigung findet. Man kann hiernach sagen, die Arbeitgeber sind mit ihren Maßnahmen ins Wasser gefallen, sie haben nicht das erreicht und werden nicht das erreichen, was sie erreichen wollten. — Die Arbeitgeber wollten so die Arbeiter überzeugen, daß die Tarife der Arbeitgeber gegenüber den bisherigen Tarifen erhöht worden sind. Der Inhaber der Firma Hermann Hoffmann machte einen solchen Versuch. Als ihm nachgewiesen wurde, daß der Tarif viele Verschlechterungen enthält, sagte er, das seien irrtümliche Auffassungen. Herr Hoffmann sagte auch, die Arbeiter sollten sich für besiegte erklären, nachher liege sich über die Forderungen verhandeln. — Natürlich haben die Arbeiter keine Ursache, sich für besiegte zu erklären. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Arbeitgeber fallen nach und nach ab, sie bewilligen die Forderungen der Arbeiter, erklären sich zum Frieden bereit und unterzeichnen den Tarif des Schneiderverbandes. — Wegen der Forderungen, die in Berlin und Hamburg gestellt sind, hat der Arbeitgeberverband die Aussperrung über ganz Deutschland verhängt. Um das zu erreichen, hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in der Provinz die Berliner Forderungen viel höher angegeben als sie gestellt sind. Mit absichtlichen Entstellungen und Unwahrheiten über die Forderungen der Arbeiter hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes seinen Zweck zu erreichen gesucht. Das betone ich — sagte der Redner — hier in der Öffentlichkeit, um dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes Gelegenheit zu geben, mich zu verlegen. Ich werde dann vor Gericht die Wahrheit meiner Behauptung erweisen. Mit den aus der Wahlbewegung bekannten Mitteln des Reichverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie ist der Arbeitgeberverband gegen uns vorgegangen. Es fragt sich, ob wir solche Leute beim Abschluß von Verträgen als gleichwertige Kontrahenten betrachten können. — Wenn es den Arbeitgebern gelingen würde, in diesem Kampfe zu siegen, dann hätten wir bei den geringsten Forderungen in irgend einem Orte eine Aussperrung über ganz Deutschland zu erwarten. Es gilt deshalb, daß wir den Kampf solange fortsetzen, bis eine der kämpfenden Parteien besiegte ist. Für uns steht die Situation durchaus günstig. Haben sich doch die Arbeitgeber durch die Ausdehnung der Aussperrung die Möglichkeit genommen, auswärts Streitarbeit anfertigen zu lassen. — Die Arbeitgeber wollen ja jetzt den einzelnen Arbeitern die neuen Arbeitgebertarife zur Anerkennung vorlegen. Es ist aber nicht möglich, auf diese Weise den Arbeitern zu beweisen, ob sie eine Lohnerhöhung erhalten, denn um das festzustellen, muß erst die Einteilung der Geschäfte in die betreffenden Tarifklassen erfolgen. Der Friede mit den Arbeitgebern kann nur so zustande kommen, daß sie sich mit dem Schneiderverband verständigen und diesen Tarif unterzeichnen. — Das Ziel des Arbeitgeberverbandes ist die Zerstörung der Arbeitnehmerorganisation. Sorgen wir dafür, daß dies Ziel nicht erreicht wird und daß, wenn durch den Kampf eine der beiden Organisationen zerrumpelt werden soll, es der Arbeitgeberverband ist.

Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Die Diskussionsredner erklärten sich mit den Maßnahmen der Ortsverwaltung des Schneiderverbandes einverstanden und gaben der Zubericht auf den Sieg der Arbeiterforderungen Ausdruck. Inzwischen zeigen die von auswärts einlaufenden Nachrichten mit aller Deutlichkeit, daß das Scharfmachertum ein Fiasko erlitten hat.

In Elberfeld-Warmen kommt es überhaupt nicht zur Aussperrung. Der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe des Unternehmerverbandes hat sich mit dem Ersuchen an den Hauptvorstand gewandt, die Elberfelder Unternehmer der Unbequemlichkeit der Aussperrung zu erheben. Er muß wohl so dringend geschrieben haben, daß der Hauptvorstand dem zustimmte.

In Frankfurt a. M. haben von 51 dem Arbeitgeberverband angehörigen Unternehmern nur 14 die organisierten Gehäusen ausgesperrt. Es kommen nach Feststellung der Verbandsleitung ca. 350 Arbeiter in Betracht, und zwar nur Herrenschneider. 65 Firmen gehören dem Arbeitgeberverband nicht an. Diese beschäftigen mit den dem Verbande angehörenden, aber nicht aussperrenden Unternehmern ungefähr 750 organisierte Arbeiter, so daß in Frankfurt a. M. nur ein Drittel sämtlicher organisierter Schneider ausgesperrt ist.

In München haben ebenfalls 48 Firmen mit 600—650 Arbeitern ausgesperrt. Eine Anzahl Firmen, darunter Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, haben sich an der Aussperrung nicht beteiligt und erklärt, daß sie sich unter keinen Umständen dem Gewaltstreik des Scharfmacherverbandes fügen werden. Mit ihrer Aussperrung in München haben die Scharfmacher einen flagranten Tarifbruch begangen. Gegenstand der Aussperrung vor zwei Jahren wurde vor dem Einigungsamt ein Tarif auf unbestimmte Zeitdauer abgeschlossen, der jedoch beiderseits 3 Monate vorher gelündigt werden muß. Als vor 14 Tagen der Geschäftsführer des Schneiderverbandes auf die Gefahr einer Aussperrung hinwies, da erklärte der Vorsitzende des Scharfmacherverbandes in dem liberalen Blätterorgan, den „M. R. N.“, daß man in München an eine Aussperrung niemals gedacht habe, da man an einen Vertrag gebunden sei. Man lege Wert darauf, um eine Beunruhigung der Gehäusen hintanzubehalten, dies öffentlich zu konstatieren. — Nun suchen die Scharfmacher ihren Gewaltstreik dadurch zu rechtfertigen, daß sie behaupten, daß Sympathiestreiks und Aussperrungen vom Tarifvertrag unberührt bleiben! Davon ist im Vertrag jedoch auch nicht eine Silbe enthalten; eine derartige Bestimmung würde aber sicher auch die ganzen Abmachungen illusorisch machen. Daher ist die Erbitterung auch unter einem Teile der Arbeitgeber groß. Mit welchen schädlichen Mitteln die Scharfmacher arbeiten, mag daraus hervorgehen, daß sie ihren ausgesperrten Arbeitern zumuten, Streikposten zu stehen und die Unterstützung zu nehmen, bei der Nacht aber zu arbeiten; man werde ihnen die Arbeit durch Ausgehender zuschicken und abholen lassen. Einmütig, wie die Münchener Schneider den Scharfmachern zurückwiesen, haben sie auch diese infame Zumutung von sich gewiesen!

Ausland.

Internationale Bergarbeiter-Bewegung.

Das internationale Komitee der Bergarbeiter hielt am 30. März in Brüssel eine Sitzung ab, um für den diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongress die Tagungszeit und Tagungsordnung festzustellen. Der letzte Kongress in London hat bekanntlich Salzburg in Oesterreich als Tagungsort für dieses Jahr gewählt, und es war in Aussicht genommen, denselben zu Pfingsten abzuhalten. Da aber die Oesterreicher zu Pfingsten gerade mitten in der Wahlbewegung stehen und dabei neun Bergarbeiterkandidaten zum

örtlichen Reichstag kandidieren, so beantragten sie, den Kongress später abzuhalten. Es wurde der 13. September als Eröffnungstag beschlossen.

Als Tagesordnung wurde folgendes beschlossen: 1. Der Kongress fordert für alle Länder die gesetzliche Achtstundenschicht, einschließlich der Ein- und Ausfahrt; in Gruben, wo die Temperatur hoch ist oder vor zu heißen Orten und zu nassen Stellen soll die Schichtzeit nur sechs Stunden betragen. 2. In Anbetracht der großen Grubenkatastrophen sollen mit Eisen von Arbeitern aus ihrer Mitte gewählte und vom Staate bezahlte Grubenkontrolleure verlangt werden. 3. Es sollen in allen Ländern Tarifverträge mit Minimallohnen angestrebt werden. 4. In allen Ländern sind Gesetze zu schaffen, nach welchen für alle Arbeiter bei Krankheit, Invalidität und für ihre Witwen und Waisen eine zum anfänglichen Leben ausreichende Rente gesichert wird. 5. Die Frauenarbeit soll für den Bergbau gesetzlich verboten werden. 6. Ebenso soll die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren im Bergbau völlig und für solche unter 16 Jahren die unterirdische Beschäftigung verboten werden. 7. Bei allen Wahlen sollen nur solche Kandidaten interfrüht werden, welche sich ehrenwörtlich verpflichten, die Forderungen der Bergarbeiter im Parlament zur Geltung zu bringen. 8. Verstaatlichung der Bergwerke soll in allen Ländern verlangt werden. 9. Der Kongress soll eine Sympathieresolution für den internationalen Frieden fassen und beraten, wie sich die Bergarbeiter bei Ausbruch eines Krieges in bezug auf Kohlenlieferung stellen. Dann beantragten die Belgier, nach folgendem auf die Tagesordnung zu setzen: 10. Die Produktion der Kohlen soll international geregelt werden und 11. neben dem 1. Mai soll noch im August ein Feiertag eingelegt werden, an welchem die Bergarbeiter demonstrieren, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen.

Der internationale Sekretär Ashton teilte dann mit, daß die Amerikaner den Kongress zu beschließen zugesagt hätten. Die Italiener, Ungarn und Spanier hätte er ebenfalls zu diesem Kongress eingeladen. Auf Wunsch der deutschen Delegierten wurde nach beschlossen, von Deutschland neben den christlich organisierten auch die in der polnischen Verfassungsvereinigung und die Hirsch-Dundersch organisierten Bergarbeiter mit einzuladen.

10 000 Arbeiter ausgesperrt! Reichenberg (Böhmen), 3. April. Von der in Kraft getretenen Aussperrung in den Tuchfabriken sind insgesamt 10 000 Personen betroffen.

Eingegangene Druckschriften.

„Kunst, Behandlung und Heilung nervöser Angsterkrankungen, Zwangs- und hysterischer Zustände.“ Von Dr. A. St. War. Gebunden 3 M., gebunden 4 M. Weidmann Verlag Dr. Abel u. Sohn, Leipzig.

„La Belgique ouvrière (Das arbeitende Belgien) von Emile Vandervelde. Nr. 30 u. 40 der Bibliothéque socialiste. Verlag von Cornély, Paris. 192 Seiten. 1 Franc.“

„Les souffrances des juifs en Russie et le devoir des Etats civilisés (Die Leiden der Juden in Rußland und die Pflicht der zivilisierten Staaten) von Léon Hémond. Paris 1907. Verlag von Cornély. 228 Seiten. 3,50 Franc.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Situation im Hamburger Hafen.

Hamburg, 3. April. (B. Z. N.) Die Zahl der augenblicklich im Hafen liegenden Schiffe ist erneut gestiegen. Heute befinden sich hier 293 Dampfer und 52 Segelschiffe. Die Gesamtzahl der auf Rosermenschen befindlichen Arbeitswilligen beträgt heute 4543, gegen gestern 4620, von denen 4210 heute morgen an die Arbeit gingen. 140 englische Arbeiter wurden mit dem Dampfer „City of Bradford“ heute nach England zurückbefördert.

Die Autokatastrophe.

Hagen (Westfalen), 3. April. (B. Z. N.) Auf dem Wege zwischen Hagen und Hohenlimburg stieß heute ein Automobil mit einem Möbelwagen zusammen. Das Automobil wurde zerrumpelt, alle vier Insassen erlitten schwere, zwei davon tödliche Verletzungen.

Gegen den inneren Feind.

Paris, 3. April. (B. Z. N.) Die Untersuchung über die gestrige Mobilmachung hat ergeben, daß es sich um einen Irrtum seitens eines höheren Offiziers handelte, der einen verlegten schriftlichen Befehl „geöffnet“ hatte, welcher nur auf ausdrücklichen Befehl des Kriegsministers hätte geöffnet werden dürfen. Der Befehl enthielt die Truppenverschiebungen, welche für den eventuellen Ausbruch eines Bürgerkriegs vorgesehen waren. Der schuldige Offizier wird wegen des Mißgriffes wahrscheinlich gezwungen werden, seine Entlassung zu nehmen.

Bestellte Rundgebungen.

Paris, 3. April. (B. Z. N.) In der Angelegenheit der Montagnini-Papiere veröffentlicht der „Temps“ ein Schreiben, welches Herrn del Val am 12. August 1905 an Montagnini richtete, nachdem der von der Kammer angenommene Geschehenentwurf über die Trennung der Kirche vom Staat der Senatskommission unterbreitet war. Das Schreiben lautete: „Ich habe Ihren Bericht betr die in Frankreich stattfindenden öffentlichen Rundgebungen gegen das Trennungsgesetz erhalten. Indem ich Ihnen für die in diesem Bericht enthaltenen Einzelheiten danke, fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, daß ähnliche Rundgebungen während der gegenwärtigen Periode, welche sozusagen eine Uebergangsperiode ist, sich mehrern. Es ist natürlich überflüssig hinzuzufügen, daß Sie bei Ihrem Vorgehen äußerste Vorsicht gebrauchen, damit Sie uns nicht bloßstellen.“

Erdbeben.

Madrid, 3. April. (B. Z. N.) Ein Telegramm von den Azoren-Inseln berichtet über ein Erdbeben, das gestern Abend verspürt wurde. Besonders sind die Ortschaften St. Michel und Vilafranca, die bereits früher durch Erdstöße gelitten hatten, völlig zerrumpelt. Die Bevölkerung ist von einer großen Panik befallen. Die überlebenden Einwohner der Insel haben diese verlassen. Die Katastrophe ist in ihrem ganzen Umfange bis jetzt noch nicht bekannt. Es heißt jedoch, daß mehrere Personen umgekommen seien.

Den Schergen entronnen.

Petersburg, 3. April. (B. Z. N.) Der zur Verbannung nach Sibirien verurteilte Deputy des sozialistischen Arbeiterrates Trozki-Bronstein ist aus seinem Verbannungsort entflohen.

Und schon wieder ein Seilbruch.

Essen a. Ruhr, 3. April. Auf Seite „Preußen“ (s. Harpen gehörig) befanden heute früh beim Schichtwechsel...

Seilbrüche und Fangvorrichtungen.

Ein Fachmann schreibt: Wertwürdigerweise verläutet bei den Erörterungen über die Kohlstropfe auf der Gerhardtgrube gar nichts über die Fangvorrichtung...

Das ist eine Wahrheit, über die man sich klar sein muß. Um so mehr, als die Gefahr des Absturzes durch das gewaltige Fortschreiten des Bergbaues nicht geringer, sondern größer geworden ist.

Die Fangvorrichtung ist eine mechanische Vorrichtung an der Förderseile, dazu bestimmt, im Falle des Seilbruchs die Förderseile vor dem Sturz in die Tiefe zu bewahren.

Der Förderkorb läuft in einer Führung von Spurlatten aus bestem Eichenholz. Neben diesen Spurlatten befindet sich am Förderkorbe der Mechanismus, Räder oder Erzentriebe mit Nägeln, Klauen oder (wie bei Rünzner) scharfen Messern versehen.

Andere wohl kaum zur Anwendung gebrachte Systeme bestehen darin, daß beim Seilbruch Fangarme oder Fanghörner seitwärts auf die Seilstützungen schlagen, und damit eine plötzliche Hemmung herbeiführen.

Man hat nun versucht, durch Anbringung von Gummpuffern oder Seegraspolsterungen usw. die Stoßkraft der Fanghörner abzuschwächen; alles wieder ganz nett in der Theorie, aber für die Praxis völlig unbrauchbar.

Alle in allem: auf die Erfindung einer sicher wirkenden Fangvorrichtung sollte noch mehr Gewicht gelegt werden als bisher.

13. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Haarlem, 1. April.

In der heutigen Abend Sitzung teilte mehr noch als es in der Radnuittagung bereits geschah, in der Debatte über die Taktfrage der Wunsch der Delegierten stark hervor, die Einheit der Partei über alles zu stellen und das Zusammenwirken der beiden Richtungen zu ermöglichen.

gegen den Vorwurf Troelstra's, daß sie dem Anarchismus zureibe. Unter langanhaltendem Beifall des Parteitag's erklärte Genossin Roland-Holt, die „Nieuwe Tid“-Gruppe wolle wieder an der Parteiarbeit teilnehmen.

Darauf wurde mit 226 Stimmen gegen 11 bei 14 Enthaltungen folgende Resolution der Abteilung Amsterdam V und anderer Amsterdamer und Rotterdamer Abteilungen angenommen, nachdem auch der Parteivorstand, die Kammerfraktion und die „Het Volk“-Redaktion erklärt hatten, daß sie ihr zustimmen könnten.

Der Kongreß weiß, nachdem er die Debatten über die Beschlüsse der Partei gehört hat, die einige Parteigenossen gegen die leitenden Organe und gegen die Mehrheit der Partei erhoben haben wegen Abweichens von der richtigen Taktik im Kampfe gegen die Bourgeoisie, diese Beschlüsse zurück in der Erwägung, daß diejenigen, die sie ausgesprochen haben, den Beweis dafür nicht erbringen konnten.

Jerner wurde einstimmig folgender Antrag Leyden, amendiert durch den Parteivorstand, angenommen:

Der Kongreß erklärt mit Rücksicht auf die verschiedenen Auslegungen der im vorigen Jahre in bezug auf die Differenzen innerhalb der Partei gefassten Resolution, daß dieser Beschluß die Freiheit der Kritik innerhalb der Partei nicht einschränkt und also jeder Parteigenosse das vollste Recht hat, sich gegen das zu wenden, was er als eine Abweichung von unseren Prinzipien ansieht.

Die Annahme dieser Resolution wurde vom Parteitag mit Beifall begrüßt und erzeugte für einen Augenblick eine gehobene Stimmung unter den Anwesenden, die jedoch sofort in eine gewisse Niedergeschlagenheit umschlug, als Genosse Schaper nun der „Nieuwe Tid“-Gruppe und speziell dem Genossen van der Gooz den Wunsch ausdrückte, daß sie nun die Broschüre nicht publizieren sollten, die eine Antwort auf die des Genossen Troelstra sein soll.

Erst nach 11 1/2 Uhr abends vertagte sich der Parteitag auf Dienstag vormittag.

X. Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei in Deutschland.

In dem schön decorierten Saale des Gewerkschaftshauses in Rahrze wurde am Sonntag, den 31. März, der Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei vom Vorstandsmitgliede Genossen Adamel eröffnet.

Der Redner begrüßte die anwesenden Delegierten und sonstigen Teilnehmer in warmen Worten und gedachte zum Schluß ehrend des leider zu früh verstorbenen Genossen Korawski.

Ins Bureau wurden die Genossen Winiszlicwicz und Riezlowski-Kattowiz, Wechta-Brig und Rychmann-Jabrze gewählt.

Genosse Trabalski gab den Bericht über den Stand der Bewegung und besprach eingehend die schweren Kämpfe, die die Partei mit den Nationalpolen auszufechten hatte.

Nach der Mittagspause gab die Mandatsprüfungskommission bekannt, daß 16 Delegierte mit gültigen Mandaten erschienen sind. Außerdem nahmen an den Beratungen fünf Vorstands-, sechs Kontrollkommissions- und zwei Prekominmissionsmitglieder teil.

Genosse Winiszlicwicz, der den Bericht über den Kasienstand gab, erhob heftige Vorwürfe gegen die örtlichen Organisationen, die ihrer Pflicht der Partei gegenüber nicht voll und ganz nachgekommen seien.

Genosse Biotkiewicz, Berlin bespricht, daß die Berliner Organisation ihrer Pflicht nicht nachgekommen sei. Die örtliche Agitation verschlug beinahe die ganze Gelder. Im letzten halben Jahre wurden in Berlin allein acht Versammlungen abgehalten.

Cepernik und Danisz lagten über die traurigen Verhältnisse in Oberschlesien, die eine wirksamere Agitation fast unmöglich machen. Die Genossen in den Großstädten hätten dagegen mehr leisten können.

Scholtzfel als Vorstandsmitglied verteidigte die Tätigkeit des Vorstandes und schob die langsame Entwicklung der Bewegung hauptsächlich auf den trägen Geist der ober-schlesischen Arbeiter.

Ruh-Königsbütte bedauerte, daß in Polen, wo doch die beste Organisation sein müßte, die Genossen ihre Arbeit vernachlässigten, statt energisch unter den Polen zu agitieren.

Sosna, Vorstandsmitglied, bedauerte, daß das im vorigen Jahre angenommene Einigungsprotokoll erst ein halbes Jahr später realisiert wurde.

Biotkiewicz forderte, daß der Vorstandsbericht in Zukunft mindestens 14 Tage vor dem Parteitage im Parteiorgan veröffentlicht werde.

Darauf wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß die Organisation der polnischen sozialistischen Bewegung in den deutschen Gegenden, die von polnischen Arbeitern bewohnt sind, nur schwache oder gar keine Fortschritte macht, da es an geeigneten Organisationsführern zur Einleitung dieser Bewegung mangelt,

erlaubt der X. Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei den Parteivorstand, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Vorstände der deutschen Wahlvereine aufzufordern, ihre polnischen Mitglieder zu veranlassen, eine energische Agitationsstätigkeit unter den polnischen Arbeitermassen einzuleiten und sie in polnische Sektionen zu organisieren.

Der Parteitag ist überzeugt, daß die Befolgung dieses Schrittes sowohl für die polnische Organisation als auch für die allgemeine sozialdemokratische Bewegung nützlich sein wird.

Dann wurde die Beratung auf den folgenden Tag vertagt.

Zweiter Tag.

Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung mit der Verlesung eines Begrüßungsschreibens der P. P. S. (revolutionäre Fraktion).

Der linke Flügel der P. P. S. hatte schon am ersten Beratungstage durch seinen Delegierten, den Genossen Saase, dem Parteitage seine Glückwünsche ausgesprochen.

Ueber „Unsere Taktik“ referierte Genosse Winiszlicwicz. Er schilderte unter Aufzählung überzeugender Beispiele, unter welsch schwierigen Verhältnissen die Partei zu kämpfen hat. Der Redner empfahl zum Schluß die Resolution, die der Parteivorstand dem Parteitag zur Annahme vorgelegt hat.

Es folgte eine rege Diskussion, die schließlich zu dem Resultat führte, daß die Resolution des Vorstandes mit einigen Änderungen angenommen wurde.

Die Resolution lautet:

„Auf dem Wege zur Verwirklichung unserer Bestrebungen, unseres Endzieles, niedergelegt im Programm der Polnischen Sozialistischen Partei, der vollen wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse, finden wir verschiedene Hindernisse vor, zu denen wir ganz bestimmte Stellung einnehmen müssen, um sie um so nachdrücklicher bekämpfen zu können.“

Eins dieser Hindernisse ist die Germanisationspolitik der preussischen Regierung, die Politik der nationalen Bedrückung des polnischen Volkes in Preussisch-Polen unter Anwendung von Ausnahmegesetzen.

In Erwägung, daß diese Politik in erster Linie die polnische Arbeiterschaft berührt, für deren Interessen- und zielbewußten Teil die Polnische Sozialistische Partei die politische Organisation ist; in weiterer Erwägung, daß die Politik der nationalen Bedrückung unserer sozialistischen Weltanschauung widerspricht, denn alle Völker haben das gleiche Selbstbestimmungsrecht, und daß diese nationale Bedrückung die polnische Arbeiterschaft in die Arme des Nationalismus treibt, der das Bestehen der Klassenunterschiede leugnet, und in die Arme des Merkantilismus, der allen Fortschritt hemmt;

in Erwägung schließlich, daß die Klasseninteressen der polnischen Arbeiterschaft die größtmögliche Garantie der allseitigen kulturellen Entwicklung der polnischen Nation erfordern, wozu die volle Berücksichtigung der Sprache der örtlichen Bevölkerung in allen sozialen, öffentlich-rechtlichen und vor allem staatlichen Institutionen nötig ist.

erklärt der Parteitag:

Gegen diese Regierungspolitik der nationalen Bedrückung werden wir mit allen gesetzlichen Mitteln kämpfen. Wir werden diesen Kampf nicht eher abbrechen, als bis alle politischen Institutionen demokratisiert, die bürgerlichen Freiheiten garantiert, polnische Schulwesen, polnische Gerichtsbarkeit und polnische Beamte uns gesichert sind.

Die Germanisationspolitik der Regierung hat den Politikern der polnischen bestehenden Klassen, die sich an die Spitze der nationalen Bewegung gestellt haben, ermöglicht, gegen die Regierung eine scheinbar oppositionelle Stellung einzunehmen, und hat auf diese Weise zur Schaffung einer Situation beigetragen, die diesen Politikern unter Zuhilfenahme von radikalen Phrasen ermöglicht hat, breitere Massen der polnischen Arbeiterschaft vom Wesen des Klassenkampfes abzulenken.

Die antipolnische Politik der Regierung hat denselben Politikern ermöglicht, die polnische Arbeiterschaft für ihre eigenen Ziele, die den Zielen und Bestrebungen der Arbeiterschaft feindlich sind, einzufangen.

Die Tätigkeit der Abgeordneten der polnischen Fraktion im öffentlichen Leben, im Reichstag und im preussischen Landtag liefert uns unzweifelhafte Beweise, daß sie in Wirklichkeit nur die Interessen der polnischen bestehenden Klasse vertreten, daß die polnische Arbeiterschaft weder von diesen Abgeordneten, noch von der Bewegung, deren Vertreter sie sind, eine Verteidigung ihrer Klasseninteressen zu erwarten hat — denn wenn die Nationalpolen zeitweise scheinbar im Interesse des Volkes auftreten, geben sie wohl darauf acht, daß ihre eigenen Interessen dabei nicht leiden, daß ihre eigenen Interessen dabei gewinnen!

Der Parteitag stellt nachdrücklich fest:

daß die Befreiung der polnischen Arbeiterschaft aus der wirtschaftlichen und politischen Bedrückung nur ihr eigenes Werk sein wird, nur erreicht werden kann durch die Verstärkung ihrer Klassenorganisation, der Polnischen Sozialistischen Partei.

Aus allen diesen Gründen fordert der Parteitag alle Genossen auf, auf Schritt und Tritt die heuchlerische „nationale“ Politik der polnischen bestehenden Klasse zu entlarven, ständig darauf hinzuwirken, daß sie mit den Interessen der polnischen Arbeiterschaft nichts Gemeinsames hat, und das Bewußtsein zu verbreiten, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein wird.“

Dann folgte die Beratung über den Punkt: Änderung des Organisationsstatuts.

Genosse Adamel als Referent teilte dem Parteitag mit, daß nach der vollzogenen Einigung zwischen der P. P. S. und der „Partei der deutschen Sozialdemokratie“ eine Änderung des Statuts notwendig sei. Die Vorschläge des Parteivorstandes wurden angenommen.

Zum Punkte Presse brachten verschiedene schlesische Genossen den Wunsch zum Ausdruck, daß das Parteiorgan in verständlicherer Weise redigiert werden möge.

Es folgte die Vorstandswahl, in der die Genossen Adamel, Winiszlicwicz, Riezlowski, Scholtzfel und Trabalski die meisten Stimmen auf sich vereinigten.

In die Kontrollkommission wurden die Genossen Caspari, Cepernik, Ruh aus Oberschlesien, Biotkiewicz-Bremen und Rhyckli-Berlin gewählt.

In die Prekominmission kamen: Gen. Rychmann und Kunze aus Jabrze.

Der Vorsitzende schloß darauf die Versammlung mit einer Ansprache.

Aus der Partei.

Vorbereitungen zur Waisfeier.

Das Gesuch der Genossen von Magdeburg um Genehmigung eines Umzuges am 1. Mai ist auch in diesem Jahre vom Polizeipräsidenten abgewiesen worden im Interesse der „öffentlichen Ordnung und Sicherheit“!

Das Agitationskomitee für den Bezirk Frankfurt a. M. bringt den Genossen folgenden Beschluß in Erinnerung: Um die Waisfeier im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. einheitlicher und eindrucksvoller zu gestalten, beschließt die Bezirkskonferenz, daß Waisfeierveranstaltungen am 1. Mai überall dort stattfinden haben, wo nicht besondere Umstände deren Abhaltung verhindern. Nur in Orten, wo die übergroße Mehrheit der Genossen, durch ihr Arbeitsverhältnis gezwungen, in der Woche abwesend ist, dürfen Waisfeiern am ersten Sonntag des Monats Mai abgehalten werden.

In Waisfeiern, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, entfaltet das Agitationskomitee keine Redner mehr.

Wahlkreis-Konferenzen.

Am Sonntag, den 24. März, fand im Reinickischen Lokale in Finsterwalde eine außerordentliche Kreis-Konferenz des Wahlkreises Calau-Ludau statt. Den Vorsitz des Zentralvorstandes gab in knappen Zügen der Vorsitzende. Der vom Kreis-lässiger Genossen Förster erstattete Rapport über die Wahl eines Kreisvorstandes von 1903-05. auf; zu dieser Summe hat die Zentralkasse des Kreises 622,00 M. beigetragen; 1301,21 M. sind durch Sammlungen aufgebracht worden, während die restlichen 3000 M. von der Provinzorganisation zugesprochen worden sind. Ein zu dem ersten Punkt vorliegender Antrag des Zentralvorstandes,

Zwecks Erzielung einer intensiveren Agitation den Wahlkreis in kleinere Bezirke einzuteilen, und zwar in letzter Linie dergestalt, daß einem Genossen nur immer zwei bis drei Orte zur Bearbeitung überlassen werden, fand allseitige Zustimmung. Sodann hielt der bisherige Reichstagskandidat Genosse Schubert einen circa anderthalbstündigen sehr informativen und klaren Vortrag über die Ursachen des unzureichenden Wahlausfalles und die den Genossen daraus erwachsenden Aufgaben. An den Vortrag knüpfte sich eine längere erquickende Diskussion; in dieser wurden die Ausführungen des Referenten wesentlich ergänzt durch den Genossen Weikert. Thamm, der besonders auch warm für die Frauenbewegung eintrat. Zum Reichstagskandidaten wurde Genosse Schubert wieder einstimmig proklamiert. Er nahm das Mandat an. — Der von der Mandatsprüfungskommission erstattete Bericht wies eine Anwesenheit von 37 Delegierten auf. — Dem Provinzialvorstande wurde die Ausführung eines Antrages überwiegen, der die Herausgabe eines das bürgerliche Prejudizwesen beleuchtenden Flugblattes bezweckte. Angenommen wurde ein Antrag, der die Verabfolgung der Proschüre „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ an jedes Parteimitglied im Kreise verlangt. Ein Antrag, im Kreise öfter Vortragszyklen über politische und wirtschaftliche Fragen zu veranstalten, erledigte sich durch die Erklärung des Vorstandes, daß mit dem Arrangement dergleichen Zyklen bereits begonnen sei. Als Ort für die Herbstkonferenz wurde Senftenberg bestimmt. Zur Erlangung einer genauen Statistik sollen rechtzeitig vor jeder Konferenz Fragebogen den einzelnen Ortsvereinen zur Verantwortung überhandt werden.

Personalien. Für den Wahlkreis Solingen wird zum 1. Juli ein Parteisekretär gesucht. Das Anfangsgehalt beträgt 2000 M. Es wird Redegewandtheit und Erfahrung im Verwaltungsfach gewünscht. Bewerbungen sind bis 20. April an Hugo Schaal, Solingen, Arbeiterstimme, zu richten.

Für den kommunalpolitischen und gewerkschaftlichen Teil der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen wird zum 1. Juli ein Redakteur gesucht, der möglichst auch rednerisch begabt sein soll. Bewerbungen sind an den Verlag zu richten.

Ein Grabdenkmal für Josef Scheu haben die Wiener Genossen am Ostermontag auf dem Zentralfriedhof zu Wien enthüllt. In langem Zuge marschierten die Arbeiterkämpfer mit ihren Fahnen zum Grabe des toten Kampfkämpfers des Proletariats. Nach dem Gesang des Schottischen Vardenhorns fiel die Hülle. Genosse Dr. Adler übergab sodann im Namen des Denkmalkomitees das Monument der Ehre der Wiener Arbeiterkämpfer mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte:

Josef Scheu hat mehr getan als jeder von uns, die wir nur mit schwachen Mitteln ausdrücken können, was uns erfüllt. Er hat dem Proletariat die Sprache der Kunst gegeben, er hat aus unseren Herzen hervorgeholt, was wir sonst nicht hätten sagen können. So ist er der Sänger des Proletariats geworden. So hat er die Brücke geschlagen von den Höhen der Kunst zu den Niederungen, in denen das Proletariat leidet muß. Er hat die Proletarier gelehrt, die Kunst zu empfinden, er hat sie hören gelehrt und er hat ihre neue Sangesprache in den Dienst zu stellen genutzt des gewaltigen Kampfes, in dem wir alle Soldaten sind. Er hat aus den einzelnen vor sich Hinfingenden, aus philtrophischen Gesangsübungen etwas ganz anderes gemacht: die heilige Kunst im Dienste der heiligen Sache der Befreiung.

Das Lied der Arbeit, das er uns gegeben, das Kämpferlied, das Truglied, das Hoffnungslied, das in allen Sprachen unseres Staates gesungen wird und das ein Band ist für die Internationale, die wir in Oesterreich darstellen, ist das Denkmal, das er sich selbst gesetzt. Doch dieser schlichte Stein, der aber so ausdrucksvoll, so greifbar darstellt, was uns vor diesem Grabe bewegt, soll ein Zeichen sein unserer Liebe und Verehrung, wie er Zeugnis gibt von dem großen Kampfe, in dem Meister Scheu ein Führer war.

Im Namen der Arbeiterkämpfer sprach Genosse Höger, namens der Familie Scheu dankte der Sohn des Verstorbenen, Dr. Robert Scheu. Mit dem Gesang des Liedes der Arbeit und der Defilierung der Teilnehmer schloß die würdige Feier. Ueber das Denkmal schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“:

Das Denkmal ist ein Werk des jungen Künstlers Richard Lutzsch, den Wien leider in der nächsten Zeit verlieren wird, da er einem Rufe nach Hamburg Folge geleistet hat. Von fast hundert eingereichten Entwürfen wurde dem seinen der Vorzug zuerkannt und zugleich mit dem ersten Preise hatte er den Auftrag zur Ausführung erhalten. . . . Aus einem mächtigen Block von belgischem Granit tritt in lebensgroßer Plastik eine Gruppe von Arbeitern hervor im Werktagsgewand. Alle singen. Einer von ihnen schwingt den Hammer und singt. Auch eine Frau ist dabei — in der armseligen Kleidung einer Bauarbeiterin. Aber auch sie blickt mit verklärtem Auge in die Ferne, wie wenn das Morgenrot einer neuen Zeit von dort herüberleuchtet, und sie singt. In dem unteren Teil des Blocks ist eine Tafel aus Laaser Marmor eingelassen, aus deren Mitte das Porträtbild mit sprechender Plastik hervorspringt; darunter stehen die Worte: „Die Arbeit, sie bewegt die Welt, die Arbeit hoch!“ und dazu die Noten . . .

Der Verbandstag der Portefeuerer.

Der vierte Verhandlungstag begann mit der Beratung über die Beschickung des Deutschen Gewerkschafts-Kongresses 1908.

Nach einleitenden Worten Weinschilbs und kurzer Debatte beschloß der Verbandstag, selbst die Delegierten zum Kongreß zu wählen und zwar zwei Delegierte und zwei Ersatzmänner. Die Wahlen werden durch Stimmzettel vorgenommen. Gewählt wurden: Weinschild, Offenbach und Hauptmann - Berlin als Delegierte, Keller, Offenbach und Schulz - Engheim als Ersatzmänner.

Sodann gab Kräger Bericht von den Arbeiten der Kommission, die am Montag zur Beratung der

Unterstützungssätze

gewählt wurde. Die Kommission hat folgende Vorschläge zur Erwerbslosenunterstützung gemacht:

Im Falle der Arbeitslosigkeit:			
männliche Mitglieder:	Mitgliedschaft und Beitragsleistung	bei 52 Wochen pro Tag 1,00 M. bis 18,00 M. = 18 Tg.	Eingezahlte Beiträge
104	1,00	36,00	— 86
208	1,50	63,00	— 42
364	1,75	94,50	— 54
182,90			
weibliche Mitglieder:			
52	0,75	15,00	— 20
104	0,75	21,00	— 28
156	1,00	28,00	— 28
208	1,00	35,00	— 35
41,90			
Im Falle der Krankheit:			
männliche Mitglieder:	Mitgliedschaft und Beitragsleistung	bei 52 Wochen pro Tag 0,75 M. bis 18,00 M. = 24 Tg.	Eingezahlte Beiträge
104	0,75	36,00	— 48
208	1,00	63,00	— 63
364	1,26	94,50	— 75
163,90			
weibliche Mitglieder:			
52	0,50	15,00	— 30
104	0,50	21,00	— 42
156	0,70	28,00	— 40
208	0,70	35,00	— 50
41,90			

Diese Sätze, sowie auch die Maximalsummen — soweit die älteren Mitglieder in Betracht kommen — sind bedeutend höher als die bisherigen. So betragen die Sätze bei Arbeitslosigkeit bisher für männliche Mitglieder nur 75 Pf., für weibliche nur 50 Pf. Bei Krankheit wurden den männlichen Mitgliedern bisher nur 50 Pf., den weiblichen nur 30 Pf. pro Tag gezahlt. Die Maximal-

summe für die männlichen Mitglieder bei längster Mitgliedschaft betrug, bei Arbeitslosigkeit wie Krankheit, 37,50 M., für weibliche Mitglieder 30 M.

Der Verbandstag nahm die Vorschläge der Kommission nach längerer Debatte einstimmig an.

Hierauf wurde mit der allgemeinen

Beratung des Statutenentwurfs

begonnen, wozu eine Vorlage des Verbandsvorstandes und verschiedene besondere Anträge vorliegen. Bei dem Absatz „Zweck des Verbandes“ beschloß der Verbandstag, Sterbeunterstützung einzuführen. Das Eintrittsgeld zum Verbands wurde von 30 auf 50 Pf. für männliche, und von 20 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Außerdem wurden beim Absatz „Beitritt“ noch einige andere Zusätze beschloßen, wovon die wichtigsten sind, daß bei Uebertritt wegen Berufswechsel aus anderen Gewerkschaften den Uebertrittenden die in der anderen Gewerkschaft geleisteten Beiträge angerechnet werden können, und daß die folgende Bestimmung eingefügt wird:

Mitglieder ausländischer, gleichen Zwecken dienenden Vereinigungen treten mit der Anmeldung in alle statutarischen Rechte — ausschließlich Unterstufung in Fällen der Erwerbslosigkeit — und Pflichten unter Anrechnung ihrer Mitgliedschaft obengenannter Vereinigungen über. Das Datum des Uebertritts ist vom Bevollmächtigten resp. dem dazu Beauftragten im Buch zu bescheinigen, desgleichen wieweil Unterstufung (auch im Ausland) im letzten Jahre bezogen und wie weit die Beiträge im Auslande bezahlt wurden. Die Pflicht der Beitragszahlung beginnt an dem Tage, an welchem das Mitglied seinen letzten Beitrag im Ausland entrichtet hat.

Bei Uebertritt aus Portefeuererorganisationen anderer Richtung wurde die Anrechnung der geleisteten Beiträge dem Verbandsvorstand anheimgelassen.

Hinsichtlich der nun zunächst folgenden Absätze wurden nur geringe Änderungen im Statut beschloßen, nachdem ja die Erhöhung der Verbandsbeiträge bereits am Montag beschloßen worden war.

Für die Erwerbslosenunterstützung wurde die bestehende Bestimmung, wonach sie bei Arbeitslosigkeit vom vierten Tage ab, bei Krankheit von der zweiten Woche ab bezahlt wird, beibehalten.

Die Ausführungsbestimmungen zur Erwerbslosenunterstützung bleiben, abgesehen von geringen Änderungen, dieselben wie im alten Statut.

Die Sterbeunterstützung wurde in folgender vom Verbandsvorstand vorgeschlagener Form und Höhe beschloßen:

Den Mitgliedern, welche dem Verband mindestens 104 Wochen angehört, für diese Zeit Beiträge entrichtet haben und nicht mit mehr als vier Wochen versichert, wird im Falle ihres Ablebens den Hinterbliebenen eine Unterstufung gewährt:

a) Für männliche Mitglieder:	
1. Nach 104wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleist.	= 20,00 M.
2. " " " " " " " "	= 30,00 "
3. " " " " " " " "	= 40,00 "
4. " " " " " " " "	= 50,00 "
b) Für weibliche Mitglieder:	
1. Nach 104wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleist.	= 15,00 M.
2. " " " " " " " "	= 20,00 "
3. " " " " " " " "	= 25,00 "
4. " " " " " " " "	= 30,00 "

Sodann beschloß der Verbandstag auf Vorschlag des Verbandsvorstandes, noch eine neue Art der Unterstufung einzuführen, nämlich Weiskasse zu den Ueberstufungskosten, die Mitgliedern gewährt wird, welche einen eigenen Haushalt haben und infolge unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ihren Wohnort wechseln. Bedingung ist, daß der Ueberstufungs-ort mindestens 20 Kilometer vom bisherigen Wohnort entfernt liegt. Die Weiskasse darf die tatsächlichen Ueberstufungskosten sowie die folgenden Sätze nicht übersteigen: nach mindestens zweijähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 30 M., nach dreijähriger 40 M. und nach vierjähriger 50 M.

Die Bestimmungen über Gewährung von Rechtschutz bleiben im wesentlichen dieselben wie im alten Statut; ebenso die über die Arbeitsnachweise, die jede Zahlstelle, soweit es möglich ist, zu errichten hat, und auch die Bestimmungen über Organisation.

An dem Abschnitt über Verwaltung des Verbandes wurden nur wenige Änderungen vorgenommen. Der Verbandsvorstand besteht wie bisher aus fünf Personen, von denen der erste Vorsitzende und der Kassierer auf den Verbandstagen gewählt werden, die übrigen von den Mitgliedern der Zahlstelle, wo der Verband seinen Sitz hat. Der Ausschuss besteht ebenfalls aus fünf Personen, und der Ausschussvorsitzende wird von den Verbandsorganen gewählt, die übrigen Mitglieder von der Zahlstelle, wo der Ausschuss seinen Sitz hat. Der Absatz über den Ausschuss wurde infolgedessen abgeändert, daß die Verpflichtung zu „regelmäßiger Ueberwachung“ der Tätigkeit des Vorstandes, sowie die Verpflichtung des Vorstandes, dem Ausschuss alle 13 Wochen Bericht zu senden, wegfällt und statt dessen bestimmt wird:

„Der Ausschuss hat alle Beschwerden über die Beschlüsse des Vorstandes, vorbehaltlich der Berufung an den Verbandstag, zu erledigen. Auf Verlangen des Ausschusses ist der Vorstand gehalten, über einzelne Punkte Bericht zu erstatten.“

Der Absatz über die Zahlstellen rief eine längere Debatte hervor, bei der es sich hauptsächlich darum handelte, wie viel Prozent der Verbandsbeiträge den Zahlstellen zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben verbleiben sollen, sowie um einen Antrag, die Gehälter der Lokalbeamten und die Unterhaltungskosten der Bureauräume der Zahlstellen aus der Verbandskasse zu zahlen. — Die Debatte kam in der gestrigen Sitzung nicht zum Abschluß.

Achte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen.

3. Verhandlungstag. Penzig, 2. April.

Es sind Glückwunschtelegramme eingelaufen vom dänischen Glasarbeiterverband und von Amora, Portugal. Die Debatte beginnt mit Punkt 7:

Uebernahme des „Nachgenossen“ in eigene Regie. Girbig erstattet Bericht über das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen. In der Kommission habe man sich dahin vereinigt, daß Horn, der Verleger, 7000 M. für die Abtretung des Verlags, sowie 1200 M. für Mitarbeit jährlich erhält. Gebel-Stralau hält eine Abfindungssumme von 5000 M. für ausreichend und begründet einen diesbezüglichen Antrag von der Zahlstelle Stralau. Reimert-Dresden verlangt, daß das Verhältnis zwischen Horn und dem „Nachgenossen“ als unfähbar festgesetzt werden solle. Der Antrag Stralau wird nach kurzer Debatte, nachdem die Diskussion durch einen Schlußantrag eingestellt, abgelehnt. Ein Antrag Girbig, dem Verleger Horn 7000 M. für Abtretung des „Nachgenossen“, sowie 1200 M. jährlich für Mitarbeit zu bewilligen, wird bei namentlicher Abstimmung gegen 18 Stimmen angenommen.

Die Ueberführung des „Nachgenossen“ in Verbandsregie tritt am 1. Juli 1907 in Kraft. Sitz des Verbandes und der Redaktion sind zusammenzulegen. Dem Verleger Horn bleibt sein Wohnsitz unbenommen. Auf Antrag Girbigs wird hierauf sofort der Punkt „Presse“ besprochen. Es macht sich durch das im „Nachgenossen“ hergestellte veränderte Verhältnis die Anstellung eines Redakteurs notwendig. Ein Antrag St. Inadert fordert bei Besetzung dieses Postens nur einen Berufscollegen zu berücksichtigen. Umbreit von der Generalkommission erklärt es als selbstverständlich, daß nur Berufscollegen bei der Redakteurpostenbesetzung in Frage kommen. Er schlägt vor, zur Lösung dieser Frage die Wahl auszuführen. Der Vorstand und die Rechtskommission habe dann nach reiflicher Prüfung den geeigneten aus den Bewerber herauszugewählen. Ein Antrag Stralau, dem Vorstand die Festsetzung des Gehalts zu überlassen, wird angenommen. Krügel-Berlin fordert mehr Berücksichtigung der Frauenbewegung durch den

„Nachgenossen“. Sein Antrag, im „Nachgenossen“ ein Spalte der Frauenbewegung zur Verfügung zu stellen, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag, den „Nachgenossen“ allwöchentlich an alle Fabrikinspektoren zu senden, wird ebenfalls dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

In Sachen Anstellung eines Redakteurs wird beschloßen: Die Stelle wird im „Nachgenossen“ ausgeschrieben. Die Bewerber haben eine Schrift auszuarbeiten und dieselbe mit der Aufschrift: „Redakteur“ dem Vorstand einzusenden, welcher im Verein mit der Rechtskommission die Stelle dem Befähigten zu übertragen hat.

Vor Beginn der Nachmittags-sitzung verliest der Vorsitzende ein Glückwunschtelegramm der Glasarbeiter, Lokal Union Regio. Hierauf folgt Punkt:

Agitation,

wozu die beiden Gauleiter Bribe und Dirschel referieren. Bribe führt aus: Die Agitation werde noch vielfach falsch geführt und deren Bedeutung zu sehr unterschätzt. Es sei nicht Aufgabe des einzelnen, agitatorisch zu wirken, sondern sie soll von allen geführt und betrieben werden. Die Agitation dürfe auf keinen Fall nur auf Versammlungen beschränkt werden. Es müsse von den arbeitenden Kollegen permanent auf die Wirkstoffe im Arbeitsverhältnis hingewiesen werden. Redner schildert die Schwierigkeiten der Agitation seines Bezirkes und zeigt, daß trotzdem Vorteile erzielt worden sind. Gegen die christlichen Gewerkschaften empfiehlt Redner den Kampf in schärfer Form. Einen breiten Raum seiner Ausführungen widmet Redner den Praktiken des Unternehmertums und plädiert für Erstreben von Tarifabschlüssen. Die Erstrebung dieses Zieles bilde einen wesentlichen Vorteil bei der Agitation.

Dirschel führt ergänz die Ausführungen Bribes und schildert die Schwierigkeiten der Thüringer Agitation. Auch dieser Redner fordert intensivere Agitation und warnt davor, die christliche Bewegung zu unterschätzen. Er verlangt periodenweise Herausgabe von Flugblättern und Broschüren. Den Abschluß von Tarifverträgen steht Redner skeptisch gegenüber.

Wilhelm-Heinholz schildert die Agitation in Thüringen und macht Vorschläge zur besseren Förderung der Agitation.

Umbreit von der Generalkommission führt aus, daß sich die Agitation der Entwicklung des Verbandes anzupassen habe. Der Glasarbeiterverband habe viel Mitglieder gewonnen, jetzt gelte es, diese zu erhalten. Dazu bedürfe es guter Leitungen und Führungen und hier liege die Notwendigkeit von Anstellung weiterer Beamten vor. In meisterhafter Weise schildert Redner die Bedeutung und Tätigkeit der verschiedenen christlichen Organisationen. In Anbetracht der arbeitserhebenden Tätigkeit dieser Verbände sei es notwendig, alles zu sammeln, damit jene Organisationen mit ihren eigenen Waffen bekämpft werden können. Der Redner schlägt seine interessanten Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Generalversammlung aus der Entwicklung des Verbandes die richtige Konsequenz ziehe und weitere Beamte anstelle.

Sauerbrech-Großbreitenbach fordert intensivere Agitation für Thüringen. Dieses Land mit seiner genügsamen billig arbeitenden Bevölkerung bedürfe in agitatorischer Hinsicht mehr Sorgfalt und Aufmerksamkeit. Das Land, in dem die Arbeiter so schlecht gestellt seien, bilde eine ständige Gefahr für die Arbeiter der Großstädte und der größeren Industriezentren. Schon vom rein geschäftlichen Standpunkt aus betrachtet sei eine intensivere Agitation notwendig. Wuhmann-Berlin tritt für Anstellung eines Gauleiters in Westdeutschland ein. Stühr-Berthelshaus polemisiert, mit statistischem Material bewaffnet, gegen die eventuelle Anstellung weiterer Beamten. Insbesondere kritisiert er die Gauleiterberichte, weil ihnen jedes statistische Material fehlt.

Krebs-Imenau plädiert für Anstellung eines Gauleiters für Thüringen. Darauf tritt Schluß der Verhandlung ein.

9. Verbandstag des Zentralverbandes der deutschen Maurer.

Köln, 1. April 1907.

(Vorversammlung.)

Bei Anwesenheit von fast 300 Delegierten wurde abends 8 Uhr der 9. Verbandstag von Ruth-Köln mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Redner weist darauf hin, daß es das erste Mal sei, daß Köln den Verbandstag beherbergt. Noch bis vor wenigen Jahren sei es nicht möglich gewesen, auf die hiesigen Verhältnisse im Baugewerbe einzuwirken. Auch heute arbeiten im „deutschen Raum“ noch viele Gewalten gegen die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse, aber es habe doch ein gewaltiger Umschwung Platz gegriffen. 17000 Arbeiter seien heute in Köln gewerkschaftlich organisiert, das habe insofern diejenige Partei, welche bis vor wenigen Jahren hier tonangebend gewesen sei, auch im wirtschaftlichen Leben, aus der Reserve herausgetrieben, als man nun dazu übergegangen sei, sog. christlich-nationale-gentriemliche Sonderorganisationen zu gründen. Das habe indes nicht verhindern können, daß speziell die Arbeiter im Maurerberufe sehr erheblichen Einfluß gewonnen hätten. Köln habe heute im ganzen Weiten Deutschlands dank der Organisation die besten Verhältnisse im Maurerberufe. Redner weist dann noch auf die „Gewitterwolken“ am wirtschaftlichen Horizont hin und wünscht, daß die Arbeiter des Verbandstages sich so gestalten mögen, daß die Maßnahmen der musterhaft organisierten Arbeitgeberorganisation an dem Felsen des Deutschen Maurerverbandes zerfallen mögen. Ritz einem Hoch auf die kassenbewußte Arbeiterbewegung und die der Maurer im besonderen schließt Ruth seine mit lebhaftem Beifall ausgenommene Begrüßungsansprache.

Der Vorsitzende Bömelburg erklärt sodann den 9. Verbandstag für eröffnet. Der Verbandsvorstand wirft zunächst einen historischen Rückblick auf das alte Köln als Stätte deutscher Kultur. Er erinnert an die vielen gotischen und römischen Bau-denkmäler als Wahrzeichen alter Kunst und stellt dann dem gegenüber die Entwicklung des modernen Kapitalismus, der gerade hier im Westen eine so riesenhafte Ausdehnung angenommen hat, womit gleichzeitig auch ein Umschwung in dem Gesamtverhältnis eingetreten sei. In der aus dem modernen kapitalistischen Arbeitssystem herausgeborenen Arbeiterbewegung spiele der Deutsche Maurer-Verband eine bedeutende Rolle. Wie das rheinische Volk auf Grund seiner demokratischen Denkwiese von jeher eine bedeutende Rolle in der Freiheitsbewegung der Arbeiter gespielt, so schreie jetzt auch die Maurerbewegung im besonderen sich im Weiten Deutschlands mächtig emporzurufen. Das Rheinland, das einem Marx, Engels, Freiligrath und Weybel sein eigen nennen und in dem schon Lassalle Triumphe gefeiert, gehöre an die Spitze der Arbeiterbewegung überhaupt. Die freiheitliche Entwicklung sei allerdings gewaltig gehindert, einmal durch die Politik Bismarcks, sodann durch die Maßnahmen der Industrieherrn, die die fehlenden Arbeitskräfte in immer größeren Dausen aus den anpruchlossten und kulturell am tiefsten stehenden Gegenden Deutschlands nach dem Industriegebiet gezogen. Allmählich sei aber jetzt der Boden so weit, daß die Frucht reife. Aller Voraussicht nach sei der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo der industrielle Westen den wichtigsten Stützpunkt der Arbeiterbewegung überhaupt bilden werde. Der Verbandstag habe die Waffen zu prägen, um den kommenden Stürmen genaugen gegenüberzustehen, er möge sich daher nur von großen Gesichtspunkten leiten lassen, denn der Verband sei der Hort der deutschen Maurer überhaupt. Mit dem Wunsche des Gelingen der schweren Aufgaben schließt Bömelburg seine mit lebhaftem Beifall ausgenommene Ausführungen.

Köln, 2. April 1907.

(Erster Verhandlungstag.)

Nach Eröffnung der Sitzung begrüßt Bömelburg die Delegierten aus Oesterreich und Holland, wobei er darauf verweist, daß die Organisation dieser Länder noch jungen Datums, aber doch in erheblichem Maße Fortschritte macht. Auch die Organisationen der Bauarbeiter und Stukkateure haben

Delegierte entandt, während von Schweden, Norwegen und Ungarn Sympathiegedingungen vorliegen. Nach einigen formalen Befundungen erstatet sodann Bömelburg den

Verbandsbericht.

Redner verweist auf den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht und bemerkt dazu in seinen Ausführungen: Die Agitation in den letzten Jahren habe sehr lebhaft sein müssen, da die Zahl der Kollegen mächtig gewachsen sei. 1895 habe die Gewerbezählung 187 000 Maurer aufgeführt. Am Schlusse des 3. Quartals 1900 seien 193 000 im Verbands der Maurer, 2 000 christlich und ca. 4000 sozialorganisiert gewesen. Auf Grund der berufsgenossenschaftlichen Angaben sei heute mit etwa 320 000 organisationsfähigen Maurern zu rechnen, so daß noch ein großes Arbeitsfeld bliebe. Ein im Vorjahre in einer Auflage von 128 000 Exemplaren herausgegebenes Flugblatt habe gute Früchte gezeitigt, so daß man alljährlich diese Art der Agitation zu wiederholen gedente. Bömelburg kritisiert bei dieser Gelegenheit den Buchhandel in der Arbeiterliteratur, der sich zu teuer gestalte. Die vom Verbandsvorstand herausgegebenen Schriften zeigten, daß man der Arbeiterschaft die Sachen billiger liefern könne wie allgemein üblich, und daß es nötig, um das Bildungsniveau zu heben. Die vom Verbandsvorstand eingeführten Unterrichtscurse hält Redner für unbedingt nötig im Interesse der Vertretung der Interessen der Kollegen; es bestehe die Absicht, die Einrichtung zu einer dauernden zu machen. Wenn in Leipzig die Einrichtung dieser Kurse von einer Verwirklichung der Gelder geredet sei, so wünscht der Verbandsvorstand hierüber die klare Meinung des Verbandsrats zu hören. Zur Frage der „Verschmelzung“ mit verwandten Berufen weist der Berichterstatter auf die Stukkateure und Dachdecker hin, mit denen dieserhalb in Unterhandlung getreten sei. Mit den Stukkateuren ist die Sache so weit gediehen, daß die Verschmelzungsbedingungen dem Verbandsrat vorliegen. Mit den Zimmerern und Bauhilfsarbeitern hält der Redner die Verschmelzung nicht für angebracht wegen der Eigenart dieser Berufe. Ein Zusammenschluß dürfte nicht künstlich forciert werden, vielmehr müßten die Organisationen, die sich als Sektionen dem Hauptverbande angeschlossen, in ihrer übergeordneten Majorität auch von der Richtigkeit überzeugt sein, sonst bringe der Anschluß Schaden anstatt Vorteile. Redner behandelte dann mehrfach erhabene Vorwürfe, daß der Vorstand bei Streiks usw. seine Zustimmung vorwiegend den großen Orten erteile, während die kleinen die Mittel aufbringen müßten. In Wirklichkeit liege die Sache wie folgt: Die Orte unter 10 000 Einwohner hätten einen Ueberschuß von 382 000 M. = 3,76 M. pro Kopf gebracht, die Großstädte dagegen 651 000 M. oder 4,19 M. pro Kopf, die Orte von 10 000 bis 20 000 Einwohner einen Ueberschuß von 87 000 M. = 1,76 M. pro Mitglied, während die Mittelstädte von 20 000 bis 50 000 Einwohner, die am meisten den Vorwurf der Bevorzugung der Großstädte erhoben, mit Defizit abgeschlossen hätten. Die Statistik bezieht sich auf die letzten 3 Jahre. Bezüglich der Verwaltung führt Redner an, daß es ihm im Laufe der Zeit unmöglich geworden sei, die Kassenführung in der früheren Weise fortzuführen, es ist deshalb Kollege Silberchmidt mit Genehmigung des Ausschusses dazu berufen. Der Referent spricht am Schlusse seines Berichtes den Wunsch aus, daß die Diskussion sich nicht in Kleinigkeiten verlieren, sondern von höheren Gesichtspunkten leiten lassen möge.

Der Kassierer Kötter weist auf die Abrechnung in den An. 50 und 13 des „Grundsteins“ hin und ersucht im übrigen um bessere Anheftung der formalen Vorschriften seitens der Zweigvereinsverwaltungen. — Koch gibt den Bericht der Redaktionen und beantragt, da Ausstellungen nicht zu machen sind, die Decharge für den Kassierer und die Gesamtverwaltung. — Daehne-Berlin als Berichterstatter des Ausschusses berichtet gleichfalls auf den vorliegenden Bericht und gibt das Resultat einiger Beschwerden bekannt. — Für die Redaktion des „Grundsteins“ berichtet Winnig. Derselbe bringt einige Wünsche der Expedition vor, die auf den Verband bezug haben, und konstatiert, daß — abgesehen von einem Falle — im allgemeinen Beschwerden über die Schreibweise des „Grundsteins“ nicht eingegangen seien. An Anfragen hat der „Grundstein“ seit dem letzten Verbandsstage 7 gehabt. Eine Sache hat 150 M. Strafe gekostet, eine 75 M., eine 50 M., ein Preispruch ist erfolgt und ein Vergleich. 2 Fälle schweben noch. Die Auflage des „Grundsteins“ bewegte sich im verfloffenen Jahre zwischen 171 900 und 208 800 Exemplaren. Die Bilanz ergibt eine Einnahme von 208 515,84 M. und eine Ausgabe von 207 905,48 M.

In der Diskussion bemängelt Jilles-Oberhausen, daß der Vorstand die Unterrichtscurse ohne Mitwirkung der Zweigvereine eingerichtet hat; auch sei es verfehlt, daß zunächst die Gauvorstände an dem Kurse teilgenommen hätten, diese seien doch wohl ohnedem in der Lage, die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Redner wünscht, daß die Sache statutarisch geregelt wird. — Haase-Berlin fordert, daß die Verwaltung sich mehr der Agitation unter den Spezialgruppen, namentlich der Zementierer widmen möge. Von etwa 50 000 Betonarbeitern seien nur rund 10 000 organisiert. Die Verschmelzungsbedingungen für Stukkateure müßten auch für die übrigen Spezialgruppen gelten. — Haase-Hamburg kritisiert gleichfalls die Teilnahme gerade der Gauleiter an dem Unterrichtscurse und wendet sich ferner gegen die Redaktion des „Grundsteins“, der öfter, namentlich Ende 1900, in ungeschöner Weise gegen das führende Partei-Organ, den „Vorwärts“, polemisiert habe. Solcher Ton gehöre sich nicht und schädige die Gesamtbewegung. — Kirmes-Hamburg wünscht mehr mündliche Agitation.

Die Nachmittags-Sitzung wird lediglich von der Diskussion über den Bericht der Verbandsinstanzen ausgefüllt. Das größte Interesse nimmt die Einrichtung der Unterrichtscurse und die Verschmelzungsfrage in Anspruch, ebenso macht sich ein lebhaftes Interesse geltend in bezug auf die Haltung des „Grundsteins“ gegenüber dem „Vorwärts“. Der größere Teil der Delegierten verurteilt es, daß der Vorstand die Verbandsbeamten zuerst als Teilnehmer der Kurse zugelassen hat, während eine Minorität der Redner die Vorstandsmaßnahmen verteidigt. In der Verschmelzungsfrage sind die Meinungen so ziemlich einmütig dahingehend, daß die Stärkung der Organisationen gegenüber den Unternehmer-Organisationen ein Gebot der Notwendigkeit ist. Reubauer-Charlottenburg warnt allerdings vor dem Spezialverbanden, da diese es durchweg seien, welche die Arbeit im Afford fördern, wogegen doch die Maurer die Affordarbeit verwerfen. Wenn die kleinen Verbände Schutz unter den Flügeln des Maurerverbandes suchen wollen, so möge der Verband vorher nach der Stellung zur Affordarbeit fragen. — Der Vorsitzende des Stukkateurenverbandes, Odenthal, betont dagegen, daß von einem „Schutzflügel“ unter den Verbandsflügeln“ nicht die Rede sei. Die wirtschaftliche Konstellation dränge einfach dahin. Wer noch vor wenigen Jahren den Stukkateuren mit der Verschmelzung gekommen wäre, würde auf entschiedenen Widerspruch gestoßen sein. Die Berührungspunkte im Kampfe seien enger geworden und die Macht des gemeinsamen Feindes stärker. Die Organisation der Arbeitgeber des Bauberufes schweife die Arbeiter zusammen und treibe ihnen den Branchenstolz aus; da sei der Zusammenschluß im Interesse beider Organisationen gelegen und nur die logische Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung. Es komme noch hinzu, daß alle Tarife im Baugewerbe an einem bestimmten Tage ablaufen. Redner ist auch der Ansicht, daß Bömelburg seine Meinung über die Dreiteilung der Organisationen der Bauberufe sehr bald werden ändern müssen. Eine einzige Organisation der Arbeiter aller Bauberufe nach dem Muster des Metallarbeiter- bzw. Holzarbeiter-Verbandes sei die natürliche Folge der Entwicklung. Allerdings müßte die große Majorität der angeschlossenen Organisationsmitglieder das Verständnis für den Zusammenschluß besitzen, da sonst eine Verschmelzung begehrender wirke. Das Verständnis zu wecken, sei Sache der Verbandsfunktionäre auf beiden Seiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Kritik an der Haltung des „Grundsteins“ gegenüber dem „Vorwärts“ bringt am stärksten Koch-Berlin zum Ausdruck. Er

betont, daß vier Fünftel der grünen Zehntel des Verbandes, Berlin, die Haltung des „Grundsteins“ entschieden verurteilen. Gerade der „Grundstein“ sei der eigentliche Störenfried gewesen. Auch in der Polemik gegen die Genossin Luxemburg habe der „Grundstein“ schlecht abgemessen. Sowohl durch seinen Ton wie dadurch, daß er drei Wochen später, nachdem bereits eine Richtigstellung im „Vorwärts“ erfolgt war, denselben Vorwurf gegen die Genossin Luxemburg wiederholt habe. — Van t'Leon-Will, Bauersfeld-Leipzig und andere kritisierten ebenfalls scharf den „Grundstein“, während Deege-Dalle es mit dem Grundfah hüll: „Hau! Du meinen Juden, hau! Du Deinen Juden.“ — Allgemeine Heiterkeit löst der Delegierte Jacoby-Wannheim aus, der bezüglich der Unterrichtscurse den Standpunkt einnimmt, daß „allzu g'scheidt schaden könne“. Redner meint auch, daß, wenn man die Bauhilfsarbeiter nicht im Verbands wolle, man dann auch die Stukkateure dort lassen solle, wo sie sind. Der Mannheimer Delegierte macht unter allgemeiner Heiterkeit ferner den Vorschlag, die Verbandsstage im Juni abzuhalten, weil dann die Lohnbewegungen größtenteils vorbei seien. — Schwarz-Berlin kritisiert ein Verbandsflugblatt, das die Existenzbedingungen in Berlin zu günstig schildere. — Schlag-Eberfeld wünscht, daß in den einzelnen Zweigvereinen mehr für die wissenschaftliche Ausbildung der Mitglieder geschehe. Die Idee des Sozialismus müsse den Kollegen mehr in die Köpfe gepflanzt werden, auch mit der Alkoholfrage müsse sich innerhalb des Verbandes befaßt werden. Redner befürwortet gleichfalls den Zusammenschluß aller Branchen der Bauberufe, da dies der Zeitgeist erfordere.

Vor Schluß der Sitzung erstattet Verhold-Leipzig im Namen der Mandatsprüfungskommission Bericht. Anwesend sind 257 Delegierte, 22 Gauleiter, 1 Mitglied des Ausschusses, 4 Vorstandsmitglieder und 1 Mitglied der Redaktion, 2 Gäste aus Oesterreich, einer aus Holland sowie zwei Vertreter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter und der Vorsitzende des Stukkateurenverbandes. Für 4 erkrankte Delegierte sollen telegraphisch die Erfahrmänner bestellt werden. Die Wahl des Embden-er Delegierten wird angeschoben, doch wird der Protest verworfen. Nach Erledigung noch weiterer formaler Angelegenheiten erfolgt Schluß der Sitzung.

Soziales.

Haltung der Berufs-genossenschaft für Dummheit.

Den Berufs-genossenschaften, diesem Staat im Staate, der als Organisation der Unternehmerrasse mehr als beherrschende Rechte für sich in Anspruch nimmt, ist durch eine kürzlich vor dem Reichsgericht entschiedene Schadenersatzklage des Reichspostfiskus gegen die Norddeutsche Textilberufsgenossenschaft zu Berlin klargemacht, daß wenigstens im Verkehr mit dem Fiskus auch für sie die Regel von Treu und Glauben Geltung hat.

Durch Berliner Postanfragen wurden in der Zeit vom August 1902 bis zum Februar 1903 in fünf Fällen insgesamt 4361,40 M. auf Anweisungen ausgezahlt, die fälschlich in Betrugsabsicht von einem Angestellten der Norddeutschen Textilberufsgenossenschaft auf Grund von § 97 des Gewerbe-unfallversicherungsgesetzes ausgestellt worden waren. Der Schreiber B., der Fälscher der Anweisungen, der jedesmal das Geld selbst bei den einzelnen Postanstalten abholte, hatte zu seiner Fälschung Anweisungformulare der Textilberufsgenossenschaft benutzt, auf denen er die Namen des Vorsitzenden, des Vorstandes und des Verwaltungsdirektors täuschend ähnlich nachgemacht hatte. Um einer Entdeckung der Fälschungen bei Erhebung des Geldes vorzubeugen, hatte B. die Anweisungs- und Quittungsformulare mit dem Gummistempel der Verklagten „Verglaubigung erlassen. Norddeutsche Textilberufsgenossenschaft“ versehen. Der Reichspostfiskus fordert nun von der Norddeutschen Textilberufsgenossenschaft Ersatz des fälschlich ausgezahlten Betrages mit der Begründung, daß die Betrügereien des B. nur durch den Mangel aller Vorkehrungsmaßnahmen seitens der Verklagten selbst und ihrer Angestellten bei der Aufbewahrung der Formulare, Stempel und Siegel, sowie des Anweisungsjournals und der Abrechnungen mit den Belegen möglich geworden seien und daß daher die Verklagte nach Maßgabe der §§ 81, 89, 276, 278 ebent. 823 B. G. B. zum Ersatz des verursachten Schadens verpflichtet sei.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin erkannten jedoch auf Abweisung der Klage. Auf die vom Kläger gegen das Berufungsurteil eingelegte Revision wurde das Kammergerichtliche Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur Prüfung darüber, ob die sorgfältige Aufbewahrung der Stempel und Formulare seitens der Verklagten diese Betrügereien hätte verhindern können, an das Kammergericht zurückverwiesen.

Das Berufungsgericht stellt unter anderem fest, daß sich einer mißbräuchlichen Verwendung von Formularen und Stempeln bei Behörden, Genossenschaften usw. niemals gänzlich vorbeugen lassen. Das Reichsgericht führt zu der Sache aus, daß es keinem begründeten Zweifel unterliegen könne, daß eine Aufbewahrungspflicht der Verklagten dem Kläger gegenüber an sich besteht: der Kläger, den das Gesetz verpflichtet, gemäß den von der Verklagten ausgestellten Anweisungen Zahlung zu leisten, könne verlangen, daß die Verklagte Einrichtungen treffe, die die möglichste Gewährung dafür böten, daß die ihm in der üblichen Weise zugehenden Anweisungen auch wirklich von ihr ausgestellt sind. Dazu gehöre auch die sichere Aufbewahrung der Formulare, der Stempel, Siegel usw. Denn gerade die mißbräuchliche Benutzung der Formulare, besonders aber auch des den Erlaß der Verglaubigung der Quittung ausdrückenden Stempels seitens des mit der Benutzung dieser Gegenstände nicht unmittelbar betrauten Angestellten der Verklagten habe, wie auch die von B. gelangenen Fälschungen beweisen, zu einer Schädigung des Klägers führen können, der die Verklagte tunlichst vorzubeugen verpflichtet gewesen sei. Allerdings lasse sich eine solche Aufbewahrungspflicht nicht abstrakt annehmen; es sei zu prüfen, inwieweit eine jeden Mißbrauch ausschließende oder doch erschwerende Aufbewahrung sich mit einem geordneten Geschäftsgange vereinigen lasse. Erst nach dieser Prüfung könne die Aufbewahrungspflicht beurteilt werden.

Eine Wärmehube

hat das Dresdener Gewerkschaftskartell schon seit mehreren Jahren im Winter unterhalten. Die Einrichtung ist sehr einfach. Es wird dazu am Tage der keine Versammlungsstadt des Volkshauses geöffnet und geheizt. Zeitungen, die teils gratis zur Verfügung gestellt werden und zurückgelegte oder doppelt vorhandene Bücher der Gewerkschaftsbibliotheken tragen etwas zur Unterhaltung der Arbeitslosen bei. Das Gewerkschaftskartell liefert Speisen und Getränke, teils zum, teils unter dem Selbstkostenpreise. Zeitweilig werden Kartoffeln und Brote an die Arbeitslosen verteilt, die wohlhabende Genossen oder die Konsumvereine zur Verfügung gestellt haben. Auch für eine Weihnachtsgeschenkung ist auf dieselbe Weise gesorgt worden.

Im verfloffenen kalten und schneereichen Winter ist die Wärmehube doppelt von den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern als Wohlthat empfunden worden. Sie war dreimal 13 Wochen geöffnet. Die Gesamtzahl der Besucher beträgt 21 088. Den stärksten Besuch wies die Woche vom 11. bis zum 17. Februar mit 2550 Besuchern auf. Die Kosten wurden durch Beiträge mehrerer Arbeitervereinigungen und besser sitzierter Parteigenossen aufgebracht. An Vermitteln verbrauchte die Wärmehube des Dresdener Gewerkschaftskartells im Winter 1902/7 1611 M. Da die Einnahme 1918 M. betrug, beziffert sich der Kassenbestand auf 301,24 M.

Aus Industrie und Handel.

Die Konjunktur wieder hergestellt.

Das alte Spiel an der Börse hat sich wiederholt. Plötzlich eine Panik, ein gewaltiger Kurssturz. Raum ist der erste Schrecken überwunden, da löst der tiefere Kursstand den Gedanken an Gewinn aus: die Kurse müssen doch wieder steigen! Und die Banken intervenieren. So fängt ein sich zu anderen und die Kurse gehen wieder hinauf. Die Oesterreicher sah in ihren letzten Tagen an der Börse neue aufstrebende Hoffnungen und lächle Träume. Aber damit ist die Geldanspannung nicht aus der Welt geschafft. Der am Dienstagabend veröffentlichte Ausweis der Reichsbank ist sicher nicht danach angehen, alle Vorhoff und Bedenken über Bord zu werfen. Die letzte Märzwoche brachte eine Schwächung um rund 5 1/2 Millionen Mark und das bei einem Diskont von 6 Prozent! So, wenn die Lage sich nach den Wünschen einiger Vordirektoren richtete, dann hinge der Himmel voller Selgen. Man höre nur die stöhne Töne, die die Direktion der Dresdner Bank in der am Montag stattgefundenen Generalversammlung vernahmen ließ:

Daß die pessimistische Auffassung der wirtschaftlichen Zukunft, welche in den vergangenen Wochen eine panikartige Erregung unserer und der internationalen Börsen verursacht hat, fast übertrieben war, ist inzwischen allgemein anerkannt worden, und wir können uns den beruhigenden Erklärungen, welche in sämtlichen Generalversammlungen hierüber abgegeben worden sind, nur anschließen. Auch noch unseren Beobachtungen liegen, insbesondere für Deutschland, keine Anzeichen vor, daß der Hochkonjunktur, in welcher die industriellen Werke über das Maß der normalen Leistungsfähigkeit ihrer Anlagen und der verfügbaren Arbeitskräfte und teilweise unter unerwünschter Anspannung des Geldbedürfnisses beschäftigt waren und noch sind, nunmehr eine Epoche mangelnder Beschäftigung und unzureichender Rentabilität folgen werde. Für zahlreiche Industriezweige, die gerade während der Hochkonjunktur die hohen Preise der Rohmaterialien, die hohen Löhne und die Schwierigkeit der Arbeiterverhältnisse als nachteilig empfunden haben, wird ein mäßiges Nachlassen der Hochkonjunktur sogar eine gewisse Erleichterung bieten. Daß die Geldversorgung für die besonders großen Ansprüche dieses Quartalstermins sich bisher ohne die befürchteten Zwischenfälle vollzogen hat, eine wirkliche Geldkrise also nicht eingetreten ist, kann jedenfalls als ein Beweis für die gesunde Verfassung unserer Wirtschaftslage angesehen werden. Das speziell unsere Bank angeht, so können wir nur sagen, daß sich das reguläre Bankgeschäft, in welchem der Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt, auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres befriedigend weiter entwickelt hat, und wir glauben daher von dem neuen Jahre wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis erhoffen zu dürfen, selbst wenn mit einer fortwährenden Zurückhaltung im Emissions- und Effekten-geschäft, wie sie bis zur Wiederkehr eines normalen Niveaus der Geldlage für geboten zu erachten ist, gerechnet werden muß.

Das klingt ja für die Aktionäre ganz angenehm, aber die tatsächlichen Verhältnisse richten sich leider nicht danach. Wir fürchten, das wieder hergestellte Konjunkturgebäude wird doch bald wieder zusammenbrechen.

Der Optimismus hat übrigens schon wieder einen Knag bekommen. Am Mittwoch lagen wieder starke Verkaufsangebote vor. Besonders wurde über bemerkt, daß „eine Bank“, die in den letzten Tagen sich stark an den Interventionskäufen beteiligte, nun als Verkäufer auftrat. Montanpapiere mußten einige Prozent nachgeben.

Die Banken diktiert! Wie feinerzeit den Phönix, so drängen die interessierenden Banken nun auch die Westfälischen Stahlwerke in den Stahlverband hinein. Die Berichte sind, ist in der am Mittwoch bei der Nationalbank für Deutschland stattgefundenen Sitzung der Kommissionen des Stahlwerksverbandes und der Westfälischen Stahlwerke eine Einigung vorbehaltlich der Genehmigung der Vollversammlung des Stahlwerksverbandes und des Aufsichtsrates der Westfälischen Stahlwerke erzielt worden.

Die Vordirektoren sind heute auch die Generale der Industrie.

Kohlenhändler. Der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands wendet sich in einem Rundschreiben an die Industrieverbände, in dem er darauf hinweist, daß von großen Betrieben an die Angestellten und Arbeiter wichtige Bedarfsartikel, vorzugsweise aber Brennmaterialien zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Der Verband sieht darin eine Schädigung des Zwischenhandels und will darauf hinwirken, daß diese Abgabe ganz unterbleibe oder mindestens unter so scharfe Kontrolle gestellt werden soll, daß eine Weitergabe an dritte Personen ausgeschlossen ist.

Das Verlangen der Kohlenhändler ist durchaus unbedeutend; es steht auch im Widerspruch mit dem wirtschaftlichen Grundfah, mit möglichst wenigen Kosten und wenig Arbeitskraft Bedürfnisse zu befriedigen. Der Kohlenhandel, wie überhaupt jede Art Handel hat Ertragsberechtigung und ist ein Kulturfaktor, soweit er unbedingt notwendige Arbeiten und Funktionen verrichtet; wo und in dem Umfange er auf Kosten der Konsumenten künstliche Mästung verlangt, beweist er höchstens seine Ueberschüssigkeit und Schädlichkeit.

Kupferproduktion. Die Weiterzeugung an Kupfer stellt sich nach der von der Londoner Firma Henry R. Werton u. Co. fechten veröffentlichten Tabelle im Jahre 1900 auf insgesamt 711 675 englische Tonnen gegen 682 125 Tonnen im Jahre 1905 und 373 368 Tonnen im Jahre 1890. In den letzten 10 Jahren hat sich die Produktion von Jahr zu Jahr um durchschnittlich 34 000 Tonnen erhöht, von 1899 auf 1900 allerdings nur um 5000 Tonnen. In derselben Zeit wuchs der Durchschnittspreis für G. R. Ws. von 47 Pfd. 4 Schill. 5 Pence auf 86 Pfd. 5 Schill. 2 Pence, und zwar bis zum Jahre 1900 in gerader Linie auf 73 Pfd. 10 Schill. 7 Pence, dann nach einem Niedergang bis auf 59 Pfd. 13 Schill. 5 Pence im Jahre 1902 wieder stetig bis auf den genannten Stand vom Jahre 1900. An der Produktion waren im Jahre 1900 die Hauptproduktionsländer in folgender Weise beteiligt: Vereinigte Staaten 408 475 Tonnen, Mexiko 60 625 Tonnen, Spanien und Portugal 40 320 Tonnen, Japan 42 740 Tonnen, Australien 36 250 Tonnen, Chile 25 745 Tonnen, Canada 25 400 Tonnen und Deutschland 20 340 Tonnen.

„Hibernia“. Die am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung der „Hibernia“, in der 53 Aktionäre mit 58 638 000 M. Kapital vertreten waren, setzte die sofort zahlbare Dividende auf 14 Prozent fest.

Beschlossen wurde, der Witwe des verstorbenen Direktors Vekrens eine Ehrengabe von 200 000 Mark zu überweisen. Die Freigebigkeit macht sich ja ganz hübsch. Soviel verdient kein Vergarbeiter in seinem ganzen Leben und wenn er 100 Jahre arbeitet. Ja, für solche Ehrengaben hat man Geld, aber gegen besseren Arbeiterlohn sträubt man sich und die Belastung durch die Sozialpolitik wird als eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie betrachtet. Die Vertreter des Fiskus hätten übrigens die Pflicht gehabt, gegen die Ehrengabe zu protestieren, was aber nicht geschehen ist.

Eingegangene Druckschriften.

Hand- und Hilfsbuch für den praktischen Metallarbeiter. Verfasst vom Selbstunterricht. Reicht den zugehörigen Hülfsbüchern. Mit 30 Tafeln und 784 Abbildungen. Von H. Schuberth. Erscheint in 30 Hefen zu 50 Pf. H. Carlshaus Verlag in Wien und Leipzig.

Deutschland und England. Eine Rahmung in größter Stunde an das deutsche Volk. Von einem Capitaine. Druck und Verlag der Posten-druckerei in Linz. Preis 1 Mark.

Plutus. Heft 13. Herausgeber: Georg Bernhard. Vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69.

Westriebe oder Weltkrieg! Von Graf C. Krennfeld. 1 M. Verlag: Karl Curtius, Berlin W. 35.

Zweiter Jahresbericht des Arbeitersekretariats Jülich nach Bericht des Gewerkschaftskartells für das Jahr 1906. 40 Seiten. Selbstverlag.



Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 44272
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix Weltausstellung
Paris 1900: St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner
Kunstnäherie.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.



Sie fahren gut

4362L* mit
Dr. Crato's
Backpulver

mit Prämienbons. Für 50 davon eine Dose fl.
Bielefelder Knusperchen gratis und franko von
Stratmann & Meyer, Bielefeld.

Generalvertreter für Berlin:
Alfred Hirsch, W. 30, Augsburgerstr. 1.
Telephon Amt VI, No. 5737.



Knaben-Anzüge Jünglings-Anzüge

Tausende Exemplare.
Nur eigene Erzeugnisse.

Reizende kleidsame Fassons,
praktischer und luxuriöser Genres.

18—16—14—12—10—9— 2 Mk. 50
8—7—6—5—4—3—

Tausende Exemplare.
Nur eigene Erzeugnisse.

Moderne, gemusterie Stoffe
allerneuester Geschmacksrichtungen.

33—30—27—24— 9 Mark
21—18—15—12—

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

37550*

Inventur-Extrpreise

Gardinen

abgepaßte Fenster,
weiß und creme

Schallänge pro Patr.	M. 2.85
Schallänge pro Patr.	M. 4.35
Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Patr.	M. 5.35
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores	M. 1.45
Gestickte echte Spachtel-Stores	M. 6.25
Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores	M. 4.35
Tüllbett-Gr. 180/220 decken cm	M. 2.35
Reichgest. Erbs-tüllbettdecken	M. 5.35

Gardinen-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
Nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme
Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote
gratis und franko.

Hervorragender Violinvirtuos
(Solo-Geiger)
nimmt vom 1. April d. J. noch
Schüler auf gegen ein Honorar von
drei Mark pro Lektion. Vor- und
Nachbildung zur Künstlerhaft. Ge-
läufige Objecten erbeten unter Z. 2
an die Expedition des "Vorwärts".
A. & H.
Erbitte weitere Nachricht. 2352b*

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag **Schulbedarfs-Artikel** soweit der Vorrat reicht

Schreibhefte 20 Blatt stark mit Löschblatt	Dtz. 70 Pf.
Oktavhefte 3, 5 Pf. Aufgabenhefte 3, 4, 6, 7 Pf.	
Diarien mit festem Deckel	18, 25, 38 Pf.
Diarien mit Wachstuchdeckel	18, 35 Pf.
Löschblätter stark, in Mappen	25 Blatt 6 Pf.
Blaue Umschläge	25 Bogen 10 Pf.
Hefetiquetten	100 Stück 8, 10 Pf.
Radiergummi Toß Toß 4, 5 Pf. AKA, Blitz 5, 8, 10 Pf.	
Schulbleistifte	Dutzend 22, 35 Pf.
Zeichenblocks	9, 18, 48 Pf.
Zeichenständer	45 Pf.
Griffel stark Dutzend 8 Pf. weich Dutzend 18 Pf.	
Füllfederhalter	48, 85 Pf.
Schultinte Flasche 3, 10, 15, 25 Pf.	
Federkasten	9, 15, 25 Pf.
Federkasten doppelt	18, 30, 45 Pf.
Federkasten schwarz lackiert	25, 35, 48 Pf.
Holzfederkästchen mit 8 Schulfedern	4 Pf.
Ordnungsmappen	25, 38, 48, 65, 95 Pf.
Zensurenmappen	25, 38, 45, 65 Pf.
Schultafeln	18, 22 Pf. poliert 45 Pf.
Klapptafeln	45, 90 Pf.

Schulkleid aus praktischen karierten Stoffen mit Soutache garniert und Ledergürtel	Größe 65, 70, 75 cm, 80, 85 cm, 90, 95 cm	5.65, 6.50, 7.40
Cape aus marineblauem Cheviot mit rotem Capouchon	Größe 70, 75, 80 cm, 85, 90 cm, 95, 100 cm	2.45, 2.90, 3.40
Cape aus gutem marineblauen Cheviot mit rotem Capouchon, sehr hübsche Applikation.	Größe 60, 65, 70 cm, 75, 80, 85 cm, 90, 95, 100 cm	3.15, 3.75, 4.45
Kinder-Hängeschürzen schwarz Panama mit Volant, rot oder weiss besetzt	Länge ca. 50 55 60 65 70 75 80 cm	1.05 1.20 1.35 1.50 1.65 1.80 1.95
Kinder-Reform-Hängeschürzen schwarz Panama mit Volant und farbigem Besatz	Länge ca. 60 65 70 75 80 cm	1.30 1.45 1.60 1.75 1.90
Kinder-Reform-Hängeschürzen schwarz Panama mit Volant und reicher Garnierung	Länge ca. 60 65 70 75 80 cm	1.75 1.90 2.05 2.20 2.35
Kinder-Reform-Hängeschürzen schwarz Panama mit Volant, elegante Ausführung	Länge ca. 60 65 70 75 80 cm	1.85 2.00 2.15 2.30 2.45

Tuschkasten für den Schulgebrauch	25, 45, 75 Pf.
Tuschkasten, Farben in Tuben	75, 1.50, 2.25
Zirkelkasten	25, 45, 95 Pf.
Reisszeuge n. Vorschr. f. Fachschulen	1.45, 2.25, 3.00 bis 20.00
Reissbretter	1.15, 1.45, 1.85
Skizzenbücher	15, 20, 38, 50, 65, 75, 95 Pf.
Reissnägeln	3 Dutzend 7, 12 Dutzend 20 Pf.
Holzschreibzeuge mit 2 Tintengläsern	75 Pf.
do. 1 Glas	40 Pf.
Bleistifte Joh. Faber „Rafael“ Stück 4 Pf., Dutzend 45 Pf.	
Bleistifte Joh. Faber „Dessin“ Stück 6 Pf., Dutzend 68 Pf.	
Bleistifte A. W. Faber „Polygrades“	Stück 13 Pf.
Bleistifte H. C. Kurz „Rubens“ Stück 4 Pf., Dutzend 40 Pf.	
Schulfedern	3 Dutzend 15 Pf.
Schulfedern Perry 17	Dutzend 8 Pf.
Schulfedern Perry 28	Dutzend 10 Pf.
Schulfedern Alfred 2160	Dutzend 15 Pf.
Schulfedern Bremer Börsen	Dutzend 15 Pf.
Gem. Federn Karton ca. 100 Stück	25 Pf.
Frühstückstaschen Ledertuch	48 Pf.
Frühstückstaschen Korbgeflecht	48, 75, 95 Pf.
Frühstückstaschen Leder, braun oder schwarz	95 Pf.

Schulmappen für Knaben

Glanz-Ledertuch mit Ledertuchklappen	95 Pf.
Ledertuch m. imit. Seehundklappe	1.35, 1.75
Leder mit Lederklappe	3.75
Rindleder	5.85, 6.85

Schulmappen für Mädchen

Schwarz Ledertuch mit Lederhenkel	95 Pf., 1.25, 1.90
Schwarz Leder Arm- und Rückenmappe	3.75
Rindleder Arm- und Rückenmappe	5.85, 6.85

Knopf- oder Schnür-Stiefel

	27/30	31/35	36/40
Rossleder	3.50	3.90	5.90
Rind-Box	4.50	5.50	7.50
Box-Calf	6.50	7.50	9.50

Berliner Nachrichten.

Die Waffe muß es bringen!

Nach bloß im Kampfbücher. Auch in der Politik und vorzüglich bei den Anlässen, wo das „Volk“ seine allerloyalste und eigentliche Hauptaufgabe zu erfüllen hat, wo es bei höfisch-dynastischen Schauspielen Statist und sonst nichts zu sein hat.

Wilhelm II. versteht sich sicherlich wie kein Zweiter auf diese Materie. Er hat zweifellos sehr viel Sinn für das Aufzuziehen des Massenorganges. Es nimmt uns deshalb auch kein Wunder, wenn es den Tatsachen entsprechen sollte, was eine Berliner Wochenchrift zu erzählen weiß.

Es handelt sich um das „große Ereignis in der Nacht der Stichwahlen“, da unter dem Schutze der Polizei eine von der Brigade der Sozialdemokratie um 1/2 Million Stimmen trennende patriotische Menge vor dem Schlosse demonstrierte und der Kaiser den in seinen Kreisen leider so wenig bekannten großen Dramatiker Meißt zitierte. Die Huldigung war etwas tumultuarisch, und da die Sache nicht genügend vorbereitet war, klappte nicht alles.

Die historische Stichwahlnacht begeisterte einen Berliner Buchdruckerbesitzer (wohl Herr Kommerzienrat Bärenstein) zu einem ebenso patriotisch preiswürdigen wie geschäftlich preiswerten Unternehmen: sie durch künstlerische Darstellung (in Vierfarbendruck) der Mit- und Nachwelt zum Kauf und Andenken zu überliefern.

Ein „berühmter Professor und Sezessionsmaler“ (?) wurde gewonnen, lieferte die Entwürfe. Und dann kam das Entscheidende, die kaiserliche Kritik. Derleger und Maler bekamen die nachgesuchte Audienz, und der Kaiser bewies nun, daß er sich auf die Massenwirkung versteht. Das Volk — man kann es nicht vermeiden. Im Zeitalter des allgemeinen Stimmrechts ist es der Hauptfaktor — wenn auch nur als Statist. Die Kompariererei erzeugt auch erst die rechte Stimmung, indem sie durch Wiederholung der gegebenen Stichworte Massenwirkung erzeugt. Was von der Bühne gilt, ist auch für Staatsaktionen vor königlichen Schlössern wahr. Und so wollte der Kaiser Massen, viel Volk, noch mehr Volk auf dem Wilde. Hören wir, wie der „Kolond von Berlin“ den Vorgang schildert:

„Als der Kaiser die Skizzen zu sehen bekam, malte sich eine gewisse Enttäuschung in seinen Gesichtszügen. Der Augenpunkt der Darstellung war mitten im Volksgewühl, und so konnte man auf dem Blatt eben nur die vordersten Schwärme der nächstlichen Patrioten schauen, wie sie durch den blauflimmernden Schnee stapfen und gegen die flackernde erleuchtete Schlossfassade drängten. . . . Um so deutlicher aber war der Kaiser samt der Kaiserin im hellerleuchteten Fenster zu sehen. Hier aber wollte der Kaiser auf seine Person kein so großes Gewicht legen. Ein grauer Fleck und ein Helm darauf, das würde genügen, denn daß ich das oben im Fenster bin, ist doch klar“ und dann fuhr der Kaiser fort: „Reine Herren, ich habe mir die Sache ganz anders gedacht. Mehr Volk, viel mehr Volk muß auf das Bild, Volksmassen, so weit das Auge reicht, und alles Volk in der stärksten Bewegung. Der Anblick war so gewaltig, daß ich die Kaiserin aus dem Bette holen mußte. Das mußte sie sehen und so trat sie in einem übergeworfenen Pelz und Schal in das Fenster. Ja, von oben herunter sollte das Bild eigentlich gemalt werden, wie ich das wogende Meer von Gesichtern vor Augen hatte und dazuwischen die zuckenden Hände und Hüte. Sogar die Korbhändler am Portal wimmelten von Menschen und es sah merkwürdig aus, wie sich die Figuren klein ausnahmen auf den Bronzemaßen. Die gefogt, mehr Volk, viel mehr Volk!“

Der Kaiser hat zweifellos mehr Blick und Verständnis für patriotische Inszenierung und höfische Massenregie wie der Maler bewiesen. Nur schade, daß auf solchen Bildern nur ein kleines Stück der Wirklichkeit wiedergegeben werden kann. Wenn der Maler „Volksmassen, soweit das Auge reicht“, auf dem Bilde aufmarschieren lassen will, so müßte er sie mit roten Fahnen und großen Tafeln darstellen, auf denen zu lesen steht: Noch die Sozialdemokratie! Damit würde er der historischen Wahrheit gerecht.

Nur würde dieser wogende Vordergrund nicht gut zu „dem grauen Fleck und einem Helm darauf“ passen. Wenigstens nicht für die Zwecke, die der vierfarbendruckende Verleger im Auge hat.

Umlenkung bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn ist genötigt, wieder eine Reihe von Linien wegen des Baues der Untergrundbahn abzulenken. Am Spittelmarkt wird ein Dülfer für den Rotenstich der städtischen Kanalisation hergestellt. Zur Ausführung der Arbeiten soll die nächste Betriebspause dort in den Nächten zwischen dem 4. und 18. April auf die Stunden von 12 bis 5 1/2 Uhr nachts verlängert werden. Es werden deshalb folgende Umlenkungen notwendig: Die Wagen der Linien 47 von 11.23 ab Nordend und 11.27 ab Nordend Juliusstraße, 48 von 11.33 ab Ringbahnhof Schöndorfer Allee und von 11.35 ab Nordend Juliusstraße, 58 von 11.59 ab Nordend und von 11.41 ab Viehhof, 65 von 12.07 ab Nordend und von 11.34 ab Viehhof und 58 um 5.03 ab Nordend Nordend fahren in beiden Richtungen zwischen Kommandantenstraße und Königsplatz Spandauerstraße nicht über die Reuthstraße, den Spittelmarkt, Gertraudenstraße, Mühlendamm, Pöhlmannstraße, Spandauerstraße, sondern über Kommandanten-, Straußens-, Dönhofs-, Jerusalem-, Hausvogtei-, Oberwallstraße, Werderscher Markt, Schloßplatz, Königsplatz. Die Wagen der Linien 38 von 11.33 ab Gesundbrunnen und 11.47 ab Kreuzberg, 59 von 11.40 ab Eisenacherstraße, 62 von 11.29 ab Weihensee und von 11.31 ab Pragerplatz oder 12.16 ab Dönhofsplatz, 64 von 11.45 ab Landsberger Allee und von 11.21 ab Luisenplatz, 66 um 11.24 und 11.30 ab Kaiserplatz, 69 um 11.43 ab Warburgplatz, 71 von 11.20 ab Herzberge und von 11.35 ab Warburgplatz, 74 von 11.29 ab Ebersstraße und von 11.46 ab Königsplatz, 2.00 ab Alexanderplatz, 78 von 11.36 ab Frankfurter Allee und 12.10 ab Rixdorferplatz und von 11.28 ab Ludwigsplatz sowie 11.33 ab Nordend, 79 um 11.24 ab Dönhofsplatz und 38 um 5.10 ab Kreuzberg fahren in beiden Richtungen zwischen Reuthstraße, Spittelmarkt, Gertraudenstraße, Mühlendamm, Pöhlmannstraße, Spandauerstraße, Werderscher Markt, Schloßplatz, Breitenstraße.

Einheitlicher Bauplan für Groß-Berlin? Nach Mitteilungen, die Herr Landrat v. Stubenrauch machte, läßt der Fiskus jetzt durch den Geheimen Baurat Stübgen für die Orte Adlershof, Alt-Glienide, Nieder-Schöneweide, Johannisthal und Grünau einen einheitlichen Bebauungsplan aufstellen, in dem für freie Flächen, Wald und Wiesen genügt genügend gesorgt ist. Ferner hat der Landrat Herrn Professor Theodor Goede gebeten, für die südlichen Vororte im Kreise Teltow einen einheitlichen Bebauungsplan zu entwerfen. Die ersten Schritte zur Schaffung eines „Wald- und Biefengürtels“ von Groß-Berlin wären damit erfolgt. Interessant ist auch die bestimmte Erklärung des Herrn von Stubenrauch, daß von einem schiffbaren Kanal im Grunewald nicht die Rede sein kann. Es handelt sich lediglich darum, den in der Umgebung fortschreitenden Gemeinden Grunewald, Schmargendorf und Zehlendorf die Möglichkeit zu gewähren, ihre Tagesabwässer abzuführen. Diesem Zwecke wird der Vorflutkanal im Grunewald dienen, der obendrein noch das Versumpfen der Seen verhindern soll.

Man darf nur nicht vergessen, daß gewisse Kreise sehr ernstlich an die Schiffahrt im Grunewald und Verkauf von Ländereien zu Vauten an den Ufern des geplanten Kanals denken.

Die städtische Tiefbaudeputation beschloß gestern, den Ostkarplatz am Treppenturm der Schweden-, Christiania-, Schul- und Residenzstraße mit Anlagen zu versehen. Das kürzlich auf mehrere Jahre gepachtete Gelände der ehemaligen Stettiner Eisenbahn an der Völlers- und Grünthalerstraße soll der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen zur Verfügung gestellt werden.

Die öffentliche Beleuchtung von Berlin hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Von 31 771 Gasflammen, die von den städtischen Gaswerken gespeist werden, brennen nicht weniger als 23 575 die ganze Nacht. Hierzu kommen noch 1125, die von der englischen Gasanstalt unterhalten werden. Ferner 205 Petroleumlampen und 31 Spiritusglühlampen. Die Zahl der elektrischen Lampen hat sich auf 1008 erhöht. Die Gesamtzahl aller öffentlichen Flammen und Lampen stellt sich auf 34 180, wobei zu berücksichtigen ist, daß nicht nur die absoluten Zahlen gestiegen sind, sondern daß auch das Licht durch Einführung der neuesten Systeme usw. ganz bedeutend an Stärke gewonnen hat.

Das Buch vom klugen Hans.

Der glückliche Ueberwinder des klugen Hans, der Berliner Psychologe Oskar Pfungst, hat nach langem Zögern seinen Bericht veröffentlicht. Es ist Herrn Pfungst gelungen, so hoch es in dem abschließenden Gutachten Prof. Stumpfs, das den berühmten Gaul aus der Reihe der hervorragenden Denker strich, die verschiedenen unwillkürlichen Bewegungen zu entdecken, die dem Pferde als äußere Hälfte dienen. Er wird über die einzelnen Bewegungsarten, über den Verlauf der angestellten Versuche und den Mechanismus der einzelnen Leistungen des Hengstes in einer besonderen Schrift berichten. Diese Schrift liegt nunmehr in der Form eines städtischen Buches vor mit dem Titel: „Das Pferd des Herrn von Othen. Ein Beitrag zur experimentellen Tier- und Menschenpsychologie“. (Verlag von J. A. Barth in Leipzig.) Professor C. Stumpf hat eine Einleitung dazu geschrieben. Das außerordentlich umfangreiche und sorgfältig gearbeitete Werk bringt nicht nur die angelegentlichsten Aufklärungen, sondern auch unerwartete Aufschlüsse zur Psychologie der unwillkürlichen Bewegungen.

Der Sinn der Versuche ging dahin, festzustellen, ob Hans selbständig denken könne, also die Lösung der Aufgabe auch dann finde, wenn sie dem Fragesteller selbst nicht bekannt war. Antwortete Hans unter solchen Umständen richtig, so konnte an seiner Denkfähigkeit nicht gezweifelt werden, und die Welt war um das Phänomen eines vernunftbegabten Pferdes reicher. Tat er es aber nicht, so war er ein Pferd wie andere Pferde auch und bedurfte zu seinen Rüstungen äußerer Hilfen, die aufzufinden die Aufgabe weiterer Versuche war. Nur dafür brauchte gesorgt zu werden, daß der Experimentator, der dem Pferde Fragen stellte, das Ergebnis nicht vorauswissen konnte.

Das war leicht zu erreichen. Um zu prüfen, ob das Pferd Ziffern lesen könne, wurden ihm mit Ziffern beschriftete Tafeln hingehalten, die nur das Pferd und nicht der Fragesteller sehen konnte, und wie gewöhnlich der Befehl erteilt, die Zahl zu treten. Die Rechengewandtheit des Hengstes wurde darauf auf die Probe gestellt, daß erst von Othen eine Zahl ins Ohr flüsterie und dann Pfungst eine andere, so daß jeder nur eine Zahl kannte, während der einzige, der beide Zahlen wissen konnte, der Hengst war. Diese Zahlen sollte er nun addieren. Es zeigte sich bald, daß Hans nicht einmal die Elemente beherrschte und weder lesen noch rechnen konnte. Auf 31 solcher Rechenaufgaben erfolgten nur 3 richtige Antworten, auf 31 Aufgaben, deren Lösung dem Fragenden bekannt war, 29. Richtig lesen konnte der Hengst in seinem einzigen Falle, wenn die Anweisungen die Buchstaben oder Zahlen nicht sahen. Somit lag er ebenso stückend wie richtig.

In ähnlich trübem Licht erschien das musikalische Verständnis des Gauls. Nur ein einziger von den 20 unwillkürlichen Versuchen gelang.

Damit stand fest: der Hengst konnte nicht selbständig denken und schlopfte seine Weisheit aus den anwesenden Personen. Pfungst kam aus bald dahinter, daß jede Fragestellung überflüssig war. Das Pferd kloppte ihm die richtigen Zahlen, wenn er auch überhaupt nicht sprach, sofern er die Antwort sich nur lebhaft vorstellte. Die äußeren Hilfen, die Anregungen, deren der Hengst bedurfte, wurden ihm also nicht mit der Fragestellung gegeben, sondern erst später, während er trat. Ob und was gefragt wurde, war ihm völlig gleichgültig.

Jetzt ging Pfungst daran, dem Hengst Scheuklappen anzulegen. Sah das Tier den Fragesteller an, wann es mit dem Treten aufhören sollte, so mußte er mit seinen Rüstungen zu Ende sein, wenn er sich seinem Anblick entzog. Doch Hans begann bald der Wänderung seines Rufes lebhaften Widerstand entgegenzusetzen. Er machte verzweifelte Anstrengungen, den Fragesteller im Auge zu behalten. Es war ihm nicht zu verdenken. Denn nur wenn er die richtige Lösung fand, erhielt er seinen Lohn, Brot und Mohrrüben. Suchte man ihn anzubinden, wogegen er sonst nichts einzuwenden hatte, so tobte er und zerriß das Seil. Doch es half ihm nichts. Bald war es offenbar. Sah Hans den Fragenden, so fand er das Richtige; sah er ihn nicht, so war es aus mit seiner Klugheit. Er bedurfte optischer Hilfen. Daß diese Hilfen unwillkürlich, ohne daß ihr Urheber sich ihrer bewußt geworden wäre, dargeboten wurden, war nicht zu bezweifeln. Arbeitete doch das Pferd in Abwesenheit des Herrn von Othen ebenso gut. Es glückte Pfungst, durch Beobachtung an Herrn von Othen die Bewegungen zu finden, die für den Hengst das Signal bildeten, mit dem Treten zu beginnen oder aufzuhören. Es waren minimale Kopfbewegungen. Durch gesteigerte Übung wurde es möglich, in jedem Falle des Gelingens einer Tretaufgabe diese Bewegungen wahrzunehmen. Mit Hilfe der Röntgenstrahlen wurde festgestellt, daß sie dem Anfangs- und Endritze des Hengstes tatsächlich vorausgingen. Der regelmäßige Zeitunterschied, die Reaktionszeit des Pferdes, betrug 1/10 Sekunden.

Damit war Pfungst soweit gelangt, daß er durch willkürliche Ausföhrung der Kopfbewegungen die Tretleistungen des Pferdes herbeizuführen konnte. Hier ergab sich bald, daß alle Hebungen dem klugen Hans Anlaß gaben, das Treten aufzugeben, auch Hebungen Arme, ja eines Kartons, den der Fragesteller ein wenig hob, während Senkungen als Anfangszeichen wirkten. Mühte sich der Fragende ein wenig, so begann Hans sofort zu klopfen und klopfte solange, bis sein Experimentator sich wieder aufrichtete, Rechen-

aufgaben, die ihm gestellt wurden, störten ihn in seinem Treden nicht im geringsten. Fragte man ihn z. B., wieviel ist 3 mal 5, bückte sich aber bei 10, so hörte er eben bei 10 auf. Dagegen klopfte er um so geschwinder, je stärker sich der Experimentator bückte.

Die Zeichen für die übrigen Verständigungsmittel des Hengstes waren weniger einfach.

Wie waren nun diese Bewegungen entstanden? Die Antwort lautet: ohne daß die Beteiligten das geringste davon wußten. Pfungst selbst hat längere Zeit dem Hengst Aufgaben gestellt und richtige Antworten erhalten, ohne zu wissen, daß er selbst die Zeichen gab, die die richtigen Antworten hervorriefen. Er verfiel erst darauf, als er die wirksamen Bewegungen an von Othen bemerkte. Daß es sich um die natürlichen, in ähnlichen Fällen unbedeutend auftretenden Ausdrucksbewegungen handelte, darüber brachten Laboratoriumsversuche hinreichenden Aufschluß. Der menschliche Körper bezeichnet die Wege, die die Gedanken wandeln. Er richtet sich dem Gegenstande zu, an den man denkt, so etwa den Hüften eines Pferdes und schreibt die Zahl, die den Geist beschäftigt.

Die Erklärung der Leistungen des klugen Hans ist nach alledem ohne weiteres gegeben. Hörte das Pferd immer zu treten auf, wenn der Fragesteller die bewußte Kopfbewegung machte, und machte sie dieser im Erwartungseffekt immer dann, wenn die richtige Zahl von Duffschlägen erreicht war, verneinte es die Fragen, wenn der Fragesteller den Kopf schüttelte und schüttelte dieser den Kopf, wenn die Frage zu verneinen war, so war seine Klugheit nicht weiter verwunderlich.

Da Hans mit Mohrrüben und Brot nur belohnt wurde, wenn er unmittelbar nach dieser Bewegung mit dem Treten aufhörte, so hatte er sich eben daran gewöhnt, auf sie zu achten.

Ein degradierter Stadtverordneter.

Am 10. April wird eine Stadtverordneten-Ersatzwahl vorgenommen nicht nur im 39. Wahlbezirk dritter Abteilung, den als Stadtverordneter zuletzt unser Genosse Gröndel vertrat, sondern auch im 14. Wahlbezirk erster Abteilung, dessen Vertreter der freisinnige Stadtverordnete Hellmann war.

Im 39. Bezirk dritter Abteilung, der erst seit vier Jahren im Besitz der Sozialdemokratie ist, wird der Freisinn einen heftigen Kampf gegen und führen. Aber seine Anstrengungen, dieses Mandat zurückzugewinnen, müssen erfolglos bleiben, wenn alle sozialdemokratischen Wähler des 39. Bezirks ihre Pflicht tun und am 10. April Ram für Ram ihre Stimme abgeben für unseren Genossen Adolf Ritter. Diese verdamnten Bezirke dritter Abteilung! Eine Wahl in einem solchen Bezirke verursacht dem Freisinn viel Mühe und Arbeit, aber zu haben ist dort für ihn wenig oder nichts.

Dagegen sind in der zweiten und vollends in der ersten Abteilung die Wahlen geradezu ein Vergnügen für den Freisinn. Hier, wo die Geldsacke entscheidet, ist seine Domäne. Hier ist er sicher vor dem „Sozial“, die ihm in der dritten Abteilung einen Bezirk nach dem anderen abgenommen haben und hinterher im Rathaus mit all ihren Forderungen für die minderbemittelte Bevölkerung den freisinnigen Geldsackemattoren lästig geworden sind.

Im allgemeinen gehen die Wahlen in der zweiten und der ersten Abteilung um wenig an, manchmal aber haben sie doch auch für uns ein besonderes Interesse. Schon mancher Freisinnige, der durch die unauffällige vorrückende Sozialdemokratie aus seinem Bezirk dritter Abteilung hinausgedrängt wurde, hat sich in die zweite oder erste Abteilung hineingerettet. Er lehrte dann als Vertreter der Geldsacke ins Rathaus zurück und lieferte hiermit den Wählern dritter Abteilung den überzeugenden Beweis von der „Möglichkeit“ des Dreiklassensystems unseres Gemeindefreiwahlrechts.

Dieses erbauliche Schauspiel wird uns jetzt wieder im 14. Wahlbezirk erster Abteilung geboten. Zum alleinigen Freisinnskandidaten dieses Bezirkes ist aussersehen Herr Hermes, der frühere Stadtverordnete, der Jahrzehnte hindurch einen Bezirk dritter Abteilung vertrat hatte, aber im Jahre 1905 von der Sozialdemokratie aus dieser Abteilung hinausgeworfen wurde. Der Berliner Stadtfreisinn wurde damals schmerzlich überrascht durch diesen Verlust, und Herr Hermes selber war untröstlich. Jetzt aber soll der aus der dritten Abteilung hinausgeschlossene Freisinnsführer sein Pflichten kriegen: der „alleinige“ Kandidat des Freisinn wird natürlich am Wahltag einstimmig zum Stadtverordneten „gewählt“ werden.

Wer das Dreiklassensystem als Rückschritt ansieht, wird solche Flucht in die erste Abteilung für eine Degradation halten müssen. Herr Hermes freilich dürfte eher die Empfehlung haben, daß er „abanciert“ sei. Die zwei bis drei Duzend Geldsackbesitzer, als deren Vertrauensmann er jetzt in das Rathaus zurücktreten darf, sind ihm sicherlich mehr wert als die hundertfache Zahl minderbemittelter Wähler, die in einem Bezirk dritter Abteilung einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Diese Anschauung ist nämlich — echt kommunalfreisinnig.

Ein verhängnisvoller Unglücksfall, wobei ein Arbeiter den Tod gefunden und ein zweiter schwer verletzt worden ist, hat sich gestern morgen in der siebenten Stunde in der Reinholdsdorferstraße ereignet. Auf dem Abriegelungsgelände zwischen der Reinholdsdorferstraße stürzte eine Mauer ein und zwei Arbeiter, der 39jährige Robert Seide, Koloniestraße wohnhaft, und der 42jährige Karl Stolzenberg wurden unter den einstürzenden Trümmern begraben. S. war auf der Stelle tot; er war durch die schweren Mauerstücke erschlagen worden. Die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, machte sich wenige Minuten später an die Bergung der Verunglückten. Zuerst stieg sie bei ihren Rettungsarbeiten auf St. Schwer verletzt zog sie ihn unter den Trümmern hervor und brachte ihn nach der Unfallstation in der Lindowstraße. Die linke Hüfte war dem Verunglückten gebrochen und im Gesicht war ihm die linke Hälfte verstimmt worden. Nach Anlegung von Notverbanden wurde St. in die Charité eingeliefert. S. konnte nur als Leiche am Tagelicht befreit werden. Der Tote wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Der Unglücksfall ist jedenfalls dadurch herbeigeführt worden, daß die Mauer ohne Hinterhalt zu hoch frei gelassen wurde, sich dann nach vorne neigte und zusammenbrach. Auf dem Gelände, auf dem sich die Katastrophe zutrug, befand sich ehemals die Arbeiterkolonie.

Unterm Omnibus gerammt. Einen schrecklichen Tod hat Dienstag nachmittag der fünfjährige Sohn des Hausverwalters Hensel aus der Jossenerstraße 31 gefunden. Mit anderen Kindern hatte der Knabe in der Nähe des Wertheimplatzes gespielt und nicht auf das Herannahen eines Omnibusses geachtet. Er lief blindlings in den Wagen hinein und fiel mit dem Kopf unter die Räder. Der Schädel wurde dem unglücklichen Kinde fast vollständig gerammt, sodah der Tod auf der Stelle eintrat. — Ein zweiter schwerer Unglücksfall trug sich an der Ecke der Frieden- und Palisadenstraße zu. Dort wurde ein unbekannter vier Jahre alter Knabe von einem mit Petroleumfassern beladenen Lastwagen überfahren und in

betreffendem Zustande nach der Rettungswache in der Frankfurter Allee und nach Anlegung von Rotverbänden in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Ein Bootsunfall ereignete sich am Dienstag in später Abendstunde auf dem Scharnthelmer See. Der 22-jährige Sohn Ernst des Fischereipächters Reichert hatte am Bahnhof Scharnhelmer See verladen, die er nebst einer Last von 17 Zentnern Eisen auf seinem Kahn über den See transportieren wollte. Nicht weit vom jenseitigen Ufer entfernt, kenterte das Fahrzeug und Reichert stürzte in das Wasser. Obgleich der Fischereigehilfe ein tüchtiger Schwimmer war, verlor er sofort in den Fluten; vermutlich hat ihn ein Herzschlag getroffen. Die wertvolle Ladung wurde ebenfalls ein Opfer des Sees. Das auf dem Wasser treibende Boot wurde gestern morgen von Schiffen aufgefunden und geborgen, während es trotz eifrigen Suchens bisher nicht gelungen ist, die Leiche des Ertrunkenen zu landen.

Feuer in den Berliner Elektrizitätswerken.

„Mittelfeuer“ in der Voltastr. 19 alarmierte gestern nachmittags gegen 2 Uhr die Berliner Feuerwehr. Dort war in dem dreistöckigen Maschinenhaus der Berliner Elektrizitätswerke an der Brunnenstraße Feuer ausgebrochen, das schnell an Ausdehnung gewann. Die Arbeiter konnten sich gleich beim Ausbruch des Feuers in Sicherheit bringen. Von den Hausleitungen wurden sofort mehrere Schutzleitungen vorgenommen, auch die alarmierte Feuerwehr griff mit mehreren Schlauchleitungen wieder ein. Infolge dieses Brandes traten erhebliche Störungen im Straßenbahnbetriebe und in der Lieferung von Starkstrom im Norden von Berlin ein. Es fehlte zeitweise an Kraft. Die Feuerwehr hatte bis um 5 Uhr an der Brandstelle zu tun, wo sofort mit der Aufräumung begonnen wurde. Der Betrieb der S. E. W. wird durch den Brand nur wenig gestört; andere Stationen liefern einstellend den Bedarf an Strom für den Norden.

Wie erfahren über den Brand folgende Einzelheiten: Das Maschinengebäude der Berliner Elektrizitätswerke in der Voltastraße ist drei Stock hoch. Im Parterre befindet sich der große Maschinenaal, in dem acht große Dynamos stehen. Der erste Stock enthält rechts den sogenannten Transformationsraum. Er ist vier Meter breit und fünfzig Meter lang. Diese Station hat einen Luftstrom von 6000 Volt, der dann durch Transformatoren in Ströme von 220 Volt zerteilt wird. Im ganzen sind sieben Transformatoren aufgestellt. Jeder einzelne liegt in einem Delbehälter, der 25 Faß Del faßt. In einem dieser Behälter entstand nun am noch nicht ermittelte Weise in der zweiten Nachmittagsstunde Feuer. Blüschnell griffen die Flammen um sich und in wenigen Minuten brannten alle sieben Delbehälter. Das Maschinenpersonal setzte sofort die Haushydranten in Tätigkeit und suchte dem Feuer beizukommen, während andere Leute schleunigst die Feuerwehr alarmierten. Als auf den ersten Alarm hin der 16. Löschzug aus der Panitzstraße anrückte, löschten schon in weiter Entfernung dicke schwarze Rauchwolken die Größe des Brandes an. Brandmeister Steiner gab sofort eine Nachmeldung, worauf noch fünf weitere Löschzüge unter Führung des Oberbrandinspektors Dransfeld herbeieilten. Bald arbeiteten mehrere Dampftruppen, die in der Volta- und in der Wattstraße angelegt hatten. Mit insgesamt sechs Kohren erfolgte der Angriff gegen das Element. Innerhalb einer Stunde war die Hauptgefahr beseitigt. Der Transformationsraum ist total zerstört. Ebenso ist ein Teil des Dachstuhl, auf den das Feuer durch einen Lichtschacht übergesprungen war, vernichtet. Auch haben die Dynamos in dem Maschinenaal gelitten. Mit Ausnahme von einer Maschine werden die anderen vorläufig noch nicht wieder in Betrieb genommen werden können. Wie groß die Hitze war, geht daraus hervor, daß diese eiserne Träger fragezeichenförmig gebogen sind. Einer dieser Träger drohte abzufallen und mußte von der Feuerwehr abgesteift werden. Der entstandene Schaden ist ganz bedeutend. Die Wehr konnte erst am Abend wieder abrücken.

Durch das Feuer stockte der Straßenbahnverkehr über eine Stunde hindurch vollständig und konnte nur allmählich und auch nur in der Stadt selbst wieder aufgenommen werden. Infolge des Brandes mußten sämtliche Speisepunkte der Unterstation der S. E. W. Voltastraße außer Betrieb gesetzt werden. 34 Linien, also etwa ein Drittel der gesamten Straßenbahnlinien, mußten ihre Fahrt vorzeitig unterbrechen resp. umgelenkt werden. Durch Hinzufügen der benachbarten Zentralen wurden die beschädigten Speisepunkte der Station Voltastraße ersetzt, so daß um 8.25 Uhr nachmittags die Linien innerhalb der Stadt wieder verkehren konnten. Dagegen blieben die Linien in den Vororten Zehlendorf bis zur Ofenerstraße, Reinickendorf und Schönholz bis zum Gesundbrunnen, Kordend bis zur Ringbahn Schönhauser Allee stromlos, da die Spannung nicht ausreichte. Gegen 1/2 10 Uhr abends erst konnte der volle Betrieb aufgenommen werden, nachdem auf der Brandstätte in der Voltastraße selbst eine große Dynamomaschine wieder betriebsfähig gemacht worden war.

Beigelegt sind die Differenzen, die zwischen den Ärzten und dem Verein der Hausärzte ausgebrochen waren und dazu führten, daß die Ärzte die weitere ärztliche Tätigkeit für die Mitglieder dieses Vereins einzustellen beschloßen. Der Verein hat die Entlassung der beiden Vertrauensärzte Dr. Cohn und Dr. Freund wieder rückgängig gemacht und auch ihnen den neuen Vertrag zur Unterschrift zugefandt. Damit ist der Stein des Anstoßes beseitigt.

Schon wieder ein Leichenfund. Ausschläger, die die Umgebung des Müggelsees besuchten, machten am Dienstag in der Nähe von Friedrichshagen eine grauliche Entdeckung. Sie fanden hinter einem Gischuppen, unter Stroh versteckt, die fast unbedeckte Leiche einer etwa 45-jährigen Frau, die eine Schußwunde an der rechten Schläfe aufwies. Die Personalien der Toten konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Ob es sich um Selbstmord handelt oder ob die Frau einem Verbrechen zum Opfer gefallen, dürfte die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

Auf einer Radpartie tödlich verunglückt ist Dienstag abend der 24-jährige Architekt Jost aus der Straßburgerstr. 9. Der junge Mann hatte mit einem Freunde eine Radpartie nach den nördlichen Vororten unternommen und abends auf dem Heimwege kam ihnen auf der Reinickendorfer Chaussee eine Droschke entgegen. Vermutlich dem Gefühl, daß dicht an ihm vorüberkam nicht mehr auszuweichen und wurde gegen einen Kilometerstein geschleudert. Er erlitt einen Schädelbruch und wurde in fast hoffnungslosem Zustande in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Zwei schwere Unglücksfälle haben sich gestern nachmittags kurz hintereinander in der Müllerstraße zugetragen. An der Ecke der Schulendorferstraße hatte die Ehefrau Krul, Schwerinstr. 7 wohnhaft, mit ihrem fünfjährigen geisteskranken Töchterchen gefahren, um auf einen Straßenbahnwagen nach der Irenenanstalt Dalldorf zu warten. Sie wollte dort ihr Kind unterbringen. In dem Augenblick, als sie den Straßenbahnwagen besteigen wollte, kam ein Automobil vorübergefahren, rief Frau K. um und fuhr über sie hinweg. Der Stopp wurde der Verunglückten Karl gequert und der Unterarm mehrfach gebrochen. — Wenige Minuten später trug sich fast an derselben Stelle ein zweiter schwerer Unglücksfall zu. Das dreijährige Söhnchen des Obertelegraphenassistenten Löhner, Lohmarstr. 3, war von dem Dienstmädchen ausgeführt worden. Plötzlich rief sich der Knabe los und rannte direkt in einen Mörtelewagen hinein. Die Räder des Fuhrwerks gingen ihm über den Oberkörper hinweg. Das Schulterblatt wurde dem Kinde germalmt,

das linke Ohr abgerissen und der Unterkiefer gebrochen. Die beiden Leberfähren wurden nach Anlegung von Rotverbänden auf der Unfallstation 8 in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Moabit gebracht.

Lebendig verbrüht. Einen entsetzlichen Tod hat gestern das dreijährige Töchterchen des Bauarbeiters Geisler, Bergstr. 78, gefunden. Die Mutter hatte in der Küche auf den Fußboden eine Waschkübel mit siedendem Wasser gestellt und als sie dem Gefäß für einen kurzen Augenblick den Rücken kehrte, machte sich das Mädchen heran und stürzte in die lodernde Flüssigkeit. Das unglückliche Geschöpf erlitt am ganzen Körper so fürchterliche Brandwunden, daß es kurz darauf unter schrecklichen Qualen verstarb.

Ein vermierter Geisteskranker aus Berlin. Seit dem 15. Februar 1907 wird der Arbeiter Max Ernst, 8. Juli 1857 Berlin geboren, aus seiner Wohnung, Marienburgerstraße 33, vermißt. Beschreibung: Größe 1,68 Meter, Gestalt kräftig, Haare grau und dunkelblond, Blau, Augen graublau, über dem rechten Ohr eine Tuschlappe, Nase nach innen gebogen, an einer Seite Narbe, Zähne vollständig, Bart: graumeliertes Schnurr- und Kinnbart, Kennzeichen: Tätowierung auf einem Unterarm, Hirtel, Ringe, Winkel, im Kranz Buchstaben M. B. Als der Genannte die Wohnung verließ, war er bekleidet mit grünlichem weichen Filzhut, dunkelstem Jackett, dunkelbrauner Samthose, wollenen Strümpfen und Gummizugjosefeln, alten bunten Oberhemde, wollenem gefüttertem Chemisier, graumelierten Leberhosen als Unterhosen, dunkelblauer Winterüberzieher mit Samtkragen. Der Vermisste ist geisteskrank und wird angenommen, daß er vielleicht, da er seinen Namen und Wohnung nicht angeben kann, als Unbekannter irgendwo Aufnahme gefunden hat. Personen, welche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier zu den Adressen 2031 IV 2 07 mitzuteilen.

Unbekannt. Am 26. März 1907, abends gegen 10 1/2 Uhr, schoß sich ein unbekannter, ca. 28 Jahre alter, anscheinend dem Kellerstande angehörender Mann auf dem Abort des Schanklokals von Golle, Kaiser Wilhelmstr. 17, in selbstmörderischer Absicht eine Revolverkugel in die Schläfe und verstarb auf der Stelle.

Der Unbekannte war etwa 1,65 Meter groß, schwächlich, hatte dunkelblondes Haar und hellblonden Schnurrbart, war sehr mager, hatte eingefallene Backen, vorstehende Nase und absteigende Ohren. Bekleidet war er mit schwarzem feinen Hut, grauem Jackett, schwarzer Hose, bunter Weste, braungefütterten Handschuhen, Stiefel mit gelbem Leder, buntem Schlipf, wollenem Hemd, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen.

Etwaige Angaben zur Sache werden auf dem Igl. Polizeipräsidium, Alexanderstr. 3/6, Zimmer 324, zu Nr. 2467 IV 41. 07 entgegengenommen.

Am 31. v. Mts., vormittags, ist an der Wöschung der Stettiner Bahn, zwischen dem Humboldtsteig und der Brücke am Gesundbrunnen, die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden worden. Die Leiche war in graues Packpapier eingewickelt. Jemand welche Spuren von Verletzungen sind an der Leiche nicht sichtbar. Es ist daher nur anzunehmen, daß das Kind alsbald nach der Geburt dorthin geworfen worden ist. Diejenigen Personen, welche Auskunft über die Mutter des Kindes geben können, werden ersucht, sich in den Polizeireviere oder bei der Kriminalpolizei zu 2003 IV 41. 07 mündlich oder schriftlich zu melden.

In unserer gestrigen Notiz: „Ein eigenartiges Geschick“ teilt uns der frühere Besitzer der Restauration „Wassertor“ und „Färstentrafen-Ede mit, daß der Restaurateur Volbrig bei Abschluß des Kaufvertrages von der tausend Mark, die ersterer von einer Brauerei auf die Restauration geliehen, Kenntnis hatte.

Feuer in einer Gemeindefabrik. In der Willdenowstr. 14 kam gestern nachmittags in dem Papierkeller der dortigen Gemeindefabrik ein größerer Brand aus. Die Wehr mußte längere Zeit mit zwei Kohren Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen.

Feuerwehbericht. Dienstag abend nach 10 Uhr geriet im Zentral-Theater in der Alten Jakobstraße durch elektrischen Kurzschluß in der Lichtleitung die Leuchtumgebung der Lichtschaur am Kronleuchter auf der Bühne in Brand. Der gewöhnliche Vorhang wurde auf kurze Zeit heruntergelassen und die Gefahr schnell beseitigt. Das Publikum wurde von der Feuerwehr beruhigt. Wegen eines Kellerbrandes wurde nachts die Wehr nach der Linienstr. 188 gerufen. Holz und anderes brannte dort. In der Kommandantenstr. 7/9 brannten Jalousien und anderes und in der Friedrichstr. 209, Ede Kochstraße, ein Teil des Baugerüstes. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Wegen eines Wasserrohrbruches rückte der 17. Zug nach der Oranienstr. 190a aus. Schwefel brannte gestern in der Forsterstr. 36, Risten in einem Fabrikraum in der Montevellstr. 77 und im zweiten Kuegelgebäude Siboldstr. 1 standen ein Hängebühnen, ein Mofett, Kleider u. a. in Flammen. Wegen einer Wasservergiftung wurde die Feuerwehr nach der Wilhelmstr. 31 gerufen. Durch Einflößen von Sauerstoff gelang es, die bewußtlose Frau wieder ins Leben zurückzurufen. Im Torwege des Hauses Andreasstr. 45 wurden Gölle und Müll ein Raub der Flammen. Stroh, Risten u. a. brannten Friedenstr. 79. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Weberstr. 13, Bremerstr. 44/45, Gerichtsstr. 27, Wiesenstr. 33, Köslinerstr. 3, Gormannstraße, Blücherstr. 4, Brombergerstr. 11/12 und anderen Stellen gerufen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. 3. Abteilung für Schöneberg und Umgegend: Am Sonntag, den 7. April, nachmittags 2 Uhr, im kleinen Saale bei Osh, Weiningerstr. 8, spricht Herr Dr. Schwab über Abstammungstheorie.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Ebenso sind Gäste angemessen. Der Sommerkursus beginnt in demselben Lokal am Donnerstag, den 16. Mai. Lehrpläne dazu sind in der Versammlung zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die Neuorganisation der Polizeidirektion Schöneberg-Wilmersdorf ist nunmehr in Gättigkeit getreten. Die Direktion ist jetzt analog der Einrichtung des Berliner Präsidiums sachlich in sechs Abteilungen geteilt. Die Bureaus für Fahrwesen, Markt-, Gesundheits-, Feuer-, Schanz- und Gewerkepolizei, für Vereinswesen, Presse, soziales Verordnungs- und Schutzmannschaft befinden sich in dem im Hause Hauptstr. 97 neu zugewiesenen Räumen; die Kriminalpolizei, das Fundbureau, die Ausfertigungszimmer für Pässe und Jagdscheine in den alten Direktionsräumen in Hause Nr. 96. — Der Schöneberger Kreisarzt Medizinalrat Dr. von Kobylecki, Mühlensstraße 6, und der Gewerbeinspektor Dese sind als solche auch für Wilmersdorf bestimmt; für Wilmersdorf ist aber eine neue Bauinspektion eingerichtet und an ihre Spitze der königliche Baurat Reichbrodt, Gasteinerstr. 19, gestellt.

Rixdorf.

Im Rixdorfer Theater findet die Erstaufführung des Dramas „Blinde Liebe“ von Dr. Eugen Berger am Mittwoch, den 10. April, statt. Das Werk wird von Julius Türl in Szene gesetzt.

Köpenick.

Unter der Epithete: „Stadtrat Rich. Hentschel, Besitzer des Restaurants „Kaiserhof“ in der Grünstraße als Arbeitgeber“ erhalten wir von einem Russer folgende Zuschrift:

Der Statthalter der Honoratioren in Köpenick gab vor kurzer Zeit im „Kaiserhof“, dessen Besitzer gleichzeitig Kassierer des Klubs ist, ein Abendenessen. Ich war im Auftrage des Gastwirts durch einen Köpenicker Russer von Berlin als als Klavierspieler hinzugefügt zum Preise von 12 M. und 60 Pf. Fahrgehalt. Es wurde eine sehr fidele Anspielerei. Man war mit mir äußerst zufrieden. Alles verlief schön

und glatt bis zum Schluß. Was sich da ereignete, wil ich hier mit gewissenhafter Genauigkeit wiedergeben:

Ich verlangte das mit dem Besteller vereinbarte Honorar, 12,60 Mark. Stadtrat Hentschel: „Ich zahle Ihnen nur zehn Mark. Ich hab' nie mehr bezahlt.“ Ich: „Ich bin zum Preise von zwölf Mark und 60 Pfennig Fahrgehalt engagiert.“ Hentschel: „Dann wenden Sie sich an den, der Sie bestellt hat! Wir mir bekommen Sie zehn Mark.“ Ich: „Aber, bitte, zahlen Sie mir doch den ausgemachten Preis. Der mich bestellt hat, ist Ihnen genau bekannt; er wohnt hier in Köpenick, hat oft bei Ihnen zutun. Der ist Ihnen doch gut für 2,60 Mark.“ Hentschel: „Duntieren Sie über zehn Mark!“ Ich: „Gut! — Ich bin nun von sechs an hier. Jetzt ist's vier. Ich habe flott gespielt. Ihre Gäste haben meine Leistung bewundert. Sie zahlen mir für zehn Stunden Arbeit, Nacharbeit, zehn Mark. Siebzehn Pfennig habe ich verfahren. Ich verdiene also mit meiner künstlerischen Leistung nicht mal eine Mark pro Stunde. Von Ihnen, als einen Stadtrat, hätte ich zu derley erwartet, daß Sie mich um lumpige zwei Mark sechzig rücken würden!“

Die knappen Worte verletzten den Herrn Stadtrat in Mheret, so daß er sich in beleidigenden Ausdrücken gegen mich erging und drohte, mir gar nichts zu bezahlen. — Ich: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich unter dem Schutze des Reichsgesetzes stehe. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich kein Fahrgehalt befinde, um nach Berlin zurückzufahren, wenn Sie mich nicht bezahlen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich dann morgen ohne Substitutionsmittel bin und mit meiner Familie hungern müßte.“

Meiner Familie zuliebe erwiderte ich mich so weit, den Mann zu bitten: „Ich appelliere an Ihre Herz, an Ihr Menschlichkeitsempfinden! Ich habe zu Hause eine kranke Frau! Zahlen Sie mir doch wenigstens die zehn Mark aus!“ — Stadtrat Hentschel: „zunächst noch sich abkennend verhaltend, warf mir schließlich eine Mark Fahrgehalt auf den Tisch und wies mich aus dem Lokal.“

Die Frau Stadträtin hörte das alles mit an und verzog keine Miene. Auch der Keller war Zeuge.

Gestern nachmittags 4 Uhr wurde in Köpenick eine männliche Leiche aus dem Wasser gezogen. Allem Anschein nach hat dieselbe bereits mehrere Tage im Wasser gelegen und war fast unkenntlich. Die Papiere, welche vorgefunden wurden, lauteten auf den Namen Ernst Jakob.

Am Gehirnschlag auf offener Straße gestorben ist gestern nachmittags 4 1/2 Uhr der Orkanwohner Koch. Er wurde in der Pumpstation, Bahnhofstraße, untergebracht.

Adlershof.

Achtung! „Vorwärts“-Leser! Die Adresse des Parteispeditors ist jetzt Erich Steiner, Hackenbergstraße 5, born II.

Die „Vorwärts“-Ausgabe in der Bismarckstraße bei Nähe wird um 7 Uhr geschlossen. Abonnenten, welche ihre Zeitung bis dahin nicht abgeholt haben, können dieselbe nach wie vor vom Genossen Müller, Bismarckstraße 10 (Zigarrengeschäft), abholen.

Miersdorf.

Einen Gemeindevorsteher können die Miersdorfer Genossen vorgezeichnen. Auf unseren Kandidaten Genossen Wilhelm Schulz entfielen in der dritten Klasse 19 Stimmen gegen 13 bürgerliche. Damit zieht der erste Arbeitervertreter in das Dorparlament.

Erkner.

Die vor kurzer Zeit hier gegründete „Freie Turnerschaft“ hält ihre erste Übungsstunde am Freitag, den 5. April, in Degebrodis Gesellschaftshaus, abends von 8—10 Uhr ab.

Gerichts-Zeitung.

Befestigung von zwei Todesurteilen.

Das Reichsgericht verwarf am 2. d. M. die gegen zwei auf Todesstrafe lautende Urteile eingelegten Revisionen. Der erste Fall betraf den Fabrikarbeiter Wilhelm Thiede aus Berlin. Dieser hatte seine Ehefrau mehrfach mißhandelt. Als sie deshalb im Frühjahr 1906 nach dem Grenzort Schilno bei Thorn zu ihren Eltern reiste, reiste Thiede seiner Frau nach, und forderte sie zur Rückkehr nach Berlin auf. Als sie sich weigerte, ergriff er ein auf dem Tisch liegendes Messer, womit er seine Frau erstochen hat. Das Schwurgericht Thorn hatte Thiede zum Tode verurteilt.

Der dem zweiten Todesurteil zugrunde liegende Tatbestand ist eine vernichtende Anklage gegen das als preussische Fürsorgeerziehung aufstrebende System, das in unendlich vielen Fällen die körperlichen und vor allem die geistigen und moralischen Fähigkeiten des Menschen geradezu vernichtet.

Der Tatbestand ist folgender:

Wegen gemeinschaftlichen Mordes hatte das Schwurgericht Liegnitz den Dienstherrn Adolf Groffer aus Herzogswaldau, Kreis Jauer, zum Tode verurteilt. Der mitangeklagte Dienstherr Paul Soboy erhielt 15 Jahre Gefängnis. Die beiden Angeklagten waren früher in der Zwangs-erziehungsanstalt in Groß-Rosen zusammen gewesen und dann beide bei dem Gutsbesitzer Kluppich in Herzogswaldau in Dienst. Ihr Dienstherr tadelt sie oft, züchtigte sie auch wiederholt. Darauf gab Groffer, der ältere, den Rat, den Dienstherrn „um die Ecke zu bringen“. Am 27. November, als sie mit ihrem Dienstherrn Dinger auf die Wiese fuhren, fielen sie über den Dienstherrn her und schlugen ihn mit einer Hüftenhake tot. Die Leiche warfen sie in einen Wassergraben. Bei der Heimkehr taten sie, als wüßten sie nicht, wo der Dienstherr geblieben. Am anderen Morgen halfen sie mit suchen, ohne die Leiche zu finden. Nachmittags fanden Nachbarn die Leiche, die auch, wie sich herausstellte, um 10 M. von den Mördern beraubt war.

Wäre der Mord möglich gewesen, wenn die jungen Leute in der Fürsorgeanstalt wirkliche Ergänzung der mangelnden Erziehung erhalten hätten, wenn sie nicht dann als gute Ausbeutungsbjekte behandelt wären und endlich nicht verdrängt wären, den Rest von Selbstständigkeit und Ehrgefühl ihnen durch Prügel auszutreiben? Schuld an diesem rohen Mord trägt nicht in letzter Reihe das von uns häufig gekennzeichnete sogenannte Fürsorge-system, das nicht auf Erziehung mangelnder Erziehung, sondern auf grausame, ungerechte Bestrafung der Kinder für den Mangel ihrer Erziehung und auf Ausbeutung der Kinder, insbesondere im agrarischen Interesse, wirkt. Weit mehr die Väter eines solchen Systems als die halb unbewußten Volkzähler der durch dies System herbeigeführten Mordtat verdienen die schärfste Verurteilung, das System selbst als ein gemeingefährliches die rücksichtslose Bekämpfung. Wiederholt müssen wir bedauern, daß der von uns durch Schilderung seiner Taten gekennzeichnete Pastor der Fürsorgeerziehung Rohr seinen Strafantrag zurückgezogen und uns dadurch der Möglichkeit beraubt hat, an einer Fülle von Einzelfällen vor Gericht zu beweisen, wie kinderverwüßend das heutige Fürsorge-system wirkt. Die heute herrschende Klasse steckt freilich so tief in scheinheiliger Frömmigkeit, in widerwärtigstem Hyazinthenismus, in blödesten Frömmigkeit vor dem Streben der Arbeiter nach Gleichberechtigung und ist von rohester egoistischer Raffgier so stark beherrscht, daß bei ihr ein ernsthafter Wille

zur Abkehr von diesem System selbst dann noch nicht lebendig würde, wenn noch mehr Mordtaten der Art wie der in Herzogswaldau verübten ihr sinnfällig die Folgen des heutigen Fürstentums zeigen würden.

Einschränkung des Versammlungsrechtes.

Zu derselben Zeit, wo entgegen dem Befehl von regierungsfremden Leuten die breiteste Versammlungsfreiheit in Preußen in Anspruch genommen wird — wir erinnern an die nächste Versammlung mit dem Reichstag als Redner — wird versucht, gegen Arbeiterversammlungsbestrebungen die Maßnahmen des Vereinsgesetzes noch enger zu ziehen. Von solchem freilich vorab mißglückten Versuch gab ein kürzlich vor dem Kammergericht verhandelter Prozeß Kunde. Das Landgericht Bielefeld hatte den Genossen Hoffmann in Enger auf Grund des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil in seiner Wohnung die inhaltlich schweren Worte gefallen waren:

Es muß etwas geschehen!

Und das kam so: In Enger bestand die Absicht der Gründung eines sozialdemokratischen Ortsvereins. Die Ausführung dieses Planes mußte aufgeschoben werden, weil den Genossen kein Lokal zur Verfügung stand. Um die Angelegenheit zu fördern, kamen in der Wohnung eines Vergewaltigten Hoffmann auf Einladung von Mund zu Mund sechs Genossen zusammen. Eine anonyme Denunziation brachte den Gendarm auf die Bielefelder, der gerade noch die letzten Worte eines Genossen hörte, die dahin gingen, daß „etwas geschehen müsse“. Die Verhandlung selbst war eine ganz formlose gewesen. Gleichwohl gab es eine Anklage wegen Verletzung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes und Genosse Hoffmann wurde als Unternehmer und Redner einer nicht angemeldeten, aber anmeldspflichtigen Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zu einer Geldstrafe verurteilt. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück. Begründend wurde ausgeführt: Die Feststellung des Landgerichts, daß der Zweck der Zusammenkunft gewesen sei, die Gründung eines sozialdemokratischen Ortsvereins für Enger zu beschleunigen, genüge nicht für die Annahme einer Versammlung, die zur Erörterung oder Beratung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sei. Die Frage, ob ein derartiger Ortsverein gegründet werden solle, oder die, wo man für einen solchen Verein ein Lokal herbeikomme, ließe sich sehr wohl auch so erörtern, daß öffentliche Angelegenheiten dabei nicht berührt würden. Da der Senat auch die tatsächlichen Feststellungen mit aufgeschoben habe, so werde das Landgericht Gelegenheit haben, auch nochmal nachzuprüfen, ob hier in der Zusammenkunft in der Privatwohnung bei Anwesenheit von sechs Personen überhaupt eine „Versammlung“ zu finden sei.

Eigenartige Revision eines Amtsgerichtsrates.

Die §§ 344 und 345 des Strafgesetzbuches bedrohen einen Beamten, welcher vorsätzlich eine Strafe vollstrecken läßt, von der er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht in der Art oder dem Maße nach vollstreckt werden darf, mit Zuchthausstrafe. Ist die Handlung aus Fahrlässigkeit begangen, so tritt Gefängnisstrafe oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 100 Mark ein. Auf Grund dieser letzten Vorschrift war am 30. Oktober vorigen Jahres vom Landgericht Posen der Amtsgerichtsrat J. Semrau zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte gegen einen Verurteilten, der sich in Untersuchungshaft befand, eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten zu vollstrecken. Er überließ, daß dem Manne ein Teil der Untersuchungshaft angerechnet worden war und verfügte eine Strafvollstreckung in Höhe von sechs Monaten statt einer solchen von fünf Monaten. Nach einem Verlauf von mehr als fünf Monaten verlangte der Gefangene seine Entlassung. Er hat insgesamt vierzehn Tage zu viel verhaftet. Trotz des niedrigen Strafmaßes legte der Amtsgerichtsrat Revision ein, in der er sich darauf berief, daß ja der betreffende Gefangene absichtlich nichts getan habe, also selbst daran schuld sei, daß er länger als notwendig im Gefängnis gefesselt habe. — In Konsequenz dieser Anschauung hätte der Richter eigentlich noch beantragen müssen, den Gefangenen wegen Verleitung zu zu langer Haft zu bestrafen. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die eigenartige Revision.

Aus der Frauenbewegung.

Radikale — Selbstverleugnung.

Im „Kampf mit dem Drachen“ läßt Schiller den Meister des Johanniterordens, als härteren Kampf wie die Besiegung des Drachen, die Demut preisen, die sich selbst bezwingen.

Anscheinend haben die radikalen bürgerlichen Wahlrechtskämpferinnen beschlossen, durch den härteren Kampf der Demut des Sieges Preis zu erobern. Wir berichteten über die fulminante, vom Gefühl unwillkürlicher Konsequenz getragene Rede der Dr. Anita Kugspurg, in der sie dem Liberalismus mit unerschrockenem Mut ihr: Entweder — oder! zurief. Es war am 25. März in einer vom Sozialliberalen Verein einberufenen Versammlung. Der Liberalismus müsse grundsätzlich und praktisch für die Forderungen der Frauen eintreten oder man werde die Konsequenzen ziehen. Man verlange eine glatte Zusage oder Abfage. So lautete das Ultimatum.

Die Liberalen denken natürlich nicht daran eine bindende Zusage zu geben, die Parteileitungen ignorieren das Ultimatum einfach und

die kampflustigen, konsequenten bürgerlichen Damen — tun desgleichen; sie fordern aus weiser Vorsicht gar keine Antwort.

Das muß man entnehmen aus der Art und Weise, wie in der von — Dr. Anita Kugspurg redigierten „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ über die Versammlung berichtet wird. Hier ist das Zeugnis bewunderungswürdiger Selbstverleugnung:

„Einem Aufforderung des Sozialliberalen Vereins folgend, sprach Dr. Kugspurg am Montag, den 25. März, in einer öffentlichen Versammlung in Berlin in den Industrie-Pavillons über das Thema: „Was erwarten die Frauen vom Liberalismus“. Der Saal war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, die Ausführungen der Rednerin, welche zunächst die Erwartungen der Frauen vom Liberalismus in der allgemeinen Politik, dann die besonderen Forderungen der Frauen behandelte, wurden mit warmem Beifall aufgenommen. Die äußerst angeregte Diskussion zog sich bis nach Mitternacht hin. Es sprachen die Herren Billner, von Gerlach, Dr. Breitscheid und Coeln, ferner Fräulein Dr. Hader u. a. Die letztgenannten drei Herren stellten sich voll und ganz auf den Boden des Frauenstimmrechts.“

Den Spott und Hohn, den einzelne Liberale über die Frauenbewegung ausgegossen haben, davon hat der Berichterstatter anscheinend nichts gehört. Die Versammlungen wurden durch beschämendes Duzen und Betteln die versagte Zuneigung — erzwingen. Das ist schon nicht mehr eine Komödie, das ist ein Trauerspiel.

Vermischtes.

In das Dunkel der Königer Mordaffäre

Scheint jetzt nach Jahren ein wenig Licht zu bringen. Gestern vor einem Jahre, am 3. April 1906, wurde in Weuthen in Oberschlesien in der Nähe des Heumarckes die zerstückelte Leiche eines jungen Mannes gefunden. Der grausige Fund erinnerte in seinen Einzelheiten an den Königer Mord, dem der Gymnasiast Winter zum Opfer fiel. In einem Sad befand sich nur der Rumpf mit den Armen, in einem zweiten Sad der Kopf und die Beine, Ober- und Unterschenkel waren getrennt. Nach der Art der Zerstückelung mußte diese von einem Fleischer ausgeführt worden sein. Der Umstand, daß der Fund an einem Wochenmarktag, an dem zahlreiche jüdische Fleischer aus Galizien nach Weuthen kommen und ihren Standort bei der Fundstelle haben, ließ, wie einst in König, die unsinnigsten Gerüchte aufkommen. In der Annahme, daß die Leiche von auswärtig eingeschleppt worden sei, wurden die Ermittlungen nach dieser Richtung hin ausgedehnt, führten aber trotz eifrigen Bemühens der deutschen und österreichischen Behörden zu keinem Ergebnis. Mitte März wurde mit einem Male der Säler über das geheimnisvolle Dunkel gelichtet. Das Verbrechen war in der im Zentrum der Stadt Weuthen gelegenen Speisewirtschaft des Hofschlächters Liberta verübt worden. Der bei Liberta beschäftigte Handhauer Kiolthya hatte, von Gewissensbissen gepeinigt, der Polizei Angaben gemacht, die die Identität des Toten feststellen ließen und zur Ermittlung des Verbrechens führten. Der Tote war der Arbeiter Josef Bronner aus Charley und sein Mörder der Brotgeber des Kiolthya, der Hofschlächter und Speisewirt Liberta. Dieser hatte den Bronner aus Rachsucht erschlagen und dann mit Kiolthya zusammen die Leiche in die Abortgrube geworfen. Nach Verlauf von 14 Tagen hatten beide die Leiche wieder herausgeholt, zerstückelt und in zwei Säden nach der Fundstelle geschafft. Liberta befindet sich seitdem in Untersuchungshaft; die bisherigen Ermittlungen haben eine sensationelle Wendung genommen. Die Tat Libertas selbst und die Auffindung der Leichenteile ähneln in Weuthen wie in König einander so vollkommen, daß der Gedanke naheliegt, der Täter sei hier wie dort ein und dieselbe Person. Zu den Verdachtsmomenten kommt noch hinzu, daß Liberta in den Jahren 1900/1901, also zur Zeit des Mordes an dem Gymnasiasten Winter, in König bei dem Hofschlächter Schulz oder dessen Nachfolger am Mönchsanger beschäftigt gewesen ist. Er hatte damals auch mit einem Mädchen aus einem Hause gegenüber verkehrt, das Dehner hieß und jetzt in Berlin wohnt. Wegen einer andern über ihn verhängten Strafe wurde er seinerzeit auf dem Hofe eines jüdischen Schlächters verhaftet. Liberta trug bei der Verhaftung eine Perrücke. Nachdem er seine Strafe abgeessen, wandte er sich nach Bärwalde, wo er bei einem jüdischen Schlächter Hermann Grünthal gewohnt hatte. In König hatte er zur Zeit des Mordes am Mönchsanger 10 gewohnt. Es wird vermutet, daß Liberta den jungen Winter aus Rache und Eifersucht ermordet hat.

Entgleist. Ein aus Belgien kommender Kleinbahnzug ist, wie aus Rotterdam gemeldet wird, bei Esel entgleist, sieben Personen wurden schwer verletzt.

Verband der Preisergeschäften Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, den 4. d. M., abends 9^{1/2} Uhr, Rosenhaldenstr. 11/12: Versammlung. Vortrag: „Zahlreiche Charlotterburg“. Donnerstag, den 4. d. M., abends 9^{1/2} Uhr, bei Wetzels, Krummerstr. 43: Mitgliederversammlung.

Wasserstand am 3. April. Elbe bei Kassel 1,07 Meter, bei Dresden + 1,07 sp. — Elbe bei Magdeburg 3,50 Meter. — Elbe bei Straßfurt — Meter. — Oder bei Rathor 3,35 Meter. — Oder bei Breslau + 0,98 Meter. — Neißemündung 3,40 Meter. Oder bei Brielg 3,34 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang eine Treppe (Handelsstraße) Dienstags, Donnerstag und Sonnabend, abends 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Besucht 7^{1/2} Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Löwin Düsseldorf. Die Emser Depesche, herausgegeben von Liebfreud, enthält den Sachverhalt. Die Briefe können Sie von der Buchhandlung beziehen. — P. R. 19. 1. Sie sind ersichtlich. 2. Nein. 3. Verlangen Sie Befreiung des Willkürs. Drohen Sie ernst, an falls eine angemessene Frist, die Sie zu stellen haben, fruchtlos verläuft, den Uebelstand auf Kosten des Bieres zu beseitigen und führen Sie die Drohung aus. — E. R., Charlottenburg. Ein Anruf auf Wiederholung steht in Ihrem Fall dem Betroffenen nicht zu. — Reinholdstr. 2. Leider nein. — R. W. 203. Soweit ersichtlich, sind Sie verpflichtet, das Geld selbst zu holen oder die Aufschreibung zu beantragen. Ob und welche Einsprüche Ihnen zustehen, läßt sich ohne Kenntnis, welche Stellung Sie haben (Wohlfahrt, Kommis, Schreiber?) nicht sagen. Wiederholen Sie die Anfrage unter Ergänzung nach der angegebenen Richtung. — Karl Moabit 8. Ihre Tochter lebt, auch wenn sie keinen Vertrag schließt, außerhalb der Gütergemeinschaft. Es ist aber zweifelhaft, vor der Ehe einen Vertrag vor Gericht zu schließen, in dem der Bräutigam das Eigentum der Braut, das zu verzeichnen ist, anerkennt, auf Vermögens- und Nießbrauchrecht verzichtet und ein für alle mal die Genehmigung auf eigener Tätigkeit erteilt. — W. Z. 100. Leider ja. — Ostau 122. Nein, der außerheirliche Vater hat nicht das Recht zu verlangen, daß sein Kind bei ihm erzogen werde. — Ungelöste Postkarte. 1. Das Gesetz kennt eine Beschränkung der Ausübung eines Erbscheinsrechts nicht. Unterbreiten Sie den Fall mit der Bitte um Abhilfe dem Vorstand der Anwaltskammer. 2. Uns nicht bekannt. — R. W. 1. Haben Sie den Vertrag unterschrieben, so würde der Wit mit Rücksicht auf Erfolg auf Umkehrung des Vertrages klagen können. Doch ein Verzicht hierüber vorliegt, müßten Sie beweisen. Selbstverständlich können Sie verlangen, daß die Wohnung im brauchbaren Zustande Ihnen übergeben wird.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Rüböl- und Markthaus-Direktion (Großhandel). Rüböl Ia 68-72 pr. 100 Pfd., Ia 62-67, IIIa 58-61, IVa 60-60, russ. Pulten 0,00, holl. 0,00, russ. Pulten 100-125, Ia 85-95, IIa 68-82, IIIa 50-60, holländ. 0,00, dän. 0,00. Gammelfleisch Ia 66-70, IIa 56-65, Schweinefleisch 46-54, Rindfleisch, plom. per Pfund 0,00, Rindfleisch, do. 0,00, Rindfleisch, W. 0,53-0,59, Rindfleisch 0,00, W. 0,58, Rindfleisch 0,50, Rindfleisch per Stück 0,50-0,80, Kalber, alte, per Stück 1,50-2,10, do. IIa 1,20-1,30, do. junge 0,00, Kalberhühner 1,00-1,70, Lenden 0,00, holländische 0,00, Gärten per Stück 2,50-2,70, bis Eis, per Stück 2,50-2,70, Hamburger per Stück 3,00 bis 4,00, Wänle, Hamburger per Pfund 1,20, bis Eis 0,00, Gärten per 100 Pfund 76-89, groß 64-66, mittl. 0,00, Gärten mittl. 0,00, unsortiert 0,00, do. mittl. 0,00, Schiefer, holl. 69-71, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Kalk, groß 0,00, mittl. 117, klein und mittl. 85, Wägen, klein 30-38, do. groß 51-52, do. 40-42, Karpfen 40-50er 66-70, do. 50-70er 0,00, do. 40er 0,00, Blei 65-67, Wand 62-68, Bunte Röhre 64, Röhre, mittl. 0,00, Karanfischen 0,00, Stankische 0,00, Bels 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Kack 1a neuer per 100 Pfd. 110-120, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 25-28, Sprotten, Kieler, Ball 1,00-1,50, Danziger, Kiste 1,00, Runder, Kieler, Stange Ia 3-4, do. mittl. der Kiste 2-3, Hamb. Stange 4-6, halbe Kiste 2,00, Bäcklinge, per Ball Kiste 3,00-3,50, Strahlrinder 3,00-3,50, Kalk, groß per Pfund 1,10-1,40, mittl. groß 0,80-1,00, klein 0,80-0,80, Feringe p. Schod 5-9, Schellfische Kiste 4-5, do. 1/2 Kiste 2-3, Stollan, geräuch. p. 100 Pfd. 25-28, Gährlin 0,00, Sauerbrun, 1902er per Kiste 95, 1904er 93, 1905er 90, 1906er 75-80, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 44-48, full 35-40, mod. 38-42, deutsche 37-44, Feringe, neue Kiste, per 7, 10, 60-120, Sardinien, russ. Kiste, 1,50-1,60, Bratheringe, Kiste (4 Kisten) 1,50-1,75, Neunaugen, Schod 11, kleine 5-6, Kieler 14, Eier, Kiste, per Schod 3,40-4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 110-112, IIa 105-110, IIIa 100-105, abfallende 95-100, Saure Gärten Schod 4,10-4,50, Pfefferkörner 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Daberische 2,25-2,50, Rosen 0,00, weisse 2,00-2,25, Salatkartoffeln 8,00, Spinat per 100 Pfund 25-35, Karotten per 100 Pfund 18-20, Sellerie, hiesige, per Schod 4,00-10,00, do. pommerische 6,00-12,00, Zwiebeln groß, per 100 Pfd. 3,50-4,00, do. kleine 2,00-2,50, do. hiesige (Berl.) 0,00, Charolotte 0,00, Peterhille, grün, Schod 2,50-3,00, Korbhülsen per Schod 0,00, Kettig, bayr. per Schod 2,40-4,80, Mohrrüben per 100 Pfund 4,00-5,00, Teufelrüben per 100 Pfd. 8-10, Röhre Rüben, große 0,00, kleine 0,00, rote Rüben 4,00-5,00, Stamenkohl ital. per Korb 0,00, Kohlrüben per Schod 2,00-2,50, Birnstängel per 100 Pfd. 3,00-4,50, Korbhülsen per 100 Pfd. 3,00-4,00, Weißkohl per 100 Pfd. 1,75-2,75, Rosenkohl per 100 Pfd. 0,00, Grünkohl per 100 Pfd. 10,00-15,00, Mohrrüben 100 Pfd. 10,00-16,00, Birnen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, böhm. 15-22, ital. 28-35, Kirschen per 100 Pfd., hiesige 5-25, Äpfel, Kiste 30-40, Cassiole, Kiste 50-110, Amerikanische in Fass 18,00-35,00, Äpfel, Kiste Ia 12,00-20,00, extra 18,00 bis 25,00, Zitronen, Reifma, 300 Kiste 8,00-10,00, 350 Kiste 8,00-10,00, 200 Kiste 7,00-10,00, Apfelsinen, Kiste, per Kiste 0,00, Marcia 200er Kiste 6-9, do. 300er 8-10, Valencia 420er Kiste 14-22,00, do. 714er 15-23,50, Reifma, 100er 4,50-6, 150er 4,75-6, 191er 4-13,00, 200er 8-12, 300er 8-13, Äpfel, 100er 6-7,50, do. 150er 6-8,00, 60er 6,50-8,00, Äpfel in Körben per 100 Pfd. 0,00, Mandarinen, Kiste 0,75 bis 2,00, do. 100er, Kiste 4,00-5,00.

Witterungsübersicht vom 3. April 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.	Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.
Emmende.	759	DED	3	heller	Daprun	766	N	2	heller
Hamburg	755	DED	3	molkeln	Berchsburg	762	ND	1	heller
Berlin	757	DED	3	heller	Seitz	743	W	4	wolkig
Franck a. M.	759	D	1	molkeln	Aberdeen	749	DED	3	Regen
München	745	ED	4	molkeln	Paris	748	ED	3	wolkig
Wien	758	ED	1	heller					

Weiter Prognose für Donnerstag, den 4. April 1907. Nimmlich heiter, etwas kühl bei frischen östlichen Winden; keine oder unmerkliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Theater.
Donnerstag, den 4. April.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Kgl. Opernhaus. La Damnation de Faust. Anfang 8 Uhr.
Neues kgl. Opernhaus. Die Entführung aus dem Serail.
Kgl. Schauspielhaus. Urtel Kleofa. Deutsches. Das Wälschertchen. Kommerzielle. Frühlings Ernteden.
Neues Schauspielhaus. Der Hund von Vasterville.
Anfang 8 Uhr.
Festung. Riese und Maria.
Berliner. Faust.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Traummulus.
Schiller-Theater Charlottenburg. Im bunten Rod.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Familienlag.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Vorplatz. Rühlen und Mädchen. — 66. — Die schöne Galathee.
Central. Wiener Walz. (Anfang 7^{1/2} Uhr.)

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Kean.
Freitag: Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonnabend: Der Hund von Vasterville.
Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:
Gerthas Hochzeit.
Freitag:
Faust. I. Teil.
Anfang 7 Uhr.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Reißner Porzellan.
Freitag: Vorderstraf.
Sonnabend 3. erstmalig: Der Dieb.
Sonntag: Der Dieb.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Liebeschänkel.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Nachtschl.
Freitag: Ein idealer Galte.
Sonnabend: Eine triviale Komödie für ferliche Leute. (Sungur).
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Galte.
Lortzing-Theater
Belleallianenstr. 7/8.
Abends 7^{1/2} Uhr zum erstenmal:
Finaler Abend:
Die schöne Galathee.
Fritzen u. Lieschen. „66“.
Freitag: Martha. Ruf. 7^{1/2} Uhr.
Sonnabend 8 Uhr: Der Barbier von Sevilla.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. M. Hennequin und A. Vedet.
Robert de Trieville: Rich. Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Zentral-Theater.
(Operette.) Täglich abends 8 Uhr:
Walzspiel des Herrn Ed. Steinberger:
Wiener Walz.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gesamtspektakel Theater des Westens.
Neute und jeden folgenden Abend:
Mamselle Nitouche.
Hans Succur und Edm. Löwe a. G.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Lumpacivagabundus
oder: Das hebräische Kleeblatt.
Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen von Joh. Neitzoy.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dorf und Stadt.
Sonnabend 4 Uhr zu H. Breiten:
Lumpacivagabundus. Abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Gammelnstr. 16.
Sängerin und Näherin.
Volksstück mit Gesang von Ungeln.
Anfang 8 Uhr. Ende 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Freitag: Die Anfrau.
Sonnabend: Gr. Extravortstellung.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Am Golf von Neapel.
(Kleine Preise).
8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Amsterdamerstr. 132.
Heute und morgen:
Sherlock Holmes.
Detektivromäne in 4 Aufzügen nach der Romanverste des Canon Doyle.
Billetvorverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufsgeld von 10-1 Uhr und von 6-9 Uhr an der Theaterkasse.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag abends 8 Uhr:
Traumulus.
Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz
und Max Kretschmer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Woh' dem, der lügt.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Schauspiel in 3 Akten von Franz
v. Schöthan u. Friedrich v. Schöth.
Freitag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Traumulus.

Zirkus Busch.
Donnerstag, 4. April, 7 1/2 Uhr:
Das vollständige große
Gala-Programm
Die neuentwickelten
Geschwister Fourcaux
Francesco und Alberto.
Ein Abend in der American Bar.
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
Große Orig.-Kunst-Vantombine
in 7 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Die Todesfahrt über die
schwebende Brücke.
Kadum-Ballett.
Feenlicht und Wasserspiele.

Zirkus Schumann
Heute Donnerstag, den 4. April 1907:
Fortsetzung des Finales der großen
internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
um Goldenen Kranz von Berlin u.
den **10 000 Mark** in
Bar.
Heute ringen:
Chemjakin, Rußland, gegen
Ritzler, Böhmen.
Paul Pons, Paris, gegen
Omer de Bouillon, Belgien
Jakob Koch, Deutschland, gegen
Lassartesse, Sorbeaug.
Vorher:
Gala-Programm und um 9 1/2 Uhr:
St. Hubertus.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollander. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schults.
Mussary, Wolf, Bender,
Giampietro, Josephl.
Sonntag, 7. April, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Opolite Theater
9 1/2 Uhr Schauspiel des
Original-Bauern-Gunde-Theaters
von E. Merians.
Ein treuloses Weib.
Abends 9 1/2.
Der Triumph des Weibes.
Vorher: Die
Spezialitäten-Attraktionen.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Das großartige
April-Programm!
Ki-ta-fuku
die beste japaner-Truppe der
Welt.
Paul Corradini
Berlins beliebtester Komiker
und die erstklassigen
14 Attraktionen 14.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
Eine Nacht in der Apotheke
letzter
Glänzender neuer Solotitel
und: Im Inspektionszimmer.
Sonderverkauf an der Theaterkasse
und bei Wertheim.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater.
Das Geheimnis der
alten Mamsell.
Schauspiel in 5 Akten.
Sprengung 7 Uhr. Auf. 8 Uhr.
Bücherverkauf im Theatercafé.
und früher u. Obered, Turm und
Beinfelthagen-Gde.

Gebr. Herrfeld-
Theater
Anfang 8 Uhr. Vorher. 11-9 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Die fürmlich bejubelte
Gerrenelbiade

Ein verrücktes
Kotel.
Komödie in 3 Akten mit
Anton und Donat Herrfeld
in den Hauptrollen.
Morgen: Die liebe Vorkellung.

Otto Pritzkow, Milnzstr. 18.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Garetete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

WINTERGARTEN
Cleo
de
Mérode
Neues Programm.
Kasino-Theater
Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Neu! „Nesemann“
der beliebte aktuelle Humorist.
Das vollständig neue April-Programm
Nick Carter.
Nick Carter, Detektiv: Dir. Hans Berg.
Sonntag 4 Uhr: Lebige Leute.

Steidl
Theater
und
Konzerthaus
Brückenstr. 2 (a. d. Rannow-Brücke.)
Jubel! Jubel! Jubel!
Büro Piepenbrink und
Der 16. August.
Anfang 8 Uhr. Vorher:
Militär-Konzert.
Steidl-Restaurant:
Militär-Konzert. Heute:
Garde-Pioniere. Dir. Käthe.

Walhalla-
Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Holentz-Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Das neue April-Programm.
10 Pers. **Geni Family** 10 Pers.
Circensische Spiele zu Pferde.
Grete Gallus
Charakter-Soubrette.
18 erstklassige Nummern 12.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu:
Ballettschule
Klappermatz.
Ballette u.
8. Meisel.
Anfang
Wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. u. Feiert. Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Der Säugling.
Vorher: Die
Sonnt. u. Feiert. u.
Vorher: Die
Sonntags, 6. April, 8 1/2 Uhr, Gast-
spiel der berühmten Antiphrastischen
Laue und Ney.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 7. April, nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus. Berliner Theater.
2. u. 3. Abteilung: 15. u. 16. Abteilung:
Woh' dem, der lügt. | Baumeister Solneß.
Freitag, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr:
23. Kunst-Abend
Fritz Reuter: — Vorlesung —
Theater und niederdeutsche Lieder, gesungen von Frau
Lissi Kurz.

5 Opern-Vorstellungen
im Lortzing-Theater am 21. und 28. April, 5., 12. und
26. Mai, nachmittags 3 Uhr:
Zar und Zimmermann — Fra Diavolo — Undine —
Die lustigen Weiber von Windsor.
Opernmarken bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen.

Ordner-Sitzung Sonnabend, den 6. April, im
Gewerkschaftshaus, abends 9 1/2 Uhr.
228/16 **Der Vorstand.** I. Vertr.: G. Winkler.
Achtung! Posamentiere.
Freitag, den 5. April 1907, 26196
bei Feuerstein (Inhaber Rube), Alte Jakobstraße 75:
Oeffentliche Versammlung
der ausgesperrten Möbel-Posamentiere Berlins.

Marke
SALAMANDER
Das hervorragendste Erzeugnis
der deutschen Schuh-Industrie
Einheitspreis:
Für Damen u. Herren Mk. 12 50
Luxusausführung Mk. 16 50

DIA
Fordern Sie neues Musterbuch.

Volksmuseum Friedrichstraße 112a
nahe Oranienburger Tor.
Bis zu 2000 Nummern! Reichend! Hochinteressant! Stündlich
Projektionsvorträge über: Gerichtliche Medizin, Mord oder Selbst-
mord, Kindesaussetzung, die Bluttat der Verbrecher, Knabe
oder Mädchen? Tuberkulose Hautkrankheiten etc. etc. 21835
1. Abteilung für Jedermann, 2. Abteilung nur für Erwachsene.
Entree: 30 Pf. für sämtliche Räume 50 Pf.
Bilder 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Die
Möbel-Fabrik
von
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240—10 000 Mk.
in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und
Stilart sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu
äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Be-
dienung. Ständige Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. (44152)

Dampfschiffs-Rederei Tismer
Nieder-Schöneeweide. Telefon Nr. 14.
Den verehrten Vereinen, Fabriken usw. empfehle ich
meine großen Solandampfer zu billigen Preisen.
Abfahrtsstelle Berlin: Schillingabrücke. 43632

Gustav Behrens-Theater.
Schöneberg-
Berlin W., Goltz-
straße 9.
Nur noch
wenige Auf-
führungen der
zugkräftigen
Operette:
Die lustige Witwe von
Schöneberg.
In Vorbereitung:
Die tolle Küchensuppe-Burleske:
Meschuggemann im
Sündenpfehl Berlin.

Unserem ehemaligen Bezirkshörer:
Genossen **Max Poritz**
zu seinem Hochzeitsfeste die herz-
lichsten Glückwünsche. 26328
Der 180. Bezirk.

Deutscher Bäcker-Verband
Mitgliedschaft Berlin.
Hierdurch die traurige Nach-
richt, daß unser treues Mitglied
Albert Frank
am 1. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Seelands-
friedhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
40/1 **Der Vorstand.**

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Maschinenarbeiter
Hermann Drescher
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 5. April, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Seelandsfriedhofes in
Wilmersdorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
84/3 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau und unsere gute
Mutter **Ernestine Hahnisch**
geb. Baube
nach langem, schwerem Leiden
am 2. April, vormittags 10 Uhr
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 5. April, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentralfriedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um stille Teilnahme bitten
Albert Hahnisch und Kinder,
Auguststraße 51.

Inventur-
Ausverkauf
Nur solange Vorrat:
Ein Posten
Wollatlas-Steppdecken.
Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,—, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200 jetzt 6,25
Seide) — doppelt jetzt 7,35
Einzelne Steppdecken
bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken,
weiß, creme, Bettgröße,
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,65, 4,35
etc.
Gardinen-Reste,
1—5 Fenster, ca. 25 %, ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,95, 1,15, 1,35,
1,65, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.
Vorzieh-Gardinen,
1,48, 1,63, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.
Ca. 300 Fenster Portieren
in Tuch, Plüsch u. Velvetin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,25, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
8,25 etc.

Fehlerhafte Plüsch-Teppiche
in allen Größen zu fabelhaft
billigen Preisen, zu **10 Proz.**
extra Rabatt.
Plüschdecken
in allen Farben, solange Vorrat.
Stück 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.
Tuch-Tischdecken
1,99, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

E. Weissenbergs
Teppich-Haus
Gr. Frankfurterstr. 125,
2. Haus v. d. Koppenstraße.
Nach auswärts per Nachnahme.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel, H. 35111
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Rater
Otto Bratw
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 4. April, nach-
mittags 9 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
243/15 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Hierdurch zur Nachricht, daß
mein innigstgeliebter Mann, unser
lieber Sohn, Schwiegersohn,
Bruder, Schwager und Onkel, Dr.
Schlöffer 445-92
Otto Rahn
im Alter von 27 Jahren nach
schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen betrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 5. April, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Rixdorfer Gemeindefriedhofes am
Rixendorferweg aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß das Mitglied Schanowitz
Wilhelm Günther
(1. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des neuen Rixdorfer Fried-
hofes (Rixdorfer Weg) aus statt.
Termer ist das Mitglied Schloffer
Otto Rahn
(13. Bezirk)
verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des neuen Rixdorfer Fried-
hofes (Rixdorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/10 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schloffer,
Otto Rahn
am 1. April, vormittags 10 1/2 Uhr,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 5. April, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes,
Rixendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/2 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Forner
August Seidel
am 2. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 5. April, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Rudolf-Wirchow-Krankenhaus
aus nach dem Friedhofe der
Gemeinde, Rixdorfer Weg,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 89.
Hierdurch die traurige Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied
Hermann Pankrat
Abmaltstr. 18c wohnhaft
am 1. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 5. April, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Simon-Rickhofes am Rixen-
dorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
198/9 **Der Vorstand.**

Dr. Paul Caspari, Arzt
ist verzoogen nach Metzgerstr. 41,
Eingang Weihenburgerstraße.
Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
in Empfohl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. d.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW, Friedrichstraße 6 91/92.

Vermischtes.

Ein Kriegsschiff im Wege. Der Rhein-See-Dampfer „Saturn“ der Repts-Gesellschaft stieß bei der Ausfahrt von Hamburg auf der Unterelb mit dem Kriegsschiff „Kaiser Wilhelm II.“ zusammen und erlitt hierbei solche Schäden, daß er in den Hamburger Hafen zur Pöschum der Ladung zurückkehren mußte.

Die „Jena“-Katastrophe. Die Untersuchung über die Katastrophe des Panzerkreuzers „Jena“ ist nunmehr abgeschlossen. Der Bericht weist jede Verdächtigung eines verbrecherischen Verschuldens zurück

und erachtet als Ursache Gemische Zerlegung des „Pulvers“.

Drei Personen getötet und 23 schwer verletzt. Nach einer Meldung aus Ruitla stieß bei der Station darin ein Sonderpersonenzug mit einem Güterzug zusammen. Die Wagen des Personenzuges wurden zertrümmert, drei Reisende getötet und 23 schwer verletzt.

In den Akersee gerutscht. An der Eisenbahnhaltestelle Lueg bei Sankt-Gilgen rutschte gestern abend unter erdbebenähnlichen Erscheinungen ein 155 Meter langes Stück der Reichsstraße samt dem Bahngleis in den Akersee. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden. Ein von Sankt-Gilgen kommender Eisenbahnzug konnte rechtzeitig

angehalten werden. Der Bahnverkehr zwischen Sankt-Gilgen und Sankt-Wolfgang wurde eingestellt; wahrscheinlich muß die Eisenbahn auf dieser Stelle gänzlich verlegt werden.

Die die Direktion der Salzammergut-Polabahn mittelst ist der Abzug der Reichsstraße und des Bahnkörpers bei Lueg infolge eines bedeutenden Bergsturzes erfolgt. Die durch den Sturz hervorgerufenen Stellen waren so groß, daß die in einer Entfernung von einem Kilometer belegenen Bahnhöfen in den See stürzten. Der Verkehr auf der Reichsstraße sowie der Eisenbahnverkehr dürften auf zwei Monate unterbrochen bleiben.

Bären Kaffee

ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pfd. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pf. in circa 2000 Geschäften.

Polologlow - Zigaretten

sind in Geschmack und Qualität unerreicht!
Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischlermeister,
jetzt: Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor
Komplette Wohnungs-Einrichtungen — Musterzimmer
zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 q-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Der Ausverkauf zurückgesetzter Möbel zu herabgesetzten Preisen findet bis auf weiteres in den alten Geschäftsräumen Skaltzer-Strasse 6 statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 7. April, vormittags 10 Uhr:
Urania-Vorstellung.
Zur Aufführung gelangt: „Die Feuertöchter der Erde“.
Billets sind im Verbandsbureau zu haben. Die Ortsverwaltung.

H. Greifenhagen Nachf. Veteranen-Strasse 1-2

Brunnen-Str. 17-18

Donnerstag, Freitag, Sonnabend **Nur 3 Tage so lange Vorrat reicht** Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Spezial-Verkauf von Haushalt-Artikeln, Galanteriewaren und Umzugs-Artikeln zu Einheitspreisen.

1.90	90 Pf.	90 Pf.	2.90
Verzinnte Waschtöpfe mit Ring Bezogene Plättbretter (mit Leiste) 9 teiliges Kaffeeservice mit Kuchenteller aus bunt Porzellan H. zkaaffeemühlen mit Sieb Wirtschaftswaagen (Zifferblatt unter Glas) Closet-Garnitur aus Metall, komplett mit Lampe etc. 1 Küchenstuhl und 1 Küchenfussbank Petroleumkocher, 3 flammig Toilette-Eimer, Zwiebelmuster mit Korbbengel Holzkäfige, polirt, mit Käsehalter Polirte Rauchtische Polirte Salontische Grosse Wandspiegel mit Ecks Aufsätze und Fruchtschalen aus Metall 1 Fenster engl. Tüll-Gardinen 1 engl. Tüll-Store, weiss oder crème 1 schön bestickte Filztuchdecke 1 Fantasie-Tischdecke, rot oder oliv Axminster-Bettvorleger in schönen Dessins Weiße Waffelbettdecken Tüll-Bettdecken, weiss oder crème Spachtel-Garnitur, bestehend aus Läufer, 1 gr. Decke, 2 kleinen Decken Stubenhandtücher in Seide gestickt Spachtel-Rouleaux, weiss oder crème	Ovale Brotkapseln Holzgarnituren, bestehend aus Hackbrett, Messerputzbank, Nudelrolle, Reibekasse, Kelle, Quirl und Fleischklopper Holztablets, sechseckig 12 Stück weisse Porzellantassen 6 St. bunte od. Goldband-Porzellantassen 6 Stück Dessertteller, bunt 1 Satz (4 Stück) Porzellan-Milchtöpfe, bunt 6 Stück Porzellanteller, tief oder flach 1 Werkzeug-Garnitur, 4 teilig Eiserne Zug-Einrichtung, doppelt und verstellbar Küchenlampen in schönen Dessins 12 Wassergläser, im Carton Holztablets mit Glas-Einlage 1 Satz Glasechüsseln = 8 Stück 6 Stück Weissbier-Pokale 6 Stück Bierseidel 1 Satz Steingut-Näpfe 1 Blumenkübel 12 Stück Weingläser 1 braunes Marktnetz Kaffeemühlen mit Sieb Gewürz-Etagèren mit 6 Tönchen Stammseidel aus gelb Steingut 2 Stck. Tüll-Kommodendecken 2 Stck. Tüll-Scheibenschleier	Kaffee-Service aus bunt Porzellan, für 1 Person Glas-Garnitur, bestehend aus Klaseglocke, Butterdose, Kuchenteller und Zuckerschale 1 Waschständer und 1 Emaille-Waschschüssel nebst Seifnapf 1 Reibemaschine 1 Küchenschmel 1 Giesskanne 1 Kartoffel- oder Fruchtpresse 1 grüner Balkonkasten 1 Küchen-Wandteller 12 St. weisse Porzellan-Dessertteller 1 Bambustisch mit 2 Majolikateilern 1 zweiteil. Bücherbrett 1 Salontisch, polirt 1 grosse präparierte Palme 1 grosser Haussegen 1 Vogelkäfig 1 Handtuchhalter, polirt 1 Papierkorb 1 geschnitzter Kammkasten Aufsätze, Fruchtschalen, Brotkörbe aus Kupfer-Metall Gestickte Bürstentaschen m. Holzrahmen Velvet-Schlummerkissen, gefüllt	1 Brotschneidemaschine 1 Kaffeeservice, 6teilig 1 Gaskocher (1 Flamme u. 1 Wärmer) 1 Fleischmühle 1 Kinderbadewanne 1 Tischlampe mit modernem Messingfuss 6 Porzellan-Vorratsstollen, weiss-gold 1 grosse verzinkte Wanne 1 Handtuchhalter mit Rückwand u. Säulen-Statue 1 Haussegen, reich bestickt 1 schöner Spiegel mit Aufsatz 1 Salon-Büstenständer Aufsätze oder Fruchtschalen aus Weiss-Metall Filztuch-Tischdecken mit Applikation Relief-Stores, gute Qualität 1 Fenster Gardinen, weiss oder crème Axminster-Bettvorleger in schönen Mustern Schlafdecken, glatt mit Kante od. Jacquardmuster 90 Pf. Vorgezeichnete Besenhandtücher Gestickte Küchenhandtücher Erbstill-Tisch-Läufer 2 Stück Tüll-Läufer, weiss oder crème Bestickte Kommodendecken

Trotz des besonders billigen Angebotes verabfolgen wir auch auf diese Artikel unsere 5% Rabattmarken.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Teppiche mit Farbenreichen Arab. niederrhe. Große Frankfurterstr. 9, parterre. kein Laden. Hauerhoff. +1
Teppiche billig! Fein! Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. kein Laden. Hauerhoff. +1

Milchgeschäfts-Einrichtungen.
Milchbübel, Kannen, Röhre, Milchschabe, Siegeschalen, Buttermaschinen usw. billig! Jordan, Wichelstr. 21.
Teppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dörfelstr. Markt 4, Bahnhofstr. 255/2*
Hederbetten, Glanz 10.50, große 16.00, Brautbetten, Bettmöbels, weinmische, Steppdecken (pottdillig) Wand-leihhaus, Rüttenstr. 7. 23468*

Gardinen, Vorhänge, Tisch-linien, Bandhähren, Schmuck-sachen (pottdillig) Pfandleihhaus, Rütten-str. 7. 23468*
Kinderwagen, Kinderbesteck, Sportwagen, gebrauchte, zurückgele- (pottdillig) Sommer, Wienerstr. 51.
Hochverehrte Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verjandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pöhlen. 23048*

Möbelfabrikerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen außerst billig. Bunte Küchen. Aus Holz, Metall, Stein, Eisen, Guss, Tischlermeister, Dresdenerstr. 124, nahe Kottbuser Tor. Gewissen erhalten 3 Prozent. +121*
Rührmaschinen! Vergalte bis 15.00, wer Leihzahlung kauft oder nach-mitt. Semiliche Systeme. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. Früher Lütznerstr. 90. +121*

Semiliche Steppdecken 4.35 (Seidenstoff), Bolinas-Steppdecken 6.75. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Veldore, Dörfelstr. 158. 23068*
Bronze-Glocken!! Drei-fach! 6.00. Gasglühbirnen! 9.00. Salonglocken! 16.00. Gasglühbir- 11/2. Säulenleuchte! (pottdillig) Wohlfahrt, Balkenstr. 32.
Teppiche (pottdillig), Rühr- Große Frankfurterstr. 60. 21678*

Inventur-Ausnahmepreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franko. Teppichhaus Emil Veldore, Dörfelstr. 158. 23068*
Kinderwagen, Kinderbesteck, Sportwagen, gebrauchte, zurückgele- (pottdillig) Schneider, Rüttenstr. 7. 23478*
Fahrräder, Leihzahlungen, Na- valdenstr. 20, Stalperstr. 4* +1

